

Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **7 (1978)**

Heft 2

PDF erstellt am: **02.06.2024**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

# das konzept

neue Adresse:  
(ab 18. Februar 1978)  
Weinbergstrasse 31  
8006 Zürich

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern  
höheren Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef  
Beat Schweingruber, Liselotte Suter  
Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept»,  
Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ☎  
(01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651  
Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.- (Ausl. 20.-)  
Adresse: Weinbergstrasse 31,  
CH-8006 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 75 30

Jean Ziegler\* zur Sozialistischen Internationale

## Zwischen Rot und Blassrosa

Die Sozialistische Internationale, die Vereinigung der «demokratischen Sozialisten der Welt», gilt als eine «moralische Institution» und «überzeugende Autorität» und als ein «unvergleichlich potentielles» Instrument des Klassen- und des ant imperialistischen Kampfes. Dieser Anspruch an die Internationale bringt Probleme mit sich, die sich vor allem in der unterschiedlichen nationalen Politik der einzelnen Mitgliedparteien widerspiegeln. Das Verhältnis zum Eurokommunismus, die Haltung in der Frage der dritten Welt ist alles andere als einheitlich. Jean Ziegler analysiert das zwiespältige Wesen der Sozialdemokratie in der Internationale. Eine Stellungnahme zur Tätigkeit der SP in der Sozialistischen Internationale von Heinrich Buchbinder, Vertreter der SP in der Sozialistischen Internationale, folgt in der nächsten Nummer.

Im Juni 1971 hatten François Mitterrand und die sozialistischen Abgeordneten der Nationalversammlung am Parteitag in Epinay einen Abänderungsantrag unterstützt, der zum Ziel hatte, aus den Statuten die Zugehörigkeit der neuen Partei zur Sozialistischen Internationale zu streichen. Am 27. November 1976: Im grossen Konferenzsaal des Internationalen Arbeitsamts in Genf wird der XIII. Kongress der Sozialistischen Internationale eröffnet. Der Vorsitzende der Eröffnungssitzung heisst François Mitterrand. Seine programmatische Rede über den «demokratischen Sozialismus in der heutigen Welt» bildet den Anfang von drei Arbeitstagen und Auseinandersetzungen, die die Organisation total verändern und deren Erneuerung in die Wege leiten sollte.

Die Sozialistische Internationale stellt heutzutage eine beträchtliche Macht dar: Sie besteht aus 33 Mitgliedparteien, die zusammen mehr als 8 Millionen aktive Mitglieder zählen; die deutsche SPD vereinigt allein schon mehr als 1 Million Mitglieder. Nahezu 100 Millionen Menschen leben heute – im Westen – unter einer sozialistischen Regierung. Man kommt sogar auf über 300 Millionen, wenn man auch die Bürger derjenigen Länder einbezieht, in denen die Sozialisten in entscheidendem Ausmass an der Staatsführung teilnehmen, ohne selbst in der Mehrheit zu sein.

Eine verblüffende Tatsache: Die Internationale, die einige der zynischsten Politiker dieses Jahrhunderts zu ihren Mitgliedern zählt (Helmut Schmidt, BRD, oder Daniel Obduber, Costa Rica), wird von den Völkern als eine moralische Institution und überzeugende Autorität angesehen. Illusion oder Lüge? Nein. Die Internationale hält sowohl an der Staatsraison als auch an der Gerechtigkeitssache fest<sup>1</sup>. Deshalb ist sie undurchsichtig und zwiespältig. Einer-

\*Nationalrat (SP); Professor für Soziologie an der Universität und am Institut d'études du développement in Genf.

### Was ist die Sozialistische Internationale?

Nach dem 2. Weltkrieg vereinigen sich die sozialdemokratischen Parteien auf lockere Art in der Sozialistischen Internationale (SI). Damit sollten die Beziehungen zwischen den angeschlossenen Parteien verstärkt werden. Weiter sollten durch freie Übereinkommen die politischen Auffassungen und Aktionen koordiniert sowie auch die Möglichkeiten geschaffen werden, mit sozialistischen und anderen progressiven demokratischen Parteien zusammenzuarbeiten (Statut Art. 1, 2). Die SI ist die Nachfolgeorganisation der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, ihr Gründungskongress fand 1951 in Frankfurt a. M. statt.

In den Zielen und Aufgaben des demokratischen Sozialismus heisst es: «Der Sozialismus erstrebt die Befreiung der Völker aus ihrer Abhängigkeit von einer Minderheit, die die Produktionsmittel besitzt oder beherrscht... Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht werden, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden. (...) Der Sozialismus will das kapitalistische System überwinden.» Die SI wendet sich aber scharf gegen den Kommunismus: «Der Kommunismus ist zu einem Dogmatismus erstarrt, der in unversöhnlichem Gegensatz zum kritischen Geist des Marxismus steht. Die Kommunisten bemühen sich nur, die Diktatur einer einzelnen Partei zu errichten. Der internationale Kommunismus ist das Instrument eines neuen Imperialismus.»

Diese 1951 verabschiedeten Erklärungen wurden im wesentlichen auch 1962 und 1969, als sich die SI ausführlich mit den kommunistischen Ländern und Parteien auseinandersetzte, beibehalten.

Die Organe der SI, die zwar auf allen Kontinenten Mitglieder hat, sich aber hauptsächlich auf die europäischen sozialdemokratischen Parteien stützt, sind der Kongress, der Generalrat, das als Exekutivorgan fungierende Büro und der Sekretär. Präsident der SI ist heute Willy Brandt. Der Sitz der SI ist London.

Der Witz von Witzwil  
«Neu»-Bau einer Strafanstalt Seite 3

Der stillgelegte Klassenkampf  
Hat Israel Angst vor dem Frieden? Seite 6

Was es kostet, zu seinem Recht zu kommen  
Der Fall Cincera, das DM und unsere Justiz Seite 7

Die BBC in Brasilien  
Zweifelhafte Machenschaften eines Schweizer Multi Seite 9

Inserat zur Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau» Seite 12/13



Witzwil  
Was Wer Wie Wann Wo  
Da!  
CINCERA, DER TASCHENDIEB klagt Personalien... und die Justiz schläft  
Zum Fall Cincera und unserer Justiz siehe auf Seite 7

dem mächtigen Apparat gewisser Mitgliedparteien (hauptsächlich der deutschen, italienischen, österreichischen) schränkt die Interventions- und Kontrollmöglichkeit der Internationale bei der Anwendung der Resolutionen ein.

### Verhältnis zum Eurokommunismus

Ein Problem besteht auch in der Kluft zwischen den Mitgliedparteien, die eine Politik der Vereinigung der Linken praktizieren und denen, die sich vehement jeglicher Zusammenarbeit mit irgendeiner kommunistischen Partei widersetzen.

Das zeigt sich etwa im Juni 1972: In Frankreich wird das «programme commun» ratifiziert. Einige Wochen später

Oder im Mai 1975: François Mitterrand vereinigt in Latche die Leiter der sozialistischen Parteien Südeuropas: Mario Soares, Felipe González, Benito Craxi, die Führer der griechischen PASOK und der belgischen SP. Die Haltung der Sozialistischen Partei Frankreichs und ihres Ersten Sekretärs ist die folgende: «Es handelt sich darum, herauszufinden, wie man in unseren Ländern die Vereinigung der Massen mit den die Volkskräfte repräsentierenden politischen Parteien herbeiführen kann. Darin besteht das Problem der Allianz, der Union, des Zusammenhaltens zwischen der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei. Es geht dabei für uns alle um eine sozialistische Wahl. Dies ist der besondere, neue und moderne Aspekt unserer Probleme»<sup>2</sup>.

Anfang 1976 vereinigen sich die Delegierten der Internationale in Elseneur (Dänemark). Der Konflikt ist nun auf seinem Höhepunkt angelangt: Es kommt zu einer grossen Auseinandersetzung zwischen Helmut Schmidt und François Mitterrand.

Dieser Konflikt schwächt sich heute langsam ab. Die konsequente, starr einheitliche und mutige Politik der französischen Partei hat bei den deutschen Sozialisten grossen Eindruck hinterlassen.

Doch ein neuer Konflikt, der gefährlicher und explosiver als alle anderen ist, teilt heute die Internationale: Es handelt sich um den zu führenden Kampf gegen die imperialistische Vorherrschaft der kapitalistischen Staaten in den Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens.

### Die Frage der dritten Welt

Auf unserem Planeten sterben täglich zwölf Millionen Personen vor Hunger. Die Welt, in der wir leben, ist nichts anderes als ein riesiges Auschwitz. Für drei Viertel der Menschheit stellt jede Nacht und jeder Tag ein endloses Marty-

Fortsetzung auf Seite 5



ken: Zur Zeit der Präsidentschaft Vanderveldes und bis zum Zweiten Weltkrieg war die Internationale imstande, die Kongressresolutionen den unfolgsamen unter den Mitgliedparteien aufzuerlegen. Die Gerechtigkeitssache triumphierte manchmal über die Staatsräson. Léon Blum schwitzte Blut, als er der Internationale seine Spanienpolitik erklären musste<sup>3</sup>. Ein weiteres Beispiel: Im Jahr 1904 erzwang die Internationale (am Kongress von Brüssel und Amsterdam) praktisch die Wiedervereinigung der französischen Partei<sup>4</sup>.

Das gegenwärtige, seit 1945 zunehmende Ungleichgewicht zwischen dem schwachen administrativen und finanziellen Apparat der Internationale und

kommt die Internationale in Wien zusammen. François Mitterrand und die französische Partei bleiben isoliert.

<sup>1</sup> Claude Estier, La plume au poing, Vorwort von François Mitterrand, Editions Stock, Paris 1977, Seite 304. Der Abänderungsantrag hat nicht 10 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt.  
<sup>2</sup> Colette Audry: Les militants et leur moral, Editions Flammarion, Paris 1976. Audry analysiert den permanenten Konflikt innerhalb der sozialistischen Bewegung zwischen der Effizienzmentalität und der Gerechtigkeitssache.  
<sup>3</sup> Régis Debray, Les Rendez-vous manqués, Editions du Seuil, Paris, 1975, S. 38.  
<sup>4</sup> Jean Lacouture: Léon Blum, Ed. du Seuil, Paris 1977.  
<sup>5</sup> Michel Bataille, Jaurès, Vorwort von François Mitterrand, Editions Pygmalion, Paris 1977.  
<sup>6</sup> Claude Estier, La Plume au poing, op. cit. S. 306

Wir wissen selbst nicht, warum unsere März-Nummer immer so schnell ausverkauft ist.

Wenn Sie uns aber den Talon unten und 1.50 Fr. in Briefmarken schicken, bekommen Sie ganz sicher die Zeitung in Ihren Briefkasten. Sie finden darin u. a.

- Eine Erzählung des afrikanischen Schriftstellers Seydou Badian: Die afrikanische Elite, die in Europa ausgebildet wurde, wendet sich gegen das eigene Volk
- ein Interview mit dem Zürcher Anwaltskollektiv: Wie muss man Anwalt für den einfachen Bürger sein?

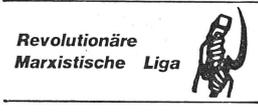
Ich habe im März Zeit, «das konzept» zu lesen. Schick mir die Nummer!

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Strasse, Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort: \_\_\_\_\_  
Einsenden an: das konzept, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich

Antworten auf die «K-Story»\*)

# Sicher nicht frei erfunden

Einige linke Gruppen und Parteien nehmen hier Stellung zum «Erlebnisbericht aus der Welt der Marxist-Leninisten», den wir in unserer letzten Nummer veröffentlichten. Von den angefragten Organisationen hat die KPS/ML trotz wiederholten Bitten nicht geantwortet; die Antwort der POCH ist leider keine eigentliche, sondern nur eine Absage. Die Beiträge zeigen, dass die so leicht als «persönliche Probleme» abgestempelten Schwierigkeiten von den politischen Organisationen ernst zu nehmen sind. Denn diese Schwierigkeiten gefährden eine andernde Stärke der Mitglieder und damit auch der Organisationen. Und darum geht es: nicht die Linke zu diffamieren, sondern ihre Funktion und Notwendigkeit in unserer Gesellschaft fruchtbar zu analysieren; offen zu diskutieren, wie politisch das Persönliche ist.



Die Lektüre der Berichte ehemaliger Mitglieder von K-Gruppen ist schockierend. Es wäre ein Leichtes, zu behaupten: Das hat mit der Realität in unserer Organisation nichts zu tun. Wirklich: Wir haben in unser Konzept der Organisation bewusst Mittel einbezogen, die einen monolithischen «Hick-Hack-Apparat» wie den der beschriebenen K-Gruppen verhindern. Politisch können wir hier auf Erfahrungen einer langen antibürokratischen Tradition der trotzkistischen Bewegung aufbauen:

– Als Garantie für die Demokratie in der Organisation besteht bei uns u. a. das *Tendenzzrecht*, d. h. jeder Meinungsströmung in der Organisation ist es erlaubt, sich für die interne Diskussion zu versammeln. Texte zu verbreiten und damit die Mehrheit der Mitglieder zu gewinnen zu versuchen. Unser Ideal ist also nicht eine monolithische Partei. (Die Bildung von Tendenzen ist in den SPs und KPs nach wie vor verboten!)

– Unser ständiges Betonen der *Aktions-einheit* aller antikapitalistischen Organisationen ist ein wichtiges Mittel gegen das Sektierertum und die Abkapselung. – Wir fassen unsere Organisation nicht als fertige Partei auf, die ja gerade noch nicht von den Massen entdeckt wurde. Unser Anspruch: *Avantgarde* sein zu wollen (d. h. systematisch vorwärts treibendes Element), muss immer erst in der politischen Praxis eingelöst werden. Dies sollte uns vor Arroganz und Missionarertum schützen.

Diese Elemente prägen unser inneres Leben wesentlich. Aber sie schaffen nicht die täglichen Widersprüche zwischen revolutionären, kollektiv-egalitären Ansprüchen und dem tatsächlichen Handeln aus dem Weg: individualistischer Arbeitsstil, Konkurrenz, Überlastung, Verdrängung persönlicher Konflikte usw. (Probleme, die man und frau übrigens auch aus Basisgruppen, Komitees usw. kennt.) Diese Widersprüche sind bei uns in den letzten Jahren in die Diskussion gekommen. Gründe dazu waren v. a.:

\*) vgl. «das Konzept», Januar 1978.

– Nachlassen des alten «8er-Elans» – zunehmendes Alter und Berufstätigkeit der Mitglieder

– Einwirken der Frauenbefreiungsbewegung auf uns.

Erste Resultate dieser Diskussionen sind:

– Reduzierung der «Arbeitsrhythmen» in der Organisation

– ansatzweise Akzeptierung der «persönlichen» Probleme als «diskussionswürdig» und erstes Auftreten nach aussen damit

– Integration der Frauenbefreiungsbewegung in Diskussion und Aktion.

Das geht natürlich nicht reibungslos, das setzt Schwierigkeiten ab. Wir sind da also nicht fein raus. Das soll aber kein Grund sein, sich von aussen an diesen Problemen der «Organisierten» genusslich zu weiden. Denn da in den Basisgruppen, Komitees usw. die gleichen Probleme ja auch existieren, läuft eine genussliche Kritik meist auf eine politische Untätigkeit hinaus. Und das ist ja wohl auch ein Widerspruch: Sozialist/in zu sein, aber aussere Reden nicht kollektiv für eine sozialistische Veränderung zu unternehmen.

Für die Revolutionäre Marxistische Liga A. R.

## POCH

Werde Genossen,

In Anbetracht der Situation, dass das im letzten «konzept» geschilderte «Innenleben» der sogenannten K-Gruppen mit der Realität unseres Parteilebens nicht das geringste zu tun hat bzw. dass das dort Geschilderte von unserer Praxis weit entfernt ist, hatten wir die Absicht, aber nicht Stellung zu nehmen. Im Verlauf von verschiedenen Telefongesprächen überlegten wir uns die Sache noch einmal. Grundsätzlich wären wir bereit, im «konzept» unsere innerparteiliche Demokratie zu erläutern, doch leider habe ich jetzt niemand gefunden, der diese Arbeit übernehmen würde, und zweitens kann ich selber keine Zeit im Moment. Alle unsere Mitglieder sind im Moment mit der 60/58-Kampagne und dem Kampf für die 9. AHV-Revision ausgelastet, dies gilt noch mehr für das

Zentralsekretariat. Wir bedauern, im Moment Eurem Wunsch nicht folgen zu können, sind aber bereit, später auf dieses Thema zurückzukommen, falls sich bei Euch eine diesbezügliche Gelegenheit ergeben sollte.

Mit freundlichen Grüßen  
POCH-Zentralsekretariat  
E. Hafner

## Partei der Arbeit

In der Einleitung des Erfahrungsberichts «Die K-Story» wird eine absolut zutreffende Charakterisierung dieser Gruppen gegeben. Es handelt sich in der Hauptsache um junge Leute aus dem Bürotum, die einem romantischen Revolutionärismus huldigen, der mit der Realität und mit der Arbeiterbewegung nicht das geringste gemein hat. Diese Leute haben zwar Marx und Lenin gelesen, aber überhaupt nichts davon verstanden. Der Marxismus-Leninismus ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln. Gerade Marx und Lenin haben immer die konkrete Situation sorgfältig analysiert und sich gegütet, Lösungen auszugeben, die nicht den realen Bedingungen entsprachen. Die wirklichkeitsfremde Propaganda dieser Gruppen führt nicht zu einer Stärkung der Linken, sondern im Gegenteil diskreditiert diese und schadet der gesamten Arbeiterbewegung.

Sie huldigen auch einem falsch verstandenen «Demokratischen Zentralismus». Lenin hat immer betont, dass die Arbeiterbewegung zwar eine Kampfpartei braucht, die nach aussen geschlossen den Kampf führt, in der aber eine breite innerparteiliche Demokratie, die offene Diskussion der Politik der Partei und die demokratische Wahl aller Leitungen von unten nach oben Grundbedingung ist. Die Partei der Arbeit pflegt diese gute Verbindung von Demokratie und Zentralismus auf allen Stufen.

Der im Erlebnisbericht aufgezeigte «Kritikismus» nach nur von Studenten oder Leuten mit sehr viel Freizeit erbracht werden. In einer wirklichen Arbeiterpartei wie der PdA, wo der grösste Teil der Mitglieder Lohnverdiener ist,

ebenso tut. Und: ich beschimpfe nicht die Tatsache der Publikation der K-Story nein ich wehre mich gegen die Klugschneisser, die Überheblichen, die zu einem sagen «Mit dir diskutiere ich dann, wenn du mal soviel Marx gelesen hast wie ich». Frage: ist das ein Anzeichen, patentierter-Linker zu sein (Eitker)?

So weigere ich mich auch entschieden, Distanz zur RAF zu nehmen. Ich sehe die RAF als eine Variante des Kampfes (dass sie sich kaum aus Arbeitern rekrutiert, ist übrigens ein Symptom für meine Theorie), nicht als Variante und nicht als die einzige! Aber ich habe genug prostituiert gehört, wie etwa: «Ja der Bührle ist schon ein Saukerl, aber man darf nicht vergessen, wie viele Arbeitsplätze er schafft!» – Das ist galoppierende Schizophrenie!

Wenn heute eine linke Zeitung sich von der RAF distanziert, so empfinde ich das als heuchlerisch (ich meine nicht die «NZZ» usw.). Es geht offenbar ums Überleben der Zeitung, was bereits eine furchtvolle Anpassung an die Gesetze darstellt. Wir kennen zwar noch nicht die Floskel «Unterstützung einer kriminellen Vereinigung» im Gesetz, aber es kommt schon noch: wir sind die Schattenboxer des Deutschen Reichs, und wir machen ihnen alles nach (die Parlamentarier, wie ich feststellte, hocken des öfters in Bern in den Wandelgängen von der ARD und verfolgen die Bundestagsschlachten von Strauss u. Co.)

Wenn mich der Staatsschutz schnappt, weil ich die RAF «verteidige», so macht mir das noch keine Angst; denn ich verliere dabei nicht die demokratische Schminke, sondern diejenigen, die aufkreuzen! Warum ersparen wir denen ihren peinlichen Auftritt, ihre eigene freihetliche Verfassung mit Füssen zu treten?

Wenn die RAF distanziert wird, so muss ich ehrlich fragen: was verbindet Euch mit den Multimillionären Schleyer u. Co? – Und wenn ein gescheiter Schreiberhosenhändler über K-Flugblätter lästert, (er wäre zu verklemt, um sich selbst auf die Strasse zu stellen), so würde ich als Redaktor zumindest hier eine Distanzierung (schönes Wort!) anbringen!  
M. Grass, Wasterkingen

die ihre 8-9 Stunden im Betrieb arbeiten, ist das nicht möglich. Dafür leisten sie aber in ihrer Freizeit eine geduldige, oft nicht spektakuläre Arbeit um einwöchige Politik der Partei auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen im Betrieb und an der Arbeitsstelle. Durch den übertriebenen «Aktivismus» der K-Gruppen werden an sich gute, junge Kräfte verheizt; sie steigen dann nach einiger Zeit wieder aus. Viel guter Wille, Arbeit, Material und Geld wird absolut unnötig und zwecklos auf nicht gegen das Grossbürgertum, sondern gegen die bestehenden Arbeiterorganisationen eingesetzt.  
PdAZ



Um es gleich vorwegzunehmen: die Probleme, die im Artikel im letzten Konzept und im Buch «Wir warn die stärksten der Parteien...» geschildert werden, existieren und müssen von den kommunistischen Organisationen ernstgenommen werden. Die Behandlung der Probleme des Arbeitsstils und die Verbindung der Organisation mit der Arbeiterklasse war entscheidend für die Entstehung der KOAP. Insbesondere innerhalb der Revolutionären Aufbauorganisation Zürich (RAZ) kämpften wir gegen all jene wohlbekannteren Intellektuellen, die mit dem Leaderismus sich stets der Kritik und damit auch der Selbstkritik entzogen und heute – nachdem sie die RAZ beerdigt haben – erhaben über den Aufbau einer kommunistischen Partei lächeln.

In unseren internen Diskussionen und Kritiken sind sehr oft ähnliche Probleme, wie sie im Rotbuch z. T. geschildert sind, der Ausgangspunkt. Dennoch ist dieses Buch für uns kein Beitrag, sondern ein Angriff auf die marxistisch-leninistische Bewegung. Die Autoren gehen davon aus, dass eine marxistisch-leninistische Organisation und persönliche Be-

## Die dummen Kapitalisten . . .

Der «Zahn der Zeit» nagt auch an den Schreibmaschinen der «konzept»-Redaktion. Aus diesem Grunde wendete sich die «konzept»-Redaktion mit einem «Bettelbrief» an verschiedene Organisationen, um eine neue Schreibmaschine zu beschaffen. Ein solcher Brief ist offenbar in einem falschen Hals gelangt. Den folgenden Kommentar entnehmen wir der «Schweizerischen Arbeiter-Zeitung»:

## Superlinke Gratis-Schreibmaschine

Vielleicht ist Ihnen der Name «das Konzept» im Pressewald schon einmal begegnet? Wohl kaum, denn «das Konzept» erscheint sozusagen unter Ausschluss der erwachsenen Öffentlichkeit und bezeichnet sich (noch) als quasioffizielles Organ des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften, was Augenwechsellust ist, da es daneben noch echte anerkannte Studentenzeitungen gibt. Weil die revolutionäre proletarische Nebenredaktion ein ideologisches Kauderwelsch schreibt und druckt, das niemand versteht und verstehen will, hat «das Konzept» auch kein erhabenes Finanzkonzept und mithin kein Geld.

«Unserer alten Schreibmaschine geht langsam der Schnauf aus», heisst es in einem Bettelbrief der Redaktion an zahlreiche (privatkapitalistische) Unternehmen und Organisationen. Wir glauben und hoffen, dass diesem kurzatmigen «Konzept», abgesehen von der Schreibmaschine, auch sonst einmal der Schnauf ausgeht. «Wir suchen eine Gratis-Schreibmaschine», stellt der Sprecher des Redaktionskollektivs im vervielfältigten Bettelbrief mit unverschämter Klarheit fest. «Vielleicht steht bei Ihnen eine Schreibmaschine herum, die Sie nicht mehr gebrauchen. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns diese Maschine (gratis) zur Verfügung stellen könnten», lautet anschlussend der unfrome Wunsch der antikapitalistischen «konzept»-Redaktion gegenüber kapitalistischen potentiellen Schenckern. Kann archaisch sein, dass sich ein Dumme findet, der den superlinken «Konzept» eine Schreibmaschine schenkt. Denn – wie sagte doch Lenin? «Die dummen Kapitalisten werden uns die Stricke liefern, an denen wir sie aufhängen!»

P.S.: Haben Sie eine Schreibmaschine, die Sie nicht mehr brauchen? Wir wären froh darum. (Redaktion «das Konzept», Tel. (01) 47 75 30)

## Und so was will Arzt werden

Unter diesem Titel druckte die «Neue Zürcher Zeitung», das offizielle Organ der Schweizerischen Volkspartei Aargau, den im Januar-«konzept» veröffentlichten Briefwechsel eines Medizinstudenten mit der Hoffmann-La Roche & Cie. nach. Wir möchten den Einleitungs-kommentar von Dummer Fischer, Notar im Wohlgen & Redaktor der «NBZ», unseren Lesern auch nicht vorenthalten:

dürfnisse sich ausschliessen. Der Marxismus-Leninismus wird im Prinzip gleichgesetzt mit Frustration, machtigeren Funktionen, sinnlosem Sitzungsstress und dergleichen mehr. Man kritisiert zwar nur das Sektierertum, lehnt aber den Wiederaufbau einer kommunistischen Partei überhaupt ab. Grundsätzlich beharren die Autoren die alte metaphysische These, dass Gefühl und Vernunft einander ausschliessen.

Wir halten im Gegensatz zu den Rotbuch-Autoren an dem Kommunismus und der proletarischen Revolution fest. Wir halten deshalb auch den Wiederaufbau einer KP für notwendig. Wir wissen aber auch, dass wir nicht die ersten auf der Welt sind, die diese Ziele anstreben, und wir bemühen uns deshalb um die Aneignung der geschichtlichen Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung in Form der Theorie ihrer anerkannten Führer.

Der Marxismus-Leninismus ist aber nicht nur eine Theorie, sondern in erster Linie eine Anleitung zum Handeln. Im Marxismus-Leninismus und in den Mao-Tsetung-Ideen sind in diesem Sinn gefühlsmässige Erfahrung und Vernunft der revolutionären Massen vereint. Wer nur aber kommunistische Organisation und persönliche Bedürfnisse, individuell gefühlsmässige Erfahrung und die Vernunft der marxistisch-leninistischen Theorie einander als unvereinbare Gegensätze gegenüberstellt, lehnt grundsätzlich eine revolutionäre Entwicklung der Menschen ab oder führt sie auf eine irrationale (und metaphysische) Ursache ausserhalb der Praxis der Massen zurück.

Die revolutionäre Entwicklung der Massen besteht aber gerade grundsätzlich in der Vereinigung der sinnlichen Erfahrungen jedes einzelnen mit der allgemeinen Vernunft der marxistisch-leninistischen Theorie, die selbst auf diesem (systematisierten, verallgemeinerten) Erfahrungen der Massen aufbaut. Die eben in Zürich angefangenen Filme über China («Yü-Gung versetzt Berge») sind der lebendige Beweis für die Richtigkeit dieser Haltung. Wir wollen sie uns aneignen, indem wir den Kampf für den Kommunismus in der Schweiz aufnehmen.

Kommunistische Organisation  
Arbeiterpolitik  
(Von der Red. gekürzt.)

## Ein arroganter Artikel

Die K-Story, Erfahrungsberichte aus der Welt der Marxist-Leninisten, in «das Konzept» 1/78

Ein arroganter Artikel! – Was tun denn die Studenten Revolutionäre? Ein wenig Schreibtischkritik und Theorie, fernab der Arbeiterklasse, und später eben resigniert in der Privatwirtschaft im Kader! (Ich bin kein K-Mitglied, notabene.) Und was ist die alternative Kampf-methode? (Das fehlt im Artikel.) Die Zeitung wird stets intellektuell und elitär (auch die Distanzierung zur RAF halte ich für pubertär und feige).\*

Ich habe die Nase voll von linken Spaltungsmethoden.  
Markus Grass, Wasterkingen  
\* Anmerkung für die einseitigen Statistiker und ihre Archive: mein Name schreibt sich mit 2s.

## Antwort der Redaktion

Lieber Herr Grass  
Sie haben mit Empörung auf den Artikel «Die K-Story» reagiert. Sie finden unsere Distanzierung gegenüber RAF (vgl. das Konzept 10/77, Seite 2) «feige» und «pubertär». Wir vertreten eine Haltung, die wir als «demokratisch und pluralistisch auf der Linken» kurzfassen. Wir wollen Diskussionen anregen und in Diskussionen eingreifen, weniger mit unserer eigenen Meinung, als vielmehr mit Meinungen, die von Gruppen vertreten werden. So haben wir bei der «K-Story» vor deren Erscheinen linke Gruppen und Parteien um eine Stellungnahme angefragt (vgl. diese Nummer).

## Antwort von Markus Grass

Liebe «konzept-Macher»  
Ihre Argumente sind subjektiv (für Ihre Linie) richtig, entsprechen aber nicht meiner persönlichen Auffassung. Um heute als Gegenpol bestehen zu wollen, nützt lediglich noch konsequente Radikalität. Alle Schreibtisch-Organen, die mit Worten kämpfen, pinseln die Eitelkeit und tragen zu Verwässerung mitbei. Die K-Story impliziert leider nicht, dass keine Partei, Gruppe usw. «perfekt» sein kann, dass aber ihr Bestehen wichtig ist, um nicht von der anderen Seite überrollt zu werden! Auch K-Parteien sind fehlerhaft usw., das ist klar, gerade sie aber muss man sachbezogen und inkl. Alternativen geben kritisieren, nicht intellektuell und ideologisch im bewährten «NZZ»-Jargon kaputt machen. Kurz: man kritisiert jemanden noch lange nicht fruchtbar, wenn man sich ihm überheblich und «feiger» präsentiert!

Ich selbst gehe keiner Partei an, auch keiner linken, keiner K-Gruppe; weil ich die innere Aufsplitterung sowie das teilweise demagogische Elitedenken (z. B. «Oktober») nicht mag. Aber ich verzeufe sie nicht, aus «taktischen» Gründen, um nicht den andern in die Hände zu spielen. Denn: wo stünden wir, wenn wir ein Einparteiensystem hätten?

Die K-Story war nun wirklich übervoll mit Arroganz gespickt: ist Flugblattverteilung und Sitzungenabhalten kindisch? Nein, es ist eine Möglichkeit des Kampfes; besser als nicht zu kämpfen und zu resignieren.

Dass Sie sich «als Forum von Auseinandersetzungen» fühlen, heisst noch nicht, jeden Artikel zu drucken. Die redaktionelle Linie soll zum Ausdruck gebracht werden, wie das die Rechte

## das Konzept

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Schweiz. Telefon 20 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schwegler, Liselotte Suter.

Redaktionsstelle Bern: Fredi Hänni, Tel. (031) 45 16 54, ab 1. März (031) 25 88 05

Artikel gehen jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Herausgeber: Verein «das Konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialmedizinstudenten in der Schweiz sowie am Kiosk, Auflage 32.000.

Inserate: Inseratverwaltung «das Konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Tel. 20 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651

1-sp-mit-Zeile -62 Fr. (übliches Preisschema) Lang Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Mitarbeiter-Zitung: 17. 2. 78

Restaurant «Sorbahn» 12 Uhr.

Redaktionsschluss: Nr. 3: 27. 2. 78

Inseratsschluss: Nr. 3: 3. 3. 78

Eine neue Strafanstalt wird geplant:

# Der Neubau-«Witz»: Alles bleibt beim alten

Von unserem Berner Korrespondenten Fredi Hänni

«Auch in dieser alten Kiste könnte man einen wesentlich besseren Strafvollzug machen», meint ein Ex-Witzwil-Gefangener. Der «Witz», wie die Strafanstalt Witzwil im bernischen Seeland Sarkastisch genannt wird, soll nun für rund 60 Mio. Franken neue Gebäude erhalten. Werden damit längst fällige Neuerungen eingeführt? Oder werden Reformen zum vornherein vernünftiger? Tatsache ist: Die Gelegenheit zur Realisierung von dringend notwendigen Verbesserungen im Anstaltssystem ist nicht beim Schopf gepackt worden. Selbstherrlich haben sich die Behörden im Fall Witzwil trotz gewachsener Gefangenenebewegung über die fundierte (teils von der Wissenschaft vorgebrachte) Kritik am heutigen Strafvollzug hinweggesetzt. Oder noch schlimmer: Er kämpfte Reformen drohen in ihr Gegenteil zu werden.

Ausgefällte Architektur garantiert noch keinen menschlichen Strafvollzug. Ein akzeptabler Strafvollzug könnte aber die Architekten dazu bringen, dafür auch menschengerechte Gebäude zu planen. Von beidem sind wir weit entfernt. Das hat der Ideenwettbewerb für ein neues Gefängnis im bernischen Witzwil mit aller Deutlichkeit gezeigt. 190 Architekten interessierten sich zu Beginn für die Arbeit, nur 28 von ihnen reichten schlüssliche Pläne und Modell ein. Und von diesen 28 Projektverfassern setzte sich nur gerade einer mit den Inhalten seiner Architekturaufrage, mit dem Strafvollzugssystem, auseinander.

## Chancen für eine Reform?

Noch ist in Witzwil kein altes Gebäude abgerissen, noch ist kein Kubikmeter betoniert und kein Baustein geplästert. Über das neue Gefängnis existieren bisher lediglich einige zum Teil geheime Papiere und 28 Projektideen. Man könnte meinen, alles sei noch offen. Weit gefehlt. Lange bevor die Öffentlichkeit etwas von der Neubaubestimmung wusste, war das Konzept für die künftige Witzwil bis in die Details festgelegt. Schon 1973 stand fest, dass in der Anstaltsstruktur alles beim alten bleiben würde. Damals hatte eine Verwaltungsin-

terne Arbeitsgruppe (Vertreter der Polizeidirektion und der Anstaltsleitung) eine «Neukonzeption» ausgearbeitet. Das Papier ist bis heute geheim geblieben. Nicht einmal den Architekten, die dazu die Häuser zeichnen mussten, wurde es – trotz mehrmaliger Versprechungen – ausgehändigt.

## Zahlen und Fakten

Dabei ist Witzwil (im Volksmund: «Witz») zumindest in einem Punkt nicht eine Strafanstalt wie jede andere. Seit 1976 gibt es über den «Witz» detaillierte wissenschaftliche Angaben. In seiner Dissertation hat Claude François Janiak – er lebte den Angestellten gleichgestellt fast ein Jahr in Witzwil – Zahlen und Fakten über die Gefangenen, die Angestellten und das Anstaltssystem zusammengetragen.

Doch das bernische Strafvollzugs-Establishment weigert sich mit starrköpfiger Beharrlichkeit, die unbequeme Wissenschaft zur Kenntnis zu nehmen. Ja Gefängnisinspektor Franz Moggi liess sich im Frühjahr 1977 nicht einmal dazu herab, mit Janiak an den gleichen Diskussionsstisch zu sitzen. Kein Wunder, war doch der Basler Jurist über Witzwil zu einem vernichtenden Urteil gekommen: Das Resozialisierungsziel, wie es in

Artikel 37 des Strafrechtsgesetzes festgesetzt ist, werde unter dem geltenden System nicht erreicht.

## Allerweltsheilmittel Arbeit

Witzwil war nicht immer ein Hort reaktionärer Strafvollzugspolitik gewesen. Zu Beginn dieses Jahrhunderts war man bei der Fruchtbarmachung des Grossen Moores in Witzwil dazu übergegangen, die «Enthaltenen» (Gefangene in der bernisch-patrischen Amtssprache) ausserhalb von Gefängnismauern und ohne bewaffnete Bewacher auf freiem Feld arbeiten zu lassen. Die Zeit der internationalen Pioniertaten ist jedoch längst vorbei. Die Zeit ist in «Witz» stehengeblieben.

«Müssigkeit ist aller Laster Anfang»: Unter diesem Motto werden die Gefangenen Witzwils seit je zur Arbeit «erzogen». Arbeit ist das zentrale «Erziehungsmittel», mithin Disziplinierungsmittel geblieben. Die deutlich von bäuerlich-mittelständischer Ideologie geprägte Vorstellung der Arbeit als Allerweltsheilmittel gegen abweichendes Verhalten fasste Walter Dübi, hoher Funktionär der bernischen Polizeidirektion, im Jahr 1971 so zusammen: «Richtig gewählt, bietet sie (die Arbeit, Red.) dem Verweilenden einen Halt, dem Bösartigen wird sie zum Disziplinierungsmittel, dem Arbeitsscheuen zur abschreckenden Verschärfung der Strafe und dem Leichtsinningen zur Lektion über den Ernst des Lebens.» Arbeit als Zucht, Abrichtung, Ja Dressur!

## Alter Wein in neuen Schläuchen

Entsprechend soll der Betrieb in den neuen Anstaltsmauern auch weitergehen. Scheinreformen (Gruppenbildung, münch ausgebaute Therapiemöglichkeiten, Sportanlagen usw.) vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, dass sich nichts Wesentliches ändern soll.

• Weiterhin wird fast die Hälfte der Gefangenen in der Landwirtschaft beschäftigt. «Der Landwirtschaftsbetrieb hat unbedingt als Arbeitsplatzreserve zu dienen», befahl die Polizeidirektion den Architekten. Wenn nötig müssten 140 Personen in der Landwirtschaft arbeiten müssen.

• In 16 Mini-Gewerbetrieben sollen 75 Gefangene arbeiten. Ausserdem eine Gewerbe wie Schuhmacherei, Sattlerei und Korberie gehören dazu. In den rückständigen Kleinbetrieben werden die Arbeitsplätze so stark aufgesplittet, dass rationelles Wirtschaften nicht möglich ist. Mit dem Hinweis auf so künstlich erzeugte Arbeitsplätze werden Reformen (z. B. Gefangenelohn) abgeblockt.

• Die Anstalt wird nicht in die Aussenwelt einbezogen. Die einzelnen Mini-Betriebe sollen fast ausschliesslich für die Selbstversorgung arbeiten. Umgekehrt ist auch keine Zusammenarbeit mit dem lokalen Gewerbe vorgesehen.

• Der «Bunker» bleibt. Sechs Disziplinärzellen à 10 Quadratmeter mit «max. Schallsolation» sind fest eingeplant, obwohl die Arreststrafen nicht mit der Menschenrechtskonvention in Einklang zu bringen sind.

## Nicht einmal Wille zur Reform

Die «Neukonzeption», die keine ist, sieht geflissentlich über die Bedürfnisse der Gefangenen, und damit letztlich auch der Gesellschaft, hinweg. Rund die Hälfte der Gefangenen hat keine abgeschlossene Berufsbildung, nur vier Prozent stammen aus der Landwirtschaft. Die dringend notwendigen Ausbildungsplätze können aber in den Mini-Gewerbetrieben gar nicht geschaffen werden.

Scharfe Kritik äusserte denn die «Aktions Strafvollzug» (ASTRA) an den Projektierungsgrundlagen und am Vorgehen der Behörden bereits in einem sehr frühen Planungsstadium. Obwohl es die ASTRA nicht als ihre Aufgabe betrachtet,

die Konzeptionen für neue Strafanstalten zu liefern, verfasste sie eine 20seitige Abrechnung mit der «Witz»-Konzeption. Darin wurde nachgewiesen, dass die bernischen Behörden Witzwil gar nicht reformieren wollen.

## Das alternative Projekt

Den echten Willen zur Reform dokumentiert nur eines der 28 eingereichten Projekte. Eine Gruppe aus drei Ehepaaren – zwei Sozialarbeiter, ein Architekt, eine Pädagogin, eine Psychologin und eine Krankenschwester – entwickelte ein Konzept, das sich auf die Wissenschaft stützt und die wirkliche Eingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft zum Ziel hat (vgl. Interview «Mit Alternativen Kontroversen auslösen»). Dabei konnte sich die Gruppe selbstredend nicht an die vorgegebenen Auflagen halten:

- Im Ausbildungszentrum Witzwil (früher Strafanstalt) wird den Bewohnern (Insassen) die Möglichkeit geboten, ihre Ausbildung nachzuholen. Auch schwächere Absolventen sollen eine Berufsschule oder eine Anlehre machen können.
- Der Therapie und der Kommunikation zwischen den Gefangenen (aber auch dem Kontakt zwischen Anstalt und Aussenwelt) wird grosses Gewicht beigemessen. Daraus leitet die Gruppe die Notwendigkeit her, dass im Bereich des «Witz»-Geländes keine Schranken gegen die Bewegungsfreiheit aufgebaut werden.
- Das Ausbildungszentrum wird nicht mehr autoritär-bürokratisch geführt, sondern von einem Team aus Fachleuten verschiedener Richtung (bisher war der Direktor wie in allen anderen bernischen Gefängnissen Agronom . . .).
- Die Zivildienst leistenden Militärdienstverweigerer werden als Betreuer in den Anstaltsbetrieb eingegliedert.
- Die Werkstätten des Ausbildungszentrums werden wie gewerbliche Lehrwerkstätten betrieben.
- In der Landwirtschaft soll auf die Verkleinerung des Gutsbetriebes hingearbeitet werden. Die Domäne wird in verschiedene Pachtbetriebe aufgeteilt. Pächter werden können private Landwirte, Genossenschaften oder Absolventen des Ausbildungszentrums, die sich ebenfalls in Genossenschaften zusammenschliessen könnten.

## Der formale Trick

Doch dieses Gefängnis wird in Witzwil nicht entstehen. Das teils utopische Züge tragende Projekt wurde zwar von der Gruppe sorgfältig bis in die Details ausgearbeitet und begründet. Doch die Behörden stellten einfach «grosse Mängel» fest. Ganze Räume und Raumgruppen seien weggelassen worden (z. B. die «Disziplinarabteilung», der «Bunker» also). In keiner Weise ist man auf die Inhalte des Projekts eingegangen. Der altbekannte Trick: Mit rein formalen Ar-

# «Mit Alternativen Kontroversen auslösen!»

Eine Gruppe von sechs Fachleuten hat die vielbeschworene interdisziplinäre Zusammenarbeit ganz konkret erprobt: In mehrronatiger Arbeit schufen sie, aufbauend auf Strafanstalterfahrungen, ein Modell für eine neue Strafanstalt Witzwil. Über ihre Arbeit und ihre Erfahrungen sprachen wir mit Bernhard (Architekt), Herbert (Sozialarbeiter) und Sylvia (Psychologin). Selbstkritik kommt dabei nicht zu kurz.

das Konzept: Warum habt ihr euch gerade an diese Arbeit gemacht?

Bernhard: Als Architekt war ich davon fasziniert, einmal eine grosse Arbeit machen zu können, und dies zudem noch in einer Gruppe mit Leuten aus verschiedenen Fachbereichen. Von Anfang an war klar, dass es um eine Arbeit geht,

## Strafanstalt Witzwil

Die seit 1894 bestehende Strafanstalt Witzwil liegt im Grossen Moos am Rand des Neuenburgersees südwestlich des bernischen Bauernfelds. Mit 860 Hektaren bebaubarer Fläche ist Witzwil der grösste Landwirtschaftsbetrieb in der Schweiz. Künftig sollen in der Strafanstalt Witzwil zwischen 170 und 230 Gefangene untergebracht werden (wie zurzeit). In den dreissiger Jahren waren bis zu 600 Männer im «Witz». Obwohl es sich offiziell um eine Erstmaligenanstalt handelt, haben rund 40 Prozent der Gefangenen bereits Anstalterfahrung (eingerechnet Jugendanstalt über ein halbes Jahr). Nur etwa 10 Prozent der Gefangenen benötigen während ihres Gefängnisaufenthalts je die Möglichkeit des Entweichens aus der Anstalt, was während der Arbeit auf freiem Feld problemlos ist. Als «gefährlich» wird nur ein kleiner Teil der Insassen eingestuft (der Anteil ist noch kleiner als jener der Flüchtgefahrten). Trotzdem legen die Strafvollzugs-Verantwortlichen auf die «Sicherheit» grössten Wert. (Angaben aus Janiak)

gumenten werden kritische Inhalte abgemurkt.

Der Ideenwettbewerb ist abgeschlossen. Die demokratische Mitwirkung in der Projektierungsphase ist beispielsweise durch den Beizug der Wissenschaftler und der interessierten Organisationen, gab's nicht. Die Zusammensetzung der Expertengruppe, welche die 28 eingereichten Projekte begutachtete, bot überdies Gewähr dafür, dass keine neuen Ideen zum Zug kommen konnten: Total fünf der 12 «Experten» haben beruflich oder von Amtes wegen mit Witzwil zu tun. Die übrigen sind zum Teil ebenfalls mit der Strafvollzugsobrigkeit verflocht.

## «Sicherheits»-Neurose

Übrigens: Das erstirpantierte Projekt (25 000 Franken) entspricht weitestgehend, wen wundert's, den Vorstellungen der Behörden. Es hält sich folgsam an die vorgeschriebenen Quadratmeterzahlen für die Grundrisse. Wichtiger noch ist aber, dass es in beinahe idealer Weise die Sicherheitsbedürfnisse der Anstaltsleitung abdeckt. Die Insassensmöglichkeiten befinden sich hinter riesigen Glaswänden, so dass der Architekt sein Projekt gleich selber so anpreisen konnte: «Alle (Insassen, Red.) unter direkter Bewachung vom Zentrum aus.» Zweifellos freuen sich die obersten Abschlussler schon auf die neuesten technischen Erfindungen (Elektronik, Video usw.) zur «diskreten Überwachung».

## Literatur

Die Anstalten in Witzwil BE, Claude François Janiak, Diss. Universität Basel, Aarau, 1976. Zur Neukonzeption der Anstalten in Witzwil, Aktion Strafvollzug, Postfach 246, 3000 Bern 14, Bern, 1. Juni 1977. Ideenwettbewerb Erneuerung Anstalten Witzwil, Projektierungsgrundlagen, Baudirektion des Kantons Bern, 2. Mai 1977. Grüner Strom und schwarze Erde, Roman von Walter Kraus, Zürich 1968.

## Strafvollzug mit/ohne System

«Das Gefängnis kann gar nicht anders, als Delinquenten zu produzieren», Michel Foucault

Etwas über zweitausend Menschen sitzen in der Schweiz hinter den Gittern eines Gefängnisses. Dies sind 0,03 Prozent der Gesamtbevölkerung. Eine radikale Minderheit. Sie haben gegen die Normen des Strafrechtsgesetzes verstossen, dafür haben sie die «gerechte» Strafe zu «verbüsst».

«Der Vollzug der Zuchthaus- und Gefängnisstrafe soll erziehend auf den Gefangenen einwirken und ihn auf den Wiedereintritt in das bürgerliche Leben vorbereiten», so steht es im schweizerischen Strafrechtsgesetz.

Über 80 Prozent der Insassen schweizerischer Gefängnisse werden rückfällig. Die neu erbaute Anstalt für erstmalige Straffällige (ohne Mauer und Gitter) in Saxerriet hat einen Rückfall von 23 Prozent. In Regensdorf (einer Rückfälligenanstalt) sollen Gefangene von den Vollzugsbeamten mit dem Satz «Sie sind zur Strafe hier, bessern können und wollen wir Sie nicht» begrüsst werden sein. Die Rückfälligkeit ist bei unseren Gefängnissen fest eingeplant.

Die überwiegende Mehrheit der Gefangenen stammt aus sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten (in Witzwil sind es über 70 Prozent der Gefangenen), verfügen über eine unzureichende Schulbildung, sind in Erziehungshäusern und Strafanstalten aufgewachsen (in Witzwil sind es 55 Prozent der Gefangenen).

Die wissenschaftliche Forschung weist nach, dass Unterschichtangehörige bei der Begehung strafbarer Handlungen von der Polizei häufiger erwischt werden als Angehörige der Oberschicht.

«Das Problem «Strafvollzug» ist erst in zweiter Linie das Problem von Menschen, die straffällig geworden sind – ihnen könnte in den meisten Fällen geholfen werden –, das Problem «Strafvollzug» ist in erster Linie das Problem einer Gesellschaft, die sich die Kompetenz anmass, über den Mitmenschen zu Gericht zu sitzen und ihn aus der Gesellschaft auszuschliessen.» (Peter Aebbersold, Strafrechtler, Basel).

Unsere Gefängnisse aus dem letzten Jahrhundert (Witzwil, Regensdorf usw.) entsprechen nicht mehr den Anforderungen, die an einen modernen Strafvollzug gestellt werden müssen», meinen Politiker und Wissenschaftler. Dass Gefängnisse nicht die im schweizerischen Strafrechtsgesetz gestellten Ansprüche an den Strafvollzug (siehe oben) erfüllen können, betonen Strafrechtswissenschaftler immer

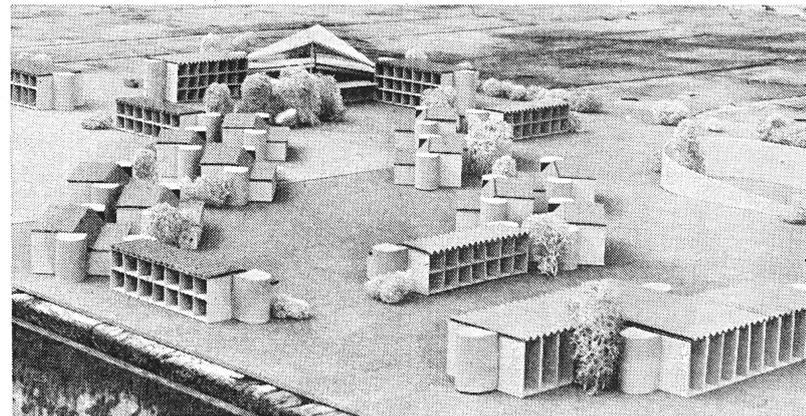
wieder. Sie fordern die Abschaffung der Freiheitsstrafe.

Neue Anstalten planen die Politiker (siehe Witzwil). «Das Volk verlangt Sicherheit vor Verbrechen», betonen sie. Rudolf Friedrich (FDP) verlangt härtere Strafen für Verbrechen. Dem «Sicherheitsbedürfnis» wird bei einem Neubau einer Anstalt optimal entgegengekommen. Die neue Anstalt Bostadel in Menzingen weist Gitter an den Fenstern, ein elektronisches Zaunsystem und einen 6 Meter tiefen Graben auf der Südseite auf. «Die Strafanstalt Bostadel ist kein Hotel», Hansjürg Bühmann, Anstaltsdirektor.

Höchstens (!) 10 Prozent der Gefangenen in unseren Anstalten sind gemein- und fluchtgefährlich (Professor G. Stratenwerth, Basel). Die Wissenschaftler fordern anstelle von Anstalten sozialtherapeutische Wohngemeinschaften und suchen nach «unkonventionellen» Ersatzformen. «Sozialtherapie in Freiheit statt Neubauten» (P. Aebbersold).

Die sozialen und menschlichen Probleme müssen dort angegangen werden, wo sie entstehen. Wer neue Strafanstalten baut, will keine Ursachen bekämpfen. Er verfolgt ganz andere Ziele. Oder müssen sich 99,97 Prozent der Bevölkerung vor Menschen schützen, die gar nie Gelegenheit hatten, sich in die Gesellschaft zu integrieren? Das Strafvollzugssystem in der Schweiz ohne System hat System. Wer Macht hat, will seine Macht auch ausüben. Und Angst vor Vergeltung trifft schliesslich (fast) jeden.

Bruno Baeriswyl



So darf ein Gefängnis nicht aussehen: Das Projekt Witzwil

Fortsetzung auf der nächsten Seite

### «Mit Alternativen Kontroversen auslösen!»

Fortsetzung von Seite 3

lauf der Arbeiten zu sprechen kommen. Wir hatten erwartet, dass wir zu einem bestehenden Konzept die Alternative liefern könnten. Dann haben wir gesehen, dass hinter den gelieferten Wettbewerbsunterlagen gar kein richtiges Konzept stand. Vom ca. 100 Seiten starken Buch mit den Projektierungsgrundlagen setzen sich maximal neun Seiten explizit mit dem Strafvollzug auseinander. Das heisst von einem bürgerlichen Standpunkt aus ist das schon ein Konzept hineininterpretierbar, aber was für eines... Wir beachten deshalb bewusst bei unserer Arbeit die vorgegebenen Auflagen zum Teil überhaupt nicht. Trotzdem mussten wir, wollten wir beim Wettbewerb überhaupt dabei sein, ein Teil der Realität hinnehmen. So entstand im Lauf der Gruppenarbeit eine Art Realutopie. Das kann als Schwäche ausgelegt werden. Die Diskrepanz zwischen wissenschaftlichen, im bürgerlichen Sinne wissenschaftlichen Erkenntnissen und der Realität im Strafvollzug des Kantons Bern ist aber riesengross. Unser Projekt ist nicht alternativ, weil es aus einer Klassentheorie hervorgeht, sondern weil es sich auf das bezieht, was nach bürgerlichen Normen sein sollte. B.: Du stösst dich eben daran, dass der Kanton Bern die Wissenschaft einfach nicht zur Kenntnis nehmen will. Was der Kanton hier geboten hat, war sowieso kein Ideenwettbewerb mehr. Der Spielraum der Bewerber war minim, weil auch das hinterste Detail festgelegt war.

das Konzept: Ihr kritisiert also, dass ein Konzept für die Anstalt fehlte. Gleichzeitig führt ihr euch als Projektleiter sehr stark ein.

B.: Auch wenn etwas nicht explizit begründet ist, kann so etwas wie ein Konzept dahinterstecken. Ein Beispiel: Man schreibt gleich zu Beginn vor, dass der Landwirtschaft sehr viel Raum gewährt werden müsse, ohne zu sagen, was diese Landwirtschaft den Gefangenen denn konkret bringen soll. Schliesslich kommen nur vier Prozent der Witzwiler Gefangenen aus der Landwirtschaft. Letztlich ging es bei diesem sogenannten Wettbewerb nur darum, zu einer vorgefassten - nicht weiter begründeten - Meinung noch die schönen Häuser zu planen. Die Bruchlandung war vorprogrammiert. H.: Es war nicht erwünscht, dass man inhaltlich auf den Strafvollzug eingeht.

Architekten werden offensichtlich als Fachidioten betrachtet und lassen sich das scheinbar auch gefallen. Zudem kann die Anstaltsleitung ohnehin mit neuen Architekturvorstellungen machen, was sie will. Wir haben uns zum Beispiel gefragt, was mit Gruppenhäusern geschehen könnte. Sie können zur Lebensentwurf werden, sind aber ebenso gut zur Disziplinierung zu gebrauchen. Auch mit der besten «Kiste» kann Schindelderei getrieben werden.

B.: Eine unserer wichtigsten Forderungen ist, dass die Strafrechtswissenschaft zugezogen werden müsste. Das ist nicht geschehen. Man hat verwaltungsintern ein Papier gemacht; aber das haben die Architekten nie zu Gesicht bekommen. H.: Wir haben uns auch oft gefragt: Kann man in diesem Vollzugssystem überhaupt noch Reformen herbeiführen?

B.: Andererseits haben wir uns dabei gesagt, dass n an nicht n eht n r nicht gutem Gewissen zuschauen kann. Es darf nicht n eht weitere fünf bis zehn Jahre so weitergehen!

H.: Man kann und muss mit unbequemen Alternativen Kontroversen auslösen. Man darf die Kabinettschreiber nicht weiterwursteln lassen und die Hände in den Schoss legen. Wir wollten möglichst rasch etwas verändern. Schliesslich stehen uns die Leute, die es konkret angeht, nahe.

S.: Wir haben uns auch überlegt, ob wir kurzfristige Massnahmen vorschlagen sollten. Auch in den bestehenden Gebäuden wären Alternativen möglich.

das Konzept: Was passiert jetzt mit eurer Arbeit? Ihr habt keinen Preis gewonnen, und bei den Behörden ist man sicher nicht interessiert?

B.: Ich glaube, wir müssen es beerdigen. Möglich wäre noch ein Gespräch mit Leuten aus der Wissenschaft und der Architektur. Wir sehen aber noch nicht, wer öffentlich darüber diskutieren wollte. Das Ganze wird wahrscheinlich schubladisiert. Dass unsere Ideen beim Strafvollzugs-Establishment sicher keinen Anklang finden würden, haben wir natürlich von Anfang an gewusst. Gegenwärtig scheint eine Klasse der VSSA (Vereinigete Schulen für Sozialarbeit Bern) weiterzuarbeiten. Politische Arbeit wäre natürlich weiterhin möglich. Der Bankrott von rund 60 Millionen muss schliesslich vom Volk «bewilligt» werden.

Interview: Fredi Hännli



«Politik ist Gemeinwerk, wird mit vereinten Kräften gestaltet... Wer sich den öffentlichen Dingen fernhält, mit der Begründung, er könne ja doch nicht aussuchen, verkennt in egozentrischer Befangenheit das Wesen der Politik.» - Eine Kommission schlägt vor: Vermehrt betriebswirtschaftlich ausgerichtete Tarifgestaltung der VBZ, das heisst vermehrte Kostendeckung durch die Fahrgäste, und automatische Anpassung der Tarife ohne Parlamentsbeschluss und fakultatives Referendum, das heisst ohne die Genehmigung durch den Stimmbürger. Das Zitat zu Beginn stammt aus der «NZZ» (gezeichnet «E. A. K.»), der Vorschlag zur Fernhaltung des Volkes von öffentlichen Dingen kommt von einer Arbeitsgruppe des stadtzürcherischen Freisins. Der freisinnige Unterschied: das eine sind schöne Worte, das andere ist die Praxis.

Heinz Allenspach, Direktor des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeberorganisationen, antwortete in einem Interview auf die Frage «Wie sehen Sie den Arbeitsskandal ohne Arbeit?»: «Ein Arbeitnehmer, der keine Arbeit hat, ist ein Arbeitsloser. Wie kann ein Arbeitsloser einen Betrieb bestreiken?»

In der Frauenstrafanstalt Hindelbank BE sollen für fast 2 Mio. Franken Renovationen ausgeführt, Alarmanlagen und Steckdosen eingebaut werden. Auf die Idee, Alarmpfeifen in den Zellen zu installieren, war man erst gekommen, nachdem die Jordanierin Rasmieh Hussein im September 1976 in der Zelle wegen ärztlicher Nachlässigkeit gestorben war. «Nur jetzt will die Polizeidirektion die durch Proteste der Gefangenen erzwungenen Neuerungen in ihr Gegenteil verkehren. Die Alarmanlage soll zur Überwachung missbraucht werden. Wörtlich: «Die Ausbruchssicherheit, vor allem aber auch die Isolationsmöglichkeiten gegen Infiltration von aussen (!), müssen verbessert werden.» So steht's im Antrag an den Grossen Rat, der den Kredit in der Februar-Session zu bewilligen hat.

## Der Hausfrauenblick

oder Warum wir bis jetzt noch nichts geschrieben haben

«Für Frauen ist Schreiben immer nur Vorwand»  
(ein Schriftsteller zu Simone de Beauvoir)

Die feministische Schreibökonomie hat ihren Marx noch nicht gefunden. Das Weiblichkeitsverdict bleibt an uns kleben: der Mann arbeitet, die Frau ist beschäftigt. Die männliche Produktionsweise hat sich der uneingeschränkten Linearität verschrieben; der Künstler etwa ist flankiert von Museen und verständnisvollen Ehefrauen, die ihn von allem Alltagskram abschirmen, damit er gleich zum «Eigenlichen» kommen kann. Sätzen wir dagegen endlich an der Schreibmaschine, so sehen wir am Horizont Schöpferinnen von Staub und Adornos Werken, bevor wir Adorno selbst sehen. Befreit und aufgeklärt?

Das Wissen um das Phänomen «Hausfrauenblick» in der weiblichen Optik verschont uns noch lange nicht von dessen Tücken, das Gebirge von unerledigten Häuslichkeiten unentwegt vor dem geistigen Auge vorzufinden und in einem Klima ungemachter Betten nicht produktiv zu sein, obwohl wir die Verantwortung dafür theoretisch längst nicht mehr alleine übernehmen. Die Haushaltskonditionierung von Kinds- und Mädchenbeinen an bleibt uns als «biologischer» Reflex einverleibt, der mit «höherer» Erkenntnis nicht wegrationalisieren ist. Ein paar Jahren feministischer Lernprozess und Politisierung kommen da nicht an gegen 20 Jahre Häuslichkeitsdrill: Mit der Einkaufsliste im Hinterkopf und dem krakeelenden Kind auf dem Gewissen (bei Kinderlosen ist's der kränkelnde Vater) schreibt die Emanze ihren Beitrag zur Weltveränderung.

Bildung und Politisierung, ob im Unter- oder Obergrund, ändern noch nichts am weiblichen Lebenskreis, dessen Radius, obwohl er nun in die Arbeitsgruppensitzung oder gar bis ins Parlament hineinreicht, noch immer beim Kehrichtkübel anfängt. Und selbst Frauenfreundlichkeit von Männern kann unsere Internalisierung des Gebots Hausarbeit vor Geistesarbeit, Abwaschen vor Schreiben noch nicht ausmerzen helfen. Die Formel weiblicher (Un-)Produktivität lautet schlicht und trivial: während er kocht, damit sie schreiben kann, denkt sie beim Schreiben, ob er wohl den

Knoblauch nicht vergesse und Servietten eingekauft habe.

Koch, sind wir nicht weiter: hier die männliche Schöpferklausur zur Entfaltung eines Geisteslebens ohne Haushalts-schlacken - und da ein weiblicher Beschäftigungseinpott mit eingebrocktem schlechtem Gewissen, auf dem die intellektuelle Arbeit schwimmt wie die Peter-silie: als Garnitur zur Bräute.

Der Haushaltsblick hat nicht nur den offensichtlichen Effekt, dass wir weniger produzieren im Kulturbereich als Männer, sondern den verdeckteren, gefährlicheren, dass wir dem, was wir produzieren, weniger Bedeutung zumessen. Das Klischee stimmt halt noch immer: Der Mann, ob er Klosettschüssel installiert oder Vorlesungen hält, nimmt seine Arbeit wichtig, hält sie für sehr wesentlich, während sich die Schriftstellerin, die Wissenschaftlerin mit dem selbstgemachten Kuchen für ihre Intelligenz, ihre Wissenschaft. Das Weiblichkeitsimage wird mit selbstgestrickten Pullovern aufrecht erhalten und konserviert. Die bürgerliche Erziehung fördert beim Mädchen das sogenannte ungemachte Bettchen nicht produktiv zu sein, obwohl wir die Verantwortung dafür theoretisch längst nicht mehr alleine übernehmen. Die Haushaltskonditionierung von Kinds- und Mädchenbeinen an bleibt uns als «biologischer» Reflex einverleibt, der mit «höherer» Erkenntnis nicht wegrationalisieren ist. Ein paar Jahren feministischer Lernprozess und Politisierung kommen da nicht an gegen 20 Jahre Häuslichkeitsdrill: Mit der Einkaufsliste im Hinterkopf und dem krakeelenden Kind auf dem Gewissen (bei Kinderlosen ist's der kränkelnde Vater) schreibt die Emanze ihren Beitrag zur Weltveränderung.

Wenn kulturschaffende Frauen zuhause arbeiten, mit der Nabelschnur zum Geschirrbügel, allzuoft Mutter und Hausfrau vor Schriftstellerin sein müssen, verbleiben sie im politökonomischen umstrittenen (Re-)Produktionsbereich des Haushalts, in dem sich kein «gesundes» Verhältnis zur schöpferisch-geistigen Arbeit, und das wäre im materialistischen Sinne ein Lohnabhängigkeitsbewusstsein, entwickeln lässt. Daraus resultiert dann eine Art Gratsarbeitshaltung der Frauen, die sich selbst zu berühmten marschen Nebenwiderspruch der Frauenfrage herunter-schreibt - von der Öffentlichkeit mit dem Odium des höheren Zeilvertriebs, des Schreibens als Luxus, bedacht.

Isolde Schaad

Suchen Sie jemanden, der Ihre  
**Dissertation**  
tippt?  
Rufen Sie an:  
(01) 46 85 97, U. Benkert

Sie suchen in Zürich  
**möbl. Zimmer** oder  
**möbl. Wohnung?**  
Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!  
**devo** Verwaltungs AG, 8039 Zürich  
Tollstr. 48, Tel. 202 73 11

**Papier ist wertvoll. Tun auch Sie etwas für den Umweltschutz, indem Sie «das Konzept» nicht wegwerfen, sondern an eine(n) Bekannte(n) weitergeben. Wer weiss, vielleicht ist er Ihnen dankbar, eine neue Zeitung entdeckt zu haben...**

Wir bieten Ihnen sofort eine gut bezahlte Stelle an.  
**Temporär-Arbeit**  
Können Sie Maschine schreiben?  
Haben Sie Buchhaltungskennntnisse?  
**Für Einsätze von einer oder mehreren Wochen**  
Besuchen Sie uns  
**MILITÄRSTR. 36 - ZÜRICH - TEL. 242 59 50**



Neu bei: Schulthess, Zürich  
Lang, Bern  
Jaggi, Basel  
Fehr, St. Gallen  
oder in Ihrem Buchladen

**M-O-S**  
**Offiziersuniformen nach Mass**  
von der Uniformfabrik F. Müller,  
9499 Oberschan SG  
Tel. (085) 5 12 40  
Jeden Montag Massnahme und Anprobe durch einen Fachmann im  
**Magi's Jeans Shop,**  
Weinbergstr. 15, Zürich 1, Tel. (01) 34 94 43.

N. Mario Cerutti  
**Einführung in die Rechtswissenschaft**  
Band 1: Zum Recht im allgemeinen  
Band 2: Rechtsquellen  
Band 3: Rechtssammlungen  
Band 4: Sammlungen der Rechtspraxis  
Band 5: Rechtszweig  
Band 6: Struktur der Staatsgewalten  
Band 7: Rechtssetzung  
Band 8: Rechtsanwendung  
Band 9: Rechtsvollstreckung  
**Studio Verlag**  
Postfach, 8023 Zürich

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:  
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich  
Telefon (01) 211 77 27

**DISSERTATIONEN**  
druckt exzellent von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format  
**BÖNECKE**  
Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.  
3392 Clausthal-Zellerfeld  
Fach 29 Ruf 05323/3525

bei Expl.	DM pro Seite
70	3,30
100	3,45
150	3,65
200	3,85
300	4,25

Frachtverbilligung Raster billigst! Angebot anfordern!

**SSR-Frühlingsreisen**  
Aegypten nicht nur sehen, sondern entdecken und erleben:

Segeln auf dem Nil	26.3. - 9.4.	1.410.--
Kairo-Assuan-Luxor-Edfu-Kairo	2.4. - 16.4.	1.390.--
Aegypten per Bus	22.3. - 9.4.	1.360.--

**NEPAL TREKKING**  
Programm A: Trekkingroute: Katmandu-Jiri-Namche Bazar-Tengboche-Lukla-Katmandu. Obligatorisch: Fitness, Teamegeist und Kameradschaft  
26.3. - 16.4. 2.700.--  
Programm B: ohne Trekking: 2.300.--

**HOGGAR-TASSILI**  
Eine ungewöhnliche Abenteuerreise  
19.3. - 2.4. 2.150.--  
2.4. - 16.4.

**Städtereisen**  
**PRAG** (Ostern) 23.3. - 27.3. 395.--  
Flug, Halbpension, SSR-Reiselleiter 27.3. - 1.4. 410.--

**ISTANBUL**  
Flug, Hotel, Reiselleiter (Ostern) 24.3. - 27.3. 485.--  
Weitere Reisedaten: 3.4. - 8.4./10.4. - 15.4. 420.--

**AUF 80 SEITEN UM DIE WELT!**  
ausfüllen, einsenden!  
Der neue SSR-Frühling-Sommerkatalog ist erschienen. 80 Seiten dick. Und noch viel dicker sind die Angebote. Jetzt bestellen! Schick diesen Coupon an SSR-Reisen, Postfach, 8023 Zürich oder ruf' einfach an: Tel. 01/242 31 31

Name/Vorname.....  
Strasse..... PLZ/Ort.....  
Beruf..... Jahrgang.....

**SSR-REISEN** Telefonverkauf 01/242 31 31

treffpunkt FLOHMARKT

Kontaktinsrate/Kleininserate

Kontieren einfach Talon ausfüllen (maximal 8 Zeilen) und einenden an Inseratverwaltung...

Grid for contact information with columns for name, address, and phone number.

Kontaktinsrate\* (Fr. 15.-) Kleininsrate\* (Fr. 12.-) \*Nichtztr. streichen

treffpunkt

Prag: Tschechin (21/1.69), stud. der ök. Handelschule, sprachbegierig...

Samstagern ZH: ab sofort Zsammern-Altwohnng zu vermieten. Kältes u. warmes Wasser, Dusche, Küchschrank...

WG in Zürich gesucht: von Ursula (28) mit Kind (5). In WG mit Kindern. Telefon (01) 53 32 16 oder G. (01) 202 01 50...

Wir suchen Wohnpartner(-in). Wir sind bereits zu viert. Es stehen noch zwei kleine Zimmer leer...

BE: Ich, Berner (30) wünsche mir aufrichtige Partnerschaft, da ich ein sinnvolles Leben lieber zu zweit leben würde...

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung: die Gratis-Rubrik



für die Reisepartner-Suche

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern...

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 25 Worte...

Kommt Du (weilich, natürlich, aufgeschlossen) mit mir (Assistent Naturwiss., 27/177) vor Semesterbeginn 2-3 Wochen mit oder ohne Velo nach Griechenland...

Welches berggeisternde Mädchen begleitet mich während ca. zwei Wochen auf einer Reise durch die Schweizer Alpen im Sommer 1978?

Wer plant und unternimmt mit mir eine 3- bis 4wöchige Reise im März/Route noch nicht festgelegt...

Suche Reisepartner(in) oder Gruppe für Trip nach Südamerika oder anderswo ab Mitte Juli bis Ende September 1978.

Wir reist mit mir (65½ J.) im Juli und August 1978 für eine 4- bis 5wöchige Südamerikareise in die Andenstaaten...

Kurse und Seminare für Jugendleiter der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) Weiterbildung für Jugendleiter (Baustein 2): «Organisation und Strukturen in der Jugendarbeit»

Jugendleiter-Seminar: «Spielregeln in einer demokratischen Gesellschaft» Arbeitsgrundlage sind gemeinsame Erlebnisse im Seminar selbst...

Zwischen Rot und Blassrosa

Fortsetzung von Seite 1

rum dar. Die Welt der Staaten ist eine Welt der kalten Grausamkeit, der Machtkalküle. (Die Sozialistischen Staaten machen hier keine Ausnahme.)

Reformismus oder ...

Zwei Lager stehen sich innerhalb der Internationalen gegenüber. Das erste ist dasjenige der deutschen und anglosächsischen Sozialdemokratie, die folgende Ziele hat: die Umverteilung des National Einkommens nach Gerechtigkeitsparame tern, die Errichtung eines Sozialstaates und eines antimonopolistischen Europas...

In bezug auf die unterdrückten Völker der dritten Welt ist die Position der SPD und der Labour-Partei recht einfach: sie wollen die Erhöhung des Bruttosozialproduktes, die «nutzbringende» Aktivität der multinationalen Gesellschaften und Bankenimperien und, warum nicht, gewisse autoritäre Regimes in Lateinamerika, Asien und Afrika...

Das Geld der deutschen SPD beherrscht noch heute die Internationale. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist ihre erste Finanzierungsquelle... Die internationalen Parteien Portugals und Spaniens können ein Lied davon singen.

Welches kunstbegierige Mädchen möchte mit mir (Jus-Stud. 21) die prächtvollsten Barockkirchen Süddeutschlands kontemplieren? Reisezeit: eine Woche in der ersten Aprilhälfte...

Welches unternehmungslustige Mädchen möchte mit mir (m. 39) eine ca. 1monatige Griechenlandreise unternehmen? Reisezeit: ein bis zwei Wochen im Sommer...

Wer hat Interesse, auf eine Reise in den Fernen Osten mitzukommen? Mitte Juli bis Ende August/Anfang September.

Suche Begleiter(in) für Reise im April (ca. 3 Wochen) nach Marokko oder evtl. auch anderswo. Paul Krüger (28), Brungerstrasse 27, 5116 Schinznach Bad...

Welches Girl kommt mit am Weekend in die Berge oder Anfang Mai für 1 Woche nach Südtirol, Jugoslawien oder Italien?

Wer möchte mit mir im Monat Mai oder Juni im Auto mit nach England reisen? Martina Bühler, St. Jakob-Str. 8, 9000 St. Gallen

Student sucht Reisepartner(in) oder Reisegruppe für eine 4- bis 5wöchige Südamerikareise in die Andenstaaten...

oder muss man über das Ganze hinwegsehen, ohne sich um all das zu kümmern, und überall sagen, was man denkt? Ich, an das universelle Gewissen zu appellieren und wenn nötig um die universelle Politik zu kümmern, wenn wir von Schiessereien in Iran und in Indonesien hören...

Die Aufgabe der französischen, skandinavischen, belgischen und schweizerischen Sozialisten ist es, die progressiven Kräfte eines Landes - später der ganzen Welt - nach und nach zu vereinen: Abschaffung des monopolistischen Eigentums an Produktionsmitteln...

Linker Flügel und Staatsräson

1976 wurde «eine stillschweigende Kompetenzverteilung» innerhalb der SPD vorgenommen: der rechte Flügel bleibt in Deutschland an der Macht (Regierung, Partei, Gewerkschaft), der linke Flügel beschäftigt sich mit der Internationalen...

Er und seine Freunde (so Karsten Voigt, ehemaliger Präsident der Jusos und heute Abgeordneter von Frankfurt) spüren das ganze Gewicht der oppositionellen Einstellung gegenüber Helmut Schmidt. Die internationale Ausstrahlung Willy Brandts, das politische Gehirn von Horst Ehme, die diskrete Unterstützung von Egon Bahr...

Demokratie Schweiz & Cie.

Martial Leiter, 25jähriger Westschweizer Zeichner, der sich nicht scheut, auch in kleineren Zeitungen und Zeitschriften zu publizieren, hat eine mobile Galerie veröffentlicht: eine Sammlung seiner Werke von schwarzer Tinte aus dem Jahre 1974 bis 1977...

für ihr Schicksal verantwortliche solidarische Gemeinschaften von Männern und Frauen in Freiheit entstehen können. Schliesslich ist es auch Aufgabe der sozialistischen Bewegung, den Hunger und die Folter aus der Welt verschwinden zu lassen.

Die Sozialistische Internationale reduziert sich jedoch nicht nur auf diesen einfachen Gegensatz zwischen voneinander abweichenden Projekten. Die Sache ist viel komplizierter: Die SPD ist heute eine zutiefst geteilte Partei. In Hamburg sind am 15. November 1977 die Linke und die Rechte des SPD-Parteitag, was die Berufsverbote, die Nuklearfrage und den Kampf gegen den Terrorismus betrifft...

z. den vom XIII. Kongress in Genf beschlossen wurden und die dazu hätten dienen sollen, die sozialistische Partei (Regierung, Partei, Gewerkschaft), der linke Flügel beschäftigt sich mit der Internationalen... Deshalb wurde Willy Brandt (Präsident der SPD) Präsident der Internationalen. Hinter ihm steht Horst Ehme. Dieser faszinierende Mann, Bürger von Danzig, kam nach dem Krieg nach Westdeutschland...

Heutzutage existiert innerhalb der Internationalen ein labiles Gleichgewicht zwischen dem proimperialistischen und dem antimperialistischen Flügel. Willy Brandt versucht dank seiner Persönlichkeit zu vermitteln.

Übersetzt aus «le monde diplomatique» (Januar 1978) von Monika Tobler.

7 Das ist die Regierung Frei, die unter dem Druck des linken Flügels der Christdemokraten die ILDIS aus Chile hinausgeworfen hat.

8 Ebert, Sozialistenführer der Weimarer Republik, ordnete die Auslösung der Spartakusbewegung sowie der Bewegung der Deutschen Räte an. Er ersuchte die proletarische Revolution soiglich nach dem Krieg (1918/1919) im Keim. Die Finanzen der Stiftung operieren aus verschiedenen Basen, z. B. aus der Schweiz.

9 Cf. Das Beispiel von ILDIS. 10 Texte der Rede in «Le Monde» vom 21. Juli 1977.

11 Horst Ehme, zitiert von Gérard Sandoz in «Le Nouvel Observateur» vom 28. November 1977. 12 «Der Spiegel» Nr. 50, 1976

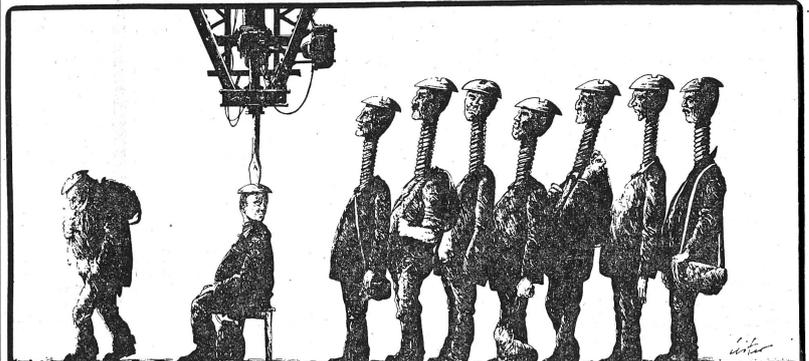
Eine Stelle in der Demokr. Republik Moçambique

Eine moçambiquanische Strassen- und Brückenbauunternehmung sucht technisches Kader für Baustellen und Direktion:

- Baugenieure
- Tiefbautechniker
- Baumaschinen-Mechaniker

Die Firma steht unter staatlicher Kontrolle und wird zurecht umstrukturiert (Schaffung von Produktionsräten, Demokratisierung der Direktion). Bewerber mit entwicklungspolitischem Engagement werden durch Partizipation an der sozialistischen Politik des Landes für die eher schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen entschädigt.

Offenert werden Zweijahresverträge mit bezahlter Hin- und Rückreise sowie freie Wohnung. Die Saläre sind den Möglichkeiten des jungen Staates angepasst. Auskünfte durch und Lebensläufe an: Beat Gruber c/o J. Guedes Lda. C. P. 4272 Maputo Rep. Pop. de Moçambique



Ein Freund und Kritiker Israels analysiert die innenpolitische Situation

# Hat Israel Angst vor dem Frieden?

«Ich habe in diesen Tagen öfters befürchtet, irrsinnig zu werden.» (Theodor Herzl, 16. 6. 1895)

In der Nahostpolitik ist in letzter Zeit einiges ins Rollen geraten. Sadat und Begin machen Schlagzeilen, zusammen und je einzeln. Der Friede zwischen Israel und den Arabern scheint plötzlich möglich – und wird es offenbar doch nicht. Warum? Der folgende Artikel, aus der Feder eines in der Schweiz lebenden Juden, geht dieser Frage nach. Israel, als sozialistischer Staat gegründet, ist

unter der ständigen Bedrohung von aussen zu einem sehr kapitalistischen Staat geworden. Die klassenpolitischen Auseinandersetzungen haben der äusseren Abwehr Platz machen müssen. Fürchtet die herrschende Schicht Israels den Frieden, weil dann die inneren sozialen Konflikte wieder ausbrechen könnten?  
Von Michael Dym

Die Juden haben lange eine Heimat gesucht. Theodor Herzl wäre mit Argentinien oder Uganda zufrieden gewesen. Eine starke Minderheit prägte bis kurz vor der Staatsgründung für den binationalen Staat, so wie Arafat heute.

## Über das Land

Die Teilung des britischen Mandatsgebietes Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat wurde begründet, und die Israelis jubelten am 15. Mai 1948 über das Erreichte: ein Mini-Staat. Der nachfolgende Unabhängigkeitskrieg führte zu den weit verbesserten Grenzen (genau: Waffenstillstandslinien) von 1949. Und der 6-jährige schliesslich erlaubte Israel die Besetzung eines Gebietes von der vielfachen Grösse des vorherigen Territoriums.

Aber man wollte ja nicht das Land, so sagte man, sondern nur sichere Grenzen. Das kann man verstehen, auch wenn man nicht in Israel lebt. Das besetzte Gebiet als Pfand, auch das kann man verstehen: Land gegen Frieden. Und nun ist das Wunder plötzlich geschehen, die Israelis können all das haben, wovon sie nur zu träumen wagten: Frieden, Anerkennung, nachbarschaftliche Beziehungen. Und warum geht es nicht? Weil ein paar religiöse und nationale Fanatiker ihre Siedlungen auf dem «Land der Väter» bauen wollen oder weil einigen Pionieren die eigenen Wüsten zu klein sind?

Wegen ein paar Siedlungen am Nordrand des Sinai, die weder von religiösem, historischem noch militärischem Interesse sind, scheiterten die Friedensgespräche. Will Israel – das muss man sich auch als Freund fragen – überhaupt den Frieden?

## Über den äusseren Unfrieden . . .

Unter diesem Titel geht es mir nicht um eine Aufzählung der Rechte, die beide Nationalitäten «annehmen»; man kann ein Problem auch nach dem Kriterium der Frage analysieren, *wenn denn der Zustand, in unserem Fall die politische Spannung einschliesslich ihrer kriegerischen Ausbrüche, nützt.*

Für die arabische Seite haben arabische Autoren interessante und nützliche Hinweise geliefert. Wie sieht es in der «ausser Verallgemeinerung kann man sagen, dass der Druck von aussen den Klassenkampf sistiert hat. Und zwar zugunsten einer kleinen, aber sehr mächtigen Oberschicht, und zu Lasten sowohl der ideologisch orientierten linken Avantgarde als auch der einfachen Menschen.

Das Volk der Juden, dem Unterdrückung ein Trauma ist, wollte frei sein in

seinem Staat, auch von kapitalistischer Unterdrückung und Ausbeutung. Das hat ein Theodor Herzl begriffen, ein Beor Borochof, dem die Synthese zwischen Zionismus und Sozialismus zu verdanken ist; die Idee des Judenstaates, der wirklich frei sein soll, hat einen Martin Buber vereint gefunden mit der Kibbutz-Linken des Haschomer Hazair<sup>1</sup>.

Die Ausgangsposition war denkbar günstig. Die Kibbutzim spielten wirtschaftlich, ideell, politisch und militä-

1967 von 12,4 Prozent auf 5,7 Prozent, während die höchsten 20 Prozent der Einkommen im gleichen Zeitraum von 31,0 auf 42,7 Prozent Anteil am Einkommen stiegen<sup>2</sup>.

Besuche in den Luxussiedlungen Savion oder Herzelya-Pituach verdeutlichen im Vergleich zur Verslumung der Vorstädte von Tel Aviv und Haifa die Entwicklung des Landes: Ohne Druck von aussen, immer wieder von den interessierten Kreisen als Disziplinierungsmittel



Des einen Freund . . . Übliches Bild an einer israelischen Militärparade

risch in den Gründerjahren die eminent wichtige Rolle im Staat. Der Gedanke des Sozialismus war in breiten Bevölkerungsschichten verankert, was der vereinten Linken von Anfang an parlamentarische Mehrheiten brachte.

## . . . zu inneren «Frieden»

Was ist aus diesem Ansatz geworden? Die Arbeiter wurden unter dem Druck von aussen zur «Disziplin» aufgerufen. Die Neueinwanderer aus arabischen Ländern wurden in Entwicklungsstädte in unwirtlichen Gebieten versandt, wo sie billige Arbeitskräfte abgaben und bis heute fast ohne politische Vertretung in Regierung und Administration blieben. Die besten Leute aus den Kibbutzim wurden Militärführer, und diese dürfen in Israel keine Karriere machen bzw. erst wenn ihre Karriere beendet ist, und dann sind sie auch meist keine Sozialisten mehr, sondern leben in Villen im Militärghetto von Zahala von ihrer Pension.

Das eindrucklichste Beispiel ist aber die Entwicklung der Einkommen: Die untersten 20 Prozent der Familieneinkommen in Israel sanken von 1950 bis

tel gegen unten verwendet, wären die enormen sozialen Spannungen längst zum Ausbruch gekommen.

## Über die Spannungen

Diese Spannungen finden aber anderswo Luft: im sozialen und wirtschaftlichen Kampf eines jeden gegen jeden, der mörderisch ist, wobei der Schwächere keine Chance hat, sei es nur darum, weil die Gerichte darauf langsam arbeiten, dass einem ein Urteil kaum mehr zuteil. Die Aggressivität findet den einsehbarsten Ausdruck im Strassenverkehr, wo Israel an Unfällen – ebenso wie im Schuldenmachen pro Kopf der Bevölkerung – Weltrekorde hält.

Dreissig Jahre Spannungszustand sind auch psychologisch ein günstiger Nährboden für die Vertauschung sozialistischen Gedankenguts mit der Annehmlichkeit des Vergessens im Konsum. Und die Ablösung der Arbeiterregierung durch die Rechten bis Rechtsradikalen im Sommer 1977 war dann auch nur die logische Konsequenz einer Entwicklung, die nur dank diesem Druck von aussen zustande kommen konnte.

Ich will damit nicht sagen, dass die israelische Oberschicht den Kriegszustand wünschte, ich behaupte nur, dass er ihr nützte, ja, und natürlich auch weiterhin nützt. Die Leute um Begin können sich sehr wohl ausrechnen, dass im Fall eines Friedens alle jene sozialen (und auch religiösen) Konflikte ausbrechen würden, die bisher unter Kontrolle gehalten werden konnten. Da ich mir nicht vorstellen kann, dass einige Siedlungen im Sinai wichtiger sind als der Frieden, muss man derartige Überlegungen anstellen.

## Über die unheiligen Allianzen

Freilich hatte es Israel nicht gerade leicht mit seinen Freunden, wenn es um Staaten ging. Das sogenannte sozialisti-

sche Lager, anfangs (besonders militärisch) wichtige Stütze des jungen Staates, hat sich auf die andere Seite geschlagen. Für den Westen war und ist Arabien wirtschaftlich bedeutend interessanter, vom Öl ganz zu schweigen. In dieser bedauernden Position musste Israel die Freunde nehmen, die es gab, und das sind etwa die lateinamerikanischen Diktaturen, der Schah von Persien und die Südafrikanische Union.

Wenn Levi Eschkol<sup>3</sup> auf dem Höhepunkt US-amerikanischer Aktionen in Vietnam und Lateinamerika sagte, die USA und Israel fänden ihre grösste Gemeinsamkeit in ihrer Liebe zu Freiheit und Gerechtigkeit, so mag das politisch opportunistisch sein, allein es tut mir weh. Muss dieser Opportunismus so weit gehen, dem Schah von Persien ganze Flugzeugladungen voll Uzi-Maschinenpistolen zu liefern, einen Idi Amin auszubilden, Südafrika in der Uno zu schonen (wer kennt rassische Unterdrückung besser?), Äthiopien heute mit Waffen und Personal zu unterstützen, die Herren Strauss und Springer als Wohltäter der Menschheit zu feiern? An ihren Freunden sollte ihr sie erkennen?

## Über die Araber

In Israel kann jeder Schüler Arabisch lernen. Die meisten lernen Englisch. In der Uno wurde Israel des Rassismus bezichtigt. Das ist falsch. Die Israelis sind in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht rassistisch. Aber sie sind überheblich und arrogant, sogar wenn sie es gut meinen. Etwa wie: «eine friedliche Zusammenarbeit mit den Arabern könnte wunderbar sein, wir haben die Köpfe mit dem Know-how, und sie haben die Arbeitskräfte». Eine schlechte Arbeit heisst im israelischen Volksmund «awoda arawit», arabische Arbeit. Das Wissen der Israelis über arabische Länder, Literatur, Kultur schlechthin, Wissenschaft usw. ist gleich Null. – Wie war das mit den Vorurteilen?

## Über die Palästinenser

Wer, wenn nicht die Juden, so müsste man meinen, könnte die Note eines Volkes besser verstehen, das die Geschichte zwischen zwei Stühle setzte? Hin- und hergeschoben wie ein Schwarzer Peter, den keiner will, vertrieben, heimatlos, in Lagern armselig mehr dahingewandert denn lebend, verzweifelt am Mangel irdischer wie himmlischer Gerechtigkeit, kennt man das nicht?

Schuld und Ursache müssen nicht identisch sein: nicht die Israelis haben den Palästinenserstaat 1949 verhindert, sondern Abdalla, der König der Haschemiten. Nicht nur die Israelis haben arabische Eigentümern unter den Nagel gerissen, auch die Araber dasjenige der zuteil Auswanderung gezwungen oder freiwillig gehenden Juden. Das weiss man.

Warum denn, so frage ich mich, der israelische Hass auf die Palästinenser, die ja am wenigsten für die Situation können, wie sie nun einmal ist? Warum hören ich israelische Wanderprediger, von der Regierung bezahlt oder zumindest unterstützt, die Palästinenser verfluchen, warum anerkennt die israelische Regierung

wenn schon nicht die PLO – was man verstehen kann – so doch die Existenz des Problems an sich? Ein palästinensischer Staat wäre weder eine grössere noch eine kleinere Gefahr für Israel als eine jordanische Westbank oder ein ägyptisches Gaza, aber man gibt den Palästinern nicht einmal die Chance, gemässigt und vernünftig zu werden, wie noch alle Unabhängigkeitsbewegungen, wenn sie erst mal ihren eigenen Staat hatten.

## Über den Juden

«Denn siehe, ich schaffe einen neuen Himmel, und eine neue Erde, und man wird des Vergangenen nicht gedenken.» So steht es bei Jesaja 65, doch das Vergangene ist bei den Juden stets sehr lebendig geblieben. «Wenn ich deiner vergesse, Jerusalem, so verdirre meine Rechte», so schworen sich die Juden im babylonischen Exil ihre Treue zu Zion; Jerusalem wurde ebensowenig vergessen wie der Bund mit Gott.

Dieses Nicht-vergessen-Können ist gleichzeitig Triumph und Tragik des jüdischen Volkes. Nicht vergessen ist heute das Trauma der Judenprogramme im europäischen Osten (bei den Alten), nicht vergessen die Nazi-Zeit (bei der mittleren Generation), nicht vergessen Drohung, Terror und Krieg der Araber. Ich verstehe das Misstrauen. Man hat genug gelitten. Verhindert die Angst um die Sicherheit den Frieden?

## Über die Zukunft

Moshe Dajan hat einmal gesagt, lieber Scharm asch-Scheich ohne Frieden, als Frieden ohne Scharm asch-Scheich. So wird es nicht gehen. Auch der Anspruch auf das «Land der Väter» wird nicht gehen. Die Idee von Blut und Boden ist bekannt; wenn die Erde gar heilig ist (bzw. deren Besitz), gibt es meistens viele Tote. Und am Ende arrangiert man sich doch. Warum also nicht gleich?

Israel hat Freunde. Es sind jüdische und nichtjüdische Freunde, und wenn sie nicht unkritisch sind, so haben sie es schwer. Man liebt dieses Land und seine Menschen, man versteht, man versteht vieles, man versteht vieles immer weniger. Ich hatte schon mehrmals Lust, meine Freundschaft zu kündigen, aber Israel braucht Freunde, kritische Freunde. Sadat forderte, als er ankam wie der Messias, mutige Schritte von den Israelis. Er hat recht. Mutige Schritte sind höchst notwendig, Schritte zum Frieden, aussen und innen. Einem Ex-Feind braucht man es nicht zu glauben. Wird man es Freunden glauben?

Der Titel der israelischen Nationalhymne heisst «Hatikwa» – «Hoffnung».

<sup>1</sup> Theodor Herzl (1864–1904): Begründer der zionistischen Bewegung.  
<sup>2</sup> Martin Buber (geb. 1878 in Wien, lebte später in Israel): Philosoph und Religionswissenschaftler, ist stets für den Dialog eingetreten.  
<sup>3</sup> Haschomer Hazair (= «der junge Wächter»): Linkssozialistische Kibbutzbewegung.  
<sup>4</sup> Ausführliche Quelle bei Peretz Merhav: Die israelische Linke (im Anhang), Europäische Verlagsanstalt, Ffm. 1972.  
<sup>5</sup> Levi Eschkol: Israelischer Ministerpräsident bis 1969.



. . . des andern Leids Palästinenserlager

## Freunde und Kritiker Israels

Seit seiner Gründung hat der Staat Israel und sein Volk Freunde. Freunde in Bewunderung, zum Beispiel hierzu-lande. Israel ist klein, demokratisch und wehrhaft; sprichwörtlich der Pioniergeist; bemerkenswert die Urbarmachung von Wüsten und Sümpfen; die Standhaftigkeit in der Verteidigung; die Höhe des Bruttosozialproduktes; erstklassig die Qualität der Früchte, Beeren und Blumen, die auch bei uns auf den Markt kommen; Anerkennung heischend die Kibbutzim, die Integrationsfähigkeit des Schmelztiegels, die kulturellen Leistungen; dem Touristen schliesslich bietet sich ein Paradies.

Es fällt nicht schwer, mit Israel Freund zu sein – in Bewunderung. Israel schätzt diese Freunde sehr. Sie sind positive öffentliche Meinung, die das Land – isoliert in der Uno und anderswo – dringend braucht, sie unterstützen Israel mit Geld und Geist.

Wenn einige dieser ausländischen Freunde wie beispielsweise Herbert Marcuse, Friedrich Dürrenmatt, Sartre oder Beauvoir jedoch ihre Freundschaft ernst nehmen und nicht nur loben, sondern auch kritisch zu analysieren versuchen, so wird das bedeuten weniger geschätzt. Weil sie Koryphäen sind, hört man diese Gäste an, höflich; gewöhnlichen Freunden verweigert man die Diskussion und wird eher gehässig. Wenn man nicht im Land selbst lebt, meinen die Israelis, könne man ihre schwierige Lage nicht beurteilen, nicht mitreden, geschweige denn kritisieren.

Kenntnis genommen) wie Bassam Tibi oder Anouar Abdel-Malek<sup>2</sup>, fehlen kritische Analysen in Israel fast vollkommen – beim Volk des Buches und des talumdisch geschulten Geistes.

Aus den Kibbutzim, einstmals physischer und geistiger Motor der israelischen Linken, ist kaum etwas zu hören. Sie haben sich als Zellen der Weltrevolution verstanden und wurden schmerzhaft darüber belehrt, dass die Weltrevolution sie nicht will. Gefördert durch ideologische Isolation und Frustration, hat der materielle Wohlstand ihren einstmals puritanisch-sozialistischen Lebensstil ausgehöhlt wie Emmentalerkäse. Leider kann man heute auch mit den Leuten aus den Kibbutzim nicht mehr diskutieren. «Love it or leave it», so scheint der nationale Konsens zu lauten, der Kritik allemal an den Rand des Verrats rückt. Wie könnte man's denn sagen, als Freund, was einen bewegt und bedrückt?

## Der Verfasser dieses Beitrags

zum Nahostkonflikt, Michael Dym, kennt beide Seiten. Als Jude dem Staate Israel von jung an verbunden, besuchte er das Land seit 1962 über 70mal, lebte im Kibbutz und in der Stadt und nahm am 6-Tage-Krieg teil. In den letzten Jahren unternahm er zahlreiche Reisen nach Ägypten, Algerien, in die Golf- und andere arabische Staaten. Sein Artikel ist eine Kritik an die Adresse Israel: die Kritik eines Freundes.

<sup>1</sup> Bassam Tibi: Militär und Sozialismus in der dritten Welt, Edition Suhrkamp Nr. 631

<sup>2</sup> Anouar Abdel-Malek: Ägypten: Militärgesellschaft. Das Armeeregime, die Linke und der soziale Wandel unter Nasser, Edition Suhrkamp Nr. 505; ferper Essays und Aufsätze

## Stormy Six in Zürich

Am Montag, 20. Februar, spielt die in Italien berühmte Mailänder Gruppe Stormy Six zum ersten Mal in Zürich. Das Konzert findet in der unteren Mensa um 20.30 Uhr statt und wird gemeinsam organisiert von «Musig am Mäntig» und VOXPOP.

Hinter dem für eine linke italienische Musikgruppe ungewöhnlichen Namen Stormy Six verbirgt sich eine ursprünglich konventionelle Tanzband, die jedoch seit den frühen siebziger Jahren – als erste Rockgruppe Italiens – ausschliesslich politische Stücke spielt. Durch Auftritte bei Demonstrationen, in Fabriken und Schulen bekanntgeworden, sind die Stormy Six Wegbereiter einer musikalischen Entwicklung, die in unserem südlichen Nachbarland mehr und mehr an Boden gewinnt.

zieller Prägung. Im Gegenteil: die Stormy Six versuchen erfolgreich eine eigenständige, stark mit Folk-Elementen durchmischte Musik zu schaffen, die in äusserer Verbindung zu den differenzierten, oft lyrischen Texten steht, die von den politischen Erfahrungen der italienischen Jugend geprägt sind.

Daraus entsteht eine neue Musikrichtung, deren Vielfalt die Organisatoren des Zürcher Konzertes in ihrer Ankündigung mit der Nichtübersetzung «Mailänder Politrock» – Canzoni popolare d'Italia Rechnung zu tragen versuchen. Es wäre zu hoffen, dass dieser revolutionierte Rock Einfluss auf die hiesige Musikszene gewinnt.

Die neue Produktion der Stormy Six, mit der sie auch in Zürich auftreten werden, heisst «L'Apprendista» (Der Lehrling). Sie enthält Lieder über das Leben der jungen Leute in Italien: Lieder über Demonstrationen, über den Militärdienst und vor allem über die Arbeit.



Das Stormy-Six-Konzert findet am 20. Februar, 20.30 Uhr, in der unteren Mensa der Universität statt (kein Vorkauf).

Der Fall Cincera & Co. stellt unsere Justiz in Frage

Was es kostet, zu seinem Recht zu kommen

von Jürg Frischknecht

Vor 15 Monaten platzte die Cincera-Affäre. Die aufgelegte Denunziationskarte am Fuss des Zürichbergs ist in erster Linie ein Politikum. Sie ist aber auch ein Fall Justiz. Denn sie hat offenbart, dass die «Mühen der Gerechtigkeit» nicht nur langsam mahlen, sondern auch ungleichmässig, mal grob, mal sehr fein, je nachdem, welche «Ehrenhaftigkeit» den Apparat schmiert, Der Fall Cincera wurde für die Mitglieder des Demokrati-

schens Manifests ein Lehrstück zur Preisfrage, was es kosten kann, zu seinem Recht zu kommen - im günstigsten Fall. Jürg Frischknecht, der im letzten Herbst zusammen mit zwei weiteren DM-Mitgliedern zu einer bedingten Gefängnisstrafe verurteilt wurde, fasst seine Erfahrungen mit der Justiz zusammen. In unserer März-Nummer (Bestelltitel S. 1) folgt ein Gespräch mit Mitgliedern des Zürcher Anwaltskollektivs. Die Red.

klar, dass seine Mitglieder geschützt und deshalb Cincera eingeklagt werden musste, zuerst provisorisch, dann im ordentlichen Verfahren. Ein provisorisches Verfahren ist dazu da, dass man ohne grosse Umtriebe verurteilt zu werden vermeint. Deshalb klagte das DM neben Cincera auch den Tessiner Verlag und weitere ausserkantonale Vertriebsstellen in Zürich ein.

Denn es wäre viel zu umständlich und würde dem Sinn eines provisorischen Verfahrens widersprechen, wenn man in der ganzen Schweiz klagen müsste. Das Bezirksgericht war auch dieser Meinung, womit die Gerichtspraxis einen wichtigen Schritt weiterentwickelt wurde - was über den konkreten Fall hinaus wichtig sein konnte. Doch das Obergericht als zweite Instanz hatte diesen «Entwicklungsmut» nicht mehr und entschied konservativer. Vielleicht weil es ein politisch brisanter Fall war? Auf jeden Fall hatte das DM den ausserkantonalen Beklagten 7000 Franken an Parteischadungen zu zahlen. Fazit: Es ist zwar wünschbar, eine Klage wenn immer möglich nicht nur auf die eigenen, unmittelbaren Ziele auszurichten, sondern auch auf die Rechtsentwicklung, auf die Erweiterung von Spielräumen. Das grosse Aber: Dieser Weg ist nur zu empfehlen, wenn man die Kosten tragen kann.

Die zentrale Erfahrung ist die Bestätigung einer alten Wahrheit: Im Justizapparat gibt es zweierlei Uhren, eine mit rascher Gangart für gewöhnliche Sünder, eine mit sehr gemächlichem Takt für gewichtigere Herren. Der Ex-Frontier Hans Nüssli, der gegen uns DM-Mitglieder ermittelte, erhob nach gut zwei Monaten die Anklage, und die Urteile folgten prompt und exemplarisch. Ganz anders sieht das Tempo auf der andern Seite aus. Ich beschränke mich auf drei Beispiele.

Es wird eifrig nichts getan

Beispiel 1: Das Archiv, das Cinceras Mitarbeiter eine volle Woche lang ungehindert betreten konnten, bevor es versiegelt wurde, kann noch immer nicht auf weitere Amtsheimisverletzungen durchsucht werden. Nach über einem

zweigt verging über ein halbes Jahr, bis die ersten Ermittlungen angestellt wurden.

Militärjustiz: Augen zu, Schublade auf

Wer die Cincera-Affäre auch nur halbwegs verfolgt hat, der weiss: Obersteuerrat C. hat zahlreiche militärische Dokumente widerrechtlich erhalten und widerrechtlich ins Archiv eines Vereins eingeschleift. In zwei Fällen hat die Militärjustiz pro forma ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, das indessen nach über einem Jahr noch kein greifbares Ergebnis gebracht hat. Eine ganze Reihe weiterer Fälle wurde nicht einmal angegangen. Begnügen wir uns mit einem Beispiel: Der Kommandant der Zürcher Infanterieschule, Oberst R. Binder, schickte Cincera widerrechtlich eine als «vertraulich» klassifizierte Meldung über agitatorische Umtriebe, und Cincera leitete das Aktenstück verbotenerweise der «Informationsgruppe» weiter. Die Militärjustiz ermittelte bis heute weder gegen Binder noch gegen Cincera.

den Schnüffler und Denunzianten von der Englischviertelstrasse nicht einklagen, obschon Cincera all die Informationen zu einem einzigen, persönlichkeitsverletzenden Zweck sammelt; Bereitstellen von Abschnusmissionen, bei Bedarf gegen unbequeme Stellenbewerber einsetzbar. Ich fühle mich in meinen persönlichen Verhältnissen verletzt, wenn bei einem zweifelhaften Privatpolizisten haufenweise Falschinformationen über mich lagern, die - ohne dass ich im Normalfall je davon Kenntnis erhalte - gegen mich eingesetzt werden. Bundesrat Furgler hat solche Schnüffeleien im Nationalrat klar verurteilt, doch nützt dies wenig, solange keine Rechtsgrundlage besteht, diese Machenschaften abzustellen.

Rechtspraxis vorantreiben oder sein Recht bekommen?

Vielleicht die wichtigste Erfahrung ist der Konflikt zwischen zwei Zielen, die beide erstrebenswert sind. Urteile kommen bekanntlich nicht nur aufgrund von Gesetzesparagrafen zustande, eine ebenso grosse Rolle spielt die bisherige Gerichtspraxis. Diese Gerichtspraxis kann sich nur wandeln, wenn Fälle zu entscheiden sind, wenn geklagt wird.

Öffentlichkeit mobilisieren!

Es wäre noch über weitere Erfahrungen zu berichten. Doch ich will hier kein Plädoyer dafür halten, alles zu schlucken und den Gerichtsweg auf keinen Fall zu beschreiten. Ich meine bloss, dass man die Risiken kennen und über die Randbedingungen Bescheid wissen sollte. Entscheidend ist neben all den juristischen Erwägungen, dass man mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit Druck aufsetzen kann. Wäre es dem DM nicht immer wieder gelungen die Öffentlichkeit auf Unterlassungssünden der Justiz aufmerksam zu machen, so wäre noch weit weniger geschehen. Immerhin gab und gibt es auf der Seite der Cinceristen derart krasse Rechtsverletzungen, dass die Justiz nicht einfach alle Augen schliessen kann.

Der Gesinnungswandel des Ernst Cincera

Dies weiss auch Cincera. Er, der vor dem Platzen der Affäre sehr prozessfähig war (z. B. gegen den Pfarrer Kurt Marti und wegen des Begriffs «Apostel der Volksverdummung» gegen Berthold Rothschild), hat seither keine Klagen mehr eingereicht. Er lässt sich in aller Öffentlichkeit als Lügner und Denunziant bezeichnen (was er auch ist), weil er Gerichtsverfahren und vor allem den Wahrheitsbeweis fürchtet. Cincera versucht eine Verurteilung so lange wie möglich hinauszuschieben. Denn der Aufsteiger möchte weiter Karriere machen. Ende 1978 wäre vom Dienstalter her die Beförderung zum Oberst fällig, und 1979 möchte Cincera gerne sein satzmann-Dasein aufgeben und FDP-Nationalrat werden. Dazu kommt, dass die Spendenfreudigkeit einiger Firmen und Personen nachlassen könnte, wenn einmal gerichtsmässig ist, dass Cincera ein unsorgfältiger Puschler ist, ein Subversivengänger, der Nullen schiesst (wobei im Denunziationsgeschäft auch Nuller Treffer sind). Jürg Frischknecht

Schwarz auf weiss

Was aus Cinceras Dunkelkammer ans Licht der Öffentlichkeit kam, ist schwarz auf weiss nachzulesen. Das «Dossier Cincera» (6. Auflage, 208 Seiten) kostet 7 Fr., die neue, bisher gezeichnete Broschüre «Cincera alias Cäsar - Wir waren Cinceras Berner Spitzel» (96 Seiten) 5 Fr. So bestellen: Betrag auf PC 80-48476 (DM Zürich) einzahlen und gewünschten Titel vermerken.

um Offizierskollegen der Militärrichter geht: all die Presseberichte, die detailliert auf die Beziehungen Cincera-EDM eingehen, hat der Oberauditor geflissentlich nicht zur Kenntnis genommen. Ausführliche Eingaben des DM-Anwalts samt allen notwendigen Kopien wenderten in die Schubladen - obschon gegenüber dem DM das Gegenteil behauptet wurde: «In Beantragung Ihres Schreibens vom 3. Mai 1977 teile ich Ihnen mit, dass im Zusammenhang mit obiger Angelegenheit eine vorläufige Beweisaufnahme angeordnet wurde, damit die sich ausdrückenden Abklärungen vorgenommen werden können. Die Untersuchung ist zur Zeit im Gang.» Diese Auskunft des Oberauditors vom 6. Mai 1977 war schlicht gelogen. Die Militärjustiz erlaubt sich derartige Schlamereien in einem Fall, der alle erdenkliche Publizität genossen hat. Wie erst, so ist zu befürchten, springt sie mit Fällen um, wo kein öffentlicher Druck vorhanden ist?



Unterentwickelter Persönlichkeitsschutz Weil die Schweiz in Sachen Persönlichkeitsschutz ein unterentwickeltes Land ist, konnten die 3500 bei Cincera registrierten Bürgerinnen und Bürger

Seit Jahren wird von verschiedener Seite versucht, die durch Bodenspekulation verursachten Missstände, von denen die gesamte Volkswirtschaft und im besonderen die Landwirtschaft betroffen werden, zu beseitigen oder wenigstens einzudämmen. Das Bedürfnis einer planmässigeren Nutzung unseres Lebensraums wird allgemein anerkannt. Dennoch hat in der Schweiz ein Raumplanungsgesetz nicht die Zustimmung der Mehrheit bei der Abstimmung gefunden.

Die Bodenspekulanten haben es bisher erfolgreich verstanden, ihre Pfunde vor Eingriffen zugunsten des Allgemeinwohls zu bewahren. Weiterhin werden jährlich riesige Gewinne mit Bodenhandel gemacht: 1974 erreichten diese schätzungsweise eine Höhe von 5 Mrd. Franken.

Bei den Einzeichnungen ist zu viel guter landwirtschaftlicher Boden in die Bauzone geschlagen worden. Das Preisgefälle zwischen Bauland und Landwirtschaftsland ist so gross, dass auch viele finanziell ohnehin unter Druck stehenden Bauern ihre Rettung im Landverkauf in der Bauzone suchen. Reich wird, wer den Boden verhöret; wer ihn weiterbewirtschaften will, wird ruiniert.

Innerhalb der verschiedenen Zonen sind die Bodenpreise stetig geklettert. Das bedeutet: hier teure Baukosten und hohe Mieten, dort Bodenpreise, die mit dem bäuerlichen Einkommen nicht mehr bezahlt werden können und zur Verschuldung der Bauernbeiträge beitragen, die auf Zukauf von Land angewiesen sind, teures Land pachten müssen oder auf ihrer geringen Fläche intensiver produzieren und daher mehr investieren müssen. Der Bauer läuft in die Fänge des Kapitals.

Initiative für ein spekulationsfreies Grundeigentum

Hinter der Volksinitiative für ein spekulationsfreies Grundeigentum stehen Bauern. Sie haben sich vorgenommen, die Dinge grundlegend zu ändern, nicht nur zugunsten des Bauernstandes, sondern auch der Gesamtheit des Volkes, das je nach dem Steuerzahler die durch die Auswirkungen der Spekulation anfallenden Kosten zu berappen hat.

Die Initianten haben erkannt, dass eine Lösung des Bodenproblems nur gefunden werden kann, wenn dem landwirtschaftlich genutzten Boden sein eigentlicher Wert zurückgegeben wird: Der Bodenpreis soll nach dem Ertragswert definiert und fixiert werden. Nur so ist es dem Bauern möglich, ohne über grosse Hypothekbelastung zu produzieren. Es ist klar, dass diese Massnahme den Bodenmarkt sehr einschränken würde. Was ist uns aber wichtiger: die «heili-

Urteile

Drei DM-Mitglieder erhielten bedingte Gefängnisstrafen, weil sie zusammen mit Andreas Kühnis wichtiges Beweismaterial aus dem Cincera-Archiv sicherstellten.

Das Cincera-Archiv dürfte entsiegelt und durchsucht werden, verfügte das Bezirksgericht. Die Entscheide des Ober- und des Bundesgerichts stehen noch aus.

Der Buchautor Cincera wurde im provisorischen Verfahren vom Bezirks- und vom Obergericht verurteilt, weil sein Buch persönlichkeitsverletzende Stellen enthält. Das ordentliche Verfahren dürfte mit dem gleichen Ergebnis enden.

«Trumpf Buur»-Eibel wurde vom Bezirksgericht Zürich wegen über Nachrede verurteilt, weil er den PÖCH-Kantonsrat Rudolf Bautz als Einbrecher bezeichnet hatte. Im Moment liegt die Sache beim Obergericht.

In zahlreichen weiteren Verfahren ist das Urteil bzw. die Klageerhebung in den nächsten Monaten zu erwarten.

das Konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Streit um Horn Afrikas

Äthiopien und Somalia befinden sich seit Monaten in einem tödlichen Bruderkrieg, welcher die sozialistischen Ansätze in beiden Ländern schwer erschüttert. Militärstrategisch und wirtschaftspolitisch kommt es den USA und ihren Verbündeten im Nordosten Afrikas gelegen, dass wegen der Grenzstreitigkeiten das antiimperialistische Bündnis zwischen Äthiopien und Somalia nicht zum Tragen gekommen ist. Mit diesen Überlegungen gibt der PÖCH-Verlag (Postfach 539, 8026 Zürich) eine Broschüre mit Interviews, Reden und Stellungnahmen aus beiden Lagern heraus (4.50 Fr.).

Marxistische Kulturtheorie: Antonio Gramsci

Das «Kulturmagazin» hat in seiner Nr. 6 (Dez. 1977) in eine Diskussion aufgenommen, welche in Italien und Frankreich schon seit einiger Zeit im Gang ist; die Frage nach einer marxistischen Überbau-theorie, welche dieses lange vernachlässigte und deshalb immer noch mager dastehende Gebiet bereichern könnte. Antonio Gramsci, der Vater der KPI, dient immer wieder dazu, Kritikern an den KP von links Argumente zu liefern, wie etwa der aus der KPI ausgeschlossenen Maria-Antonieta Macciochi, die im Heft auch zu Wort kommt. Ihr Standpunkt stellt Gramsci als eine Alternative zum herrschenden «autoritären Dogmatismus» dar. Daneben gibt es natürlich auch die Französischer Denkens in der marxistisch-leninistische Stammlinie (A. Isenschmid). Um aber überhaupt eine (nicht akademische) Gramsci-Diskussion führen zu können, müssen wesentliche Passagen aus seinem Werk übersetzt werden, denn noch immer fehlt eine deutsche Ausgabe seines Werks; auch dies wird im Heft getan. Einzig die wichtigste Frage wird nicht explizit beantwortet: warum eigentlich Gramsci? (Bloss weil er ein vogue ist?) Liegt man jedoch Gramsci selbst, so wird sich die Antwort bald ergeben.

«freie Marktwirtschaft oder der sinnvoll genutzte Boden, auf dem wir unsere Nahrungsmittel produzieren?»

Die Initiative hat allerdings enorme Schwierigkeiten, über die Grenzen der französischen Schweiz bekannt zu werden. Von den Organisationen und Verbänden der Bauern wird sie als radikal abgelehnt. Beim Sammeln der Unterschriften in der deutschsprachigen Schweiz stellt sich uns vor allem das Problem, dass es uns an Mitarbeitern aller Art fehlt. Füllen Sie daher untenstehenden Talon aus, wenn Sie sich für eine Mitarbeit interessieren. Wir sind für Ihre Hilfe und Anregungen dankbar.

Michael Kaufmann/Herbert Karch

Talon einsenden an: Michael Kaufmann, Wibichstr. 3, 8037 Zürich.

Ich interessiere mich für die Initiative für spekulationsfreies Grundeigentum. Ich möchte:

- Mehr Information (Flugblatt, Dokumentation, Initiativtexte)
 Schriftchenansammeln; senden Sie mir ... Unterschriftenbögen.
 Unterschriftenansammeln. Ich bin bereit, an Standen usw. Unterschriften zu sammeln. Rufen Sie mich zwischen Organisation an.

(Mögliche Daten, Weekends

Meine Adresse, Tel.

An dieser Stelle informiert das Demokratische Manifest DM oder Mitglieder der Arbeitsgruppe Information des DM, DM, Postfach 107, 8036 Zürich.

Jahr (!) hat das Bezirksgericht zwar eine Entsiegelung angeordnet. Bis das Obergericht und schliesslich das Bundesgericht entschieden haben, dürfte der zweite Jahrestag der Cincera-Affäre vorbei sein.

Zweites, geradezu ungläubliches Beispiel: Vier militärische Dokumente, die Cincera selbst (und nicht «nur» einen Dritten als Lieferanten) der Verletzung von Geheimhaltungsvorschriften überführen, schlummerten 13 (in Worten: dreizehn) Monate lang in den Schubladen des Zürcher Bezirksgerichts, bis sie, auf energische Intervention des DM hin, endlich dem Oberauditor übermittle wurden - worauf sie dieser an die Militärverwaltung weiterschob, wo sie weiter schlummern.

Beispiel 3: Der Personalchef der Psychiatrischen Universitätsklinik Burghölzli, Otto Frick, wurde letzten Herbst vom Vorwurf der Amtsheimisverletzung freigesprochen, weil er bestimmte Personalakten nicht der Privatperson Cincera, sondern Cincera als Mitglied der Burghölzli-Aufsichtskommission übergeben habe. Die zwingende Konsequenz aus diesem Freispruch wäre ein Verfahren gegen die Amtsperson Cincera, der die erhaltenen Amtsakten widerrechtlich ins Archiv des privaten Vereins «Informationsgruppe Schweiz» weitergab. Doch bis heute wurde gegen Cincera kein Verfahren eingeleitet. Ebensov wenig wurde bis heute einer der zahlreichen Cincera-Lieferanten in Amtsstuben und Militärbüros verurteilt. Die Taten sind zwar bekannt und bekannt, doch die Justiz unternimmt kaum etwas, um die Täter zu identifizieren. In verschiedenen Fällen von Amtsheimisverle-

Über 100 000 Franken

Die Gerichts- und Anwaltskosten aller Verfahren im Umfeld der Cincera-Affäre dürften - vorsichtig geschätzt - 100 000 Franken beträchtlich überschreiten. Allein das Demokratische Manifest hat bis heute 26 106.55 Fr. angewendet. Die Mitgliederbeiträge werden dafür nicht angestrichen. Der Beitrag ist zur Hälfte gedeckt durch Einnahmen aus dem «Dossier Cincera» und zu einem Viertel durch Spenden. Das letzte Viertel soll jetzt durch eine breite Sammlung zusammenkommen. Das DM appelliert an die Solidarität aller, die vor 15 Monaten erleichtert waren, als Cinceras Schnüffeleien ans Tageslicht kamen. Spenden auf PC 80-48476, DM Zürich, Vermerk Prozessfonds. Vielen Dank!

Abonnieren Sie!

\*das Konzept\*, Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das Konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
□ bis 1978 bis Dezember 1978 für 14 Fr. (Ausland 18 Fr.)
□ (Zutreffend ankreuzen)
□ Geschenkabonnement (Name des Beschenkten hier eintragen; Adresse für Rechnung auf Zeitungsende)

Name, Vorname:

Adresse:

PLZ, Ort:

Beruf:

Datum:

Talon einsenden an: «das Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das Konzept» über einen Bekannten\*als Probenummer\*lam Kiosk\*lauf ein Inserat in nachstehend genannter Zeitung hin\*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort\* (Zutreffendes unterstreichen):
Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgendem(n) Bekannte(n): dk 78/2



### Zwei neue Bundesverwaltungsräte

oder ein Vorschlag für die Umwandlung der Republik in eine auch formale Monarchie

Es ist eine Träbnis in der Luft  
Oh Brüder und Schwestern  
Der Vertreter der Kantone Honeywell Bull, Elektrowatt, Rentenanstalt usw.  
bespringt die Bundeskuppel  
ein demokratisch vom Verwaltungsrat in den Verwaltungsrat gewählter  
ein weidlich gebogener Treter  
wird vom Einparteienallparteiensystem  
am Flaggenmast gehisst dass es klirrt  
Auch der andere springt in die Höhe, flohartig und etwas geil  
der Chef des Neuenburger Touringclubs  
der Präsident der Gesellschaft Schweiz-Israel  
der Freizeitszialdemokrat  
wird auch emporgehoben  
im Austauschverfahren für die Unterstützung  
des obergestopften Bürgers  
darf die Partei der Lohnabhängigen einen portieren der  
auch ein Bourgeois ist  
Touring Club Neuchâtel  
schmust mit Elektrowatt Zürich 1:0 oh prästabilisierte Harmonie  
Die beiden Lords aus der Herrenkammer-Handelskammer  
schlafen pünktlich lächelnd ins Regierungsfütteral  
Die Schweiz das Trachtenweitschi nimmt noch schnell die Pille und  
beglückt die Alpen und  
dann die Beinchen und  
ein Mütschi aufgeschminkt den beiden Figuren die klammheimlich  
aber unüberhörbar frischgebackenen Brunst  
grossmütig was ihnen an Gaben gegeben  
Der Nationalrat ist glücklich  
der Ständerat ist glücklich  
der Bundesverwaltungsrat ist glücklich  
Und der Ständerat gibt der Öffentlichkeit eine Prise  
WIR HABEN NOCH WEITERE GUTE MÄNNER AUF LAGER  
DER VORRAT IST NOCH NICHT ERSCHÖPFT  
sagt Herr Reimann aus Wölflinswil AG  
Auch die Banken haben Männer auf Lager, gut gelagerte  
Herr Wuffli SKAAG mit oder ohne wäre ein  
treubersorger Gatte & Bundespräsident  
Das Volk ist auch glücklich und ruft  
jhuu, jetzt stimmen wir ab und bestimmen einstimmig  
dass wir nix mehr zu bestimmen haben wollen, nämlich  
Politik ist etwas für Spezialisten die etwas vom Kreuz verstehen  
auf das wir gelegt werden  
Der Herr aus Zürich, tonnerwetter hat Format  
der war doch im Verwaltungsrat  
von der schönen Computerfirma welche uns so tüchtig über den Löffel balbierte  
Bravo Honeywell Bull und seine Dirigenten  
die haben es uns gezeigt und gleich doppelt soviel für einen Computer verlangt  
als normal gewesen wäre und das zeigt: ihre Geschicklichkeit ist gross und  
sie verdienen also uns zu regieren denn von ihnen gebürstet werden ist süss &  
ehrvoll  
Sie werden's schon richten und uns verfassungsmässig verseeckeln und  
mit Ständemehr uns einen bescheiden ganz demokratisch  
einen mit Stil der die Arbeit abnimmt und die Formalitäten  
Oh Fürst aus der Glückspost, er steht schon parat  
Macht hoch die Tür die Tor macht weit  
Es kommt der Herr der Herrlichkeit  
Von über dem Rhein  
der Fürst gwüssgott von Liechtenstein Hubert v. Knappertsbusch-Gryphius

Aus Rücksicht auf die Polit-Moral-Hygiene der Staatsliebenden unter  
unseren Lesern in der Schweiz abgedeckt

Gewundrige können eine unzensurierte Kopie des Originalmanuskriptes  
unter Einsendung eines adressierten und frankierten Antwortcouverts  
plus 1 Fr. in Briefmarken auf der Redaktion beziehen.  
PS: Leht sich nicht unbedingt. Red.

### Keine Qualitätsprämie für den «Ernst S.»-Film

## Einladung an die Herren Hürlimann und Furgler

Wir nehmen mit Erstaunen von der Argumentation des Bundesrates Kenntnis, der in seiner Stellungnahme die Position der Ausgewogenheit verlässt und sich praktisch zum Anwalt von Leuten macht, die den Historikern allgemein bekannt war.  
Wir sind der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Bundesrates sein kann, den Herausgeber einer Nazi-Zeitung in Schutz zu nehmen oder sich zum Sprecher des Herrn Bührle für dessen Waffenlieferungen zu machen oder die Intrigen des Oberstkorpskommandanten Wille gegen den General als «nicht dokumentarisch» belegt zu bezeichnen, obwohl dies

Eindruck, dass der Bundesrat mit seiner Haltung nicht die Meinung des Durchschnittschweizers ausgedrückt hat, sondern sich einmal mehr zum ausführenden Instrument und zum Organ des besitzenden Standes macht.  
Wir denken weiter, dass die harte, kompromisslose Haltung des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartementes auch eine gewisse Befangenheit erkennen lässt, die wir und nur durch persönliche, lokale und parteipolitische Verflechtungen erklären können.  
Wir bedauern abschliessend den fehlenden politischen Mut des Bundesrates und hoffen, dass unser Vorschlag einer öffentlichen Debatte für einmal nicht auf taube Ohren stösst und unser Glaube an die Diskussion als Mittel der Demokratie nicht einen weiteren Schlag erleiden muss. Richard Dindo/Niklaus Meienberg

lung seines eigenen Departements (Herr Muff) berücksichtigte, welche vorgeschlagen hatte, im Sinn einer Kompromisslösung uns statt der 35 000 immerhin 20 000 Franken zu verleihen.  
Und obwohl wir natürlich wissen, dass sich das Thema Ernst S. in unserer Wegwerfgesellschaft publizistisch abgejagt hat, waren wir auch über die Reaktion eines Teils der Presse erstaunt: unser Communiqué (nebenbei) wurde von der «NZZ», die dem Bundesratsentscheid eine halbe Seite einräumte, mit keinem Wort erwähnt, im «Blick» auch nicht, in der «TAT» und den meisten deutschsprachigen Zeitungen nur winzig klein. (Der «Tag» hingegen und die welche Presse und das gesamte Fernsehen und Radio haben sich sehr anständig verhalten.)  
Der Präsident der Staatsbürgerlichen Gesellschaft des Kantons Luzern (kein Linker) hat übrigens den Ministern Furgler und Hürlimann mitgeteilt, dass die von uns gewünschte Diskussion im Rahmen dieses überparteilichen Gremiums jederzeit erfolgen könne. Wir halten unsere Einladung an die beiden Staatshistoriker, welche sonst bei jedem Turnverein-jubiläum bereitwillig Reden schwärzen, aufrecht und garantieren ein volles Haus. Söllled emol cho!

Wer die muhevollen Geschichte um Buch und Film verfolgen will, kann dies anhand von «konzept»-Nummern leicht tun:  
- Lebenslauf eines Erschossenen (5/75)  
- Interview mit Dindo/Meienberg über den «Ernst S.»-Film (2/76)  
- Bundesrat Hürlimann lehnt Qualitätsprämie ab (Ein Briefwechsel) (1/77)  
Jede Nr. gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion «konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

### Niklaus Meienberg: Von Ernst S. habe ich eigentlich genug

Ich hätte nach meiner hundertseitigen Reportage, welche 1975 erschienen ist, nichts mehr über ihn schreiben wollen; wenn die Verhältnisse ein bisschen freundlicher gewesen wären. Und auch die Sache mit der Qualitätsprämie hätten Dindo und ich vielleicht schweigend geschluckt, wenn der negative Bescheid nicht so hanetüchchen motiviert worden wäre.  
Aber wir sind dann doch ein bisschen heftig erschrocken, weil der Bundesrat so nazifreundliche Figuren wie Mettler, Wille, Däniker, Bührle auf erschütternde Art in Schutz genommen hat und weil unsere sieben obersten Landeshistoriker nicht nur die Archive unter Verschluss halten, sondern zugleich ihre persönliche Interpretation der umstrittenen Ereignisse als objektive, allgemeinverbindliche Wahrheit hinstellen. Sowa ist man sich in totalitären Ländern, aber nicht in einem de-

bei Professor Bonjour nachzulesen ist, der seine «Geschichte der Neutralität» im Auftrage des Bundesrates geschrieben hat! Wir finden es auch fragwürdig, einem Film unsorgfältigen Recherchieren vorzuwerfen und gleichzeitig die für die Geschichtsschreibung notwendigen Archive über die Sperrfrist hinaus verschlossen zu halten. Wir laden deshalb die Herren Hürlimann und Furgler, die in dieser Angelegenheit federführend waren, zu einer öffentlichen Debatte ein! Bei dieser Gelegenheit würden wir alle Behauptungen unseres Filmes belegen und die Bundesräte bitten, das gleiche zu tun mit ihren eigenen.  
So zum Beispiel ihre Behauptung, dass es sich bei den von Ernst S. (aus einem unbewachten Depot!) gestohlenen Granaten um geheime Granaten gehandelt habe, was uns das Militärdepartement ursprünglich auf unsere schriftliche Anfrage hin nicht bestätigen konnte! Wir sind der Meinung, dass wir mit unserem Film ein Thema in die politische Landschaft gestellt haben, das auch der Bundesrat nicht mehr aus der Welt schaffen kann.

Wir sind im weiteren erstaunt, dass er die vorwiegend positiven Reaktionen des Publikums und der Presse zu unserem Film in seinem Entscheid nicht berücksichtigt hat. Dafür übernimmt er wieder die von der «Neuen Zürcher Zeitung» aufgestellte Behauptung, unser Film bezeichne unterschiedslos das ganze Bürgerum als «nazifreundlich». Wir machen aber, nicht nur durch die ausgewählten Interviewpartner, sondern auch im Kommentar, deutliche Unterschiede, indem wir immer von einem «Teil des Bürgerums» reden. Die Zusammensetzung des damaligen Bundesrates lässt aber gerade erkennen, dass der Einfluss dieses «Teiles» politisch übermässig gross war und dass der Wille, die Demokratie zu verteidigen, nicht genügend manifestiert wurde.  
Dies erklärt auch die Vertrauenskrise zwischen Volk und Behörden, von der Professor Bonjour in unserem Film redet und die unserer Meinung nach eben gerade durch die Erschossung von «Kleinen» gelöst wurde.  
Die Meinung nämlich, dass man da «an Kleinen Exempel statuieren», haben wir nicht erfunden, die war schon während des Krieges im Volk verbreitet und wurde von unseren Interviewpartnern vertreten, die den Krieg erlebt haben und wissen, wovon sie reden. Wir haben den

### Film nach Themen

Wer für Versammlungen, Bildungsanlässe oder Diskussionsrunden ein bestimmtes Thema mit einem geeigneten Film (16 mm) einleiten oder illustrieren möchte, findet eine angenehme Hilfe im Katalog der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale (SABZ), «Der Film zum Thema». Nach Sachgebieten geordnet, folgen dem Titel des jeweiligen Films Angaben über Herkunft und Gestalter, die Vorführungsdauer und den Verleihpreis sowie über den Inhalt. (Es handelt sich ausschliesslich um Filme der SABZ.) So beziehen: 5 Fr. auf das PC SABZ 30-7600 einzahlen, Vermerk «Der Film zum Thema».  
(Der Filmdienst SABZ, Postfach 54, 3000 Bern 23, Tel. 031/45 56 69, kann auch Adressen angeben, bei denen 16-mm-Filmprojektoren (mit Operator) gemietet werden können.)

demokratischen Regime, gewöhnt: dass ein Politbüro oder ein Führer seinen Untertanen den Geschichtsablauf autoritär «erklärt». (Vgl. die Umdeutung von Trotzki's Rolle durch Stalin, von Röhm's Rolle durch Hitler).  
Wir waren auch ein bisschen erstaunt, dass sich im Bundesrat nur die Stimme von Ritschard für die Qualitätsprämie gemeldet hat; dass der andere Sozialdemokrat (Mojestät Graber) nicht auch ein Wortchen eingelegt hat; dass Minister Furgler nicht die Ansicht der Rechtsabtei-

Ihre DISSERTATION schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen



### Burgdorfer Initiative: Dringend Helfer gesucht

Für den bevorstehenden Abstimmungskampf (April/Mai) brauchen wir viele Helfer, die uns den Mangel an Geld durch persönlichen Einsatz wettmachen helfen! (Geld brauchen wir trotz dem: PC 34-840, Burgdorfer Initiative, Burgdorf)

- Ich bin bereit, in einem lokalen Komitee mitzuarbeiten in
- Ich bin bereit, an meinem Wohnort Abstimmungszeitungen oder Flugblätter zu verteilen (ca. . . . . Stück)
- Ich bin bereit, zeitweise auf dem Sekretariat in Zürich mitzuhelfen

Talon einsenden an:  
Sekretariat Burgdorfer Initiative  
Rothstr. 7, 8057 Zürich  
oder Telefon (01) 28 93 00 18-20 Uhr

Name \_\_\_\_\_  
Adresse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_

# YÜ-GUNG versetzt Berge



Die Filme sind in sechs Programme gegliedert, die sich wiederholen und in beliebiger Reihenfolge angeschaut werden können. Damit Sie als Zuschauer die Möglichkeit haben, alles zu verfolgen, sind die Programme so angelegt, dass Sie jeweils innert zwei Tagen alle Filme sehen können. - Ein persönliches Abonnement zu 38.50 Franken erlaubt Ihnen die sechs Programme in beliebiger Reihenfolge und zu beliebigen Zeiten zum Preis von fünf Nachmittagsentrichten (Fr. 7.70, Einzelbillet abends normalerweise Fr. 8.80) zu sehen. Studenten, Schüler, Lehrlinge und AHV-Bezüger erhalten die Dauerkarte gar für 33 Franken (tunf mal Fr. 6.60 und ein Gratisentricht), allerdings ist sie nur für Montag bis Freitag gültig wie üblicherweise auch. - Da alle Filme zusammen einen sehr guten Einblick in die heutige chinesische Wirklichkeit geben, lohnt es sich, das angebotene Spezialabonnement zu lösen.

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
14.40 Uhr	Geschichte eines Fussballs Training im Zirkus von Peking Rund um das Erdöl	Professor Tsien Eine Frau, eine Familie	Die Kunsthandwerker Das Fischerdorf	Geschichte eines Fussballs Training im Zirkus von Peking Rund um das Erdöl	Proben zu einer Pekingoper Die Apotheke	Eine Kaserne Eindrücke von einer Stadt	Die Kunsthandwerker Das Fischerdorf
16.45 Uhr	Die Kunsthandwerker Das Fischerdorf	Geschichte eines Fussballs Training im Zirkus von Peking Rund um das Erdöl	Proben zu einer Pekingoper Die Apotheke	Eine Kaserne Eindrücke von einer Stadt	Die Generatorenfabrik	Professor Tsien Eine Frau, eine Familie	Proben zu einer Pekingoper Die Apotheke
19.00 Uhr	Proben zu einer Pekingoper Die Apotheke	Eine Kaserne Eindrücke von einer Stadt	Die Generatorenfabrik	Professor Tsien Eine Frau, eine Familie	Die Kunsthandwerker Das Fischerdorf	Geschichte eines Fussballs Training im Zirkus von Peking Rund um das Erdöl	Die Generatorenfabrik
21.15 Uhr	Professor Tsien Eine Frau, eine Familie	Die Kunsthandwerker Das Fischerdorf	Geschichte eines Fussballs Training im Zirkus von Peking Rund um das Erdöl	Proben zu einer Pekingoper Die Apotheke	Eine Kaserne Eindrücke von einer Stadt	Die Generatorenfabrik	Eine Kaserne Eindrücke von einer Stadt

**MOVIE 1**  
im Nagelhof beim Rutenplatz, Tel. 01.69 14 60

Dieses Programm gilt sowohl für das Kino MOVIE 1 in Zürich wie für das ATELIERKINO in Luzern, wo aber die Anfangszeit um 14.00, 16.15, 18.30 und 20.45 Uhr festgelegt wurden. Das ATELIERKINO verzichtet wegen seines günstigen Nachmittagsstarfs auf die Herausgabe eines Abonnements.

**ATELIERKINO**  
Theaterstrasse 5, 6003 Luzern  
Telefon/Kino: 22 12 88  
Leitung: Emil Steinberger

Menschenrechtskampagne 78: Zuger Stadtrat will Veranstaltung verhindern

# Der BBC-Konzern und die Menschenrechte in Brasilien

Welche Folgen hat die Präsenz eines grossen Schweizer Konzerns in einer Militärdiktatur Lateinamerikas? Oder anders: Wie politisch ist das nach eigener Darstellung «neutrale» Wirtschaftsgebaren des Brown-Boveri-Konzerns (BBC) in Brasilien? Diese Frage versucht die Schweizer Unterstützungsgruppe der Menschenrechtskampagne 78 zu klären. Sie hat umfangreiches Material über die Geschäftspolitik der BBC in Brasilien zusammengestellt und in einer Broschüre<sup>1</sup> veröffentlicht. Eine in Zug geplante Veranstaltung über die Ergebnisse wurde vom Zuger Stadtrat kurzfristig untersagt, konnte dann aber doch durchgeführt werden. Wir beleuchten im folgenden die an die BBC gerichteten Vorwürfe und fassen kurz die Ereignisse in Zug zusammen. Ein Kästchen gibt Auskunft über die Menschenrechtskampagne 78, in welcher Gruppen aus 10 europäischen Ländern zusammenarbeiten.

Die Red.

Die BBC-Broschüre stützt sich hauptsächlich auf brasilianische Quellen, besonders auf Kurt Rudolf Mirow, der auch Mitautor einer Studie der Uno-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad) ist: In einem internationalen Kartell zusammengeschlossen, haben die multinationalen Elektrokonzerne, zu denen auch BBC gehört, die brasilianische Elektrobranche systematisch zerstört. Der Elektrosektor stellt hierbei nur ein besonders gut dokumentiertes und untersuchtes Beispiel dar; der gleiche Prozess spielte sich auch in den anderen Bereichen der brasilianischen Wirtschaft ab.

bereits des Vorwurfs ankommen, und so war dieser von 1972 bis 1974 Gegenstand eines Prozesses. In den Akten dieses Prozesses finden sich viele der Vorwürfe bestätigt; der Staatsanwalt Vicente Tourinho fasste am 27. Mai 1974 im Schlusswort die Geschäftspraxis des Kartells wie folgt zusammen: «Sie erlauben kein Zusammenleben, sie dulden keine Konkurrenz, sie setzen das Gesetz der Wölfe durch.»

Trotzdem wurde BBC damals nicht verurteilt – wegen fehlender juristischer

## Unterstützung aus dem Kampffonds

Nach dem Unctad-Bericht, und daran kann Brown-Boveri nicht vorbei, werden heute mehr als 90% der brasilianischen Elektroindustrie vom Ausland kontrolliert. Ferner kamen während des Prozesses gegen BBC noch weitere belastende Tatsachen zum Vorschein: Die Zahlen, die von BBC dem Gericht vorgelegt wurden, weisen aus, dass die Tochtergesellschaft Industria Elétrica Brown Boveri SA (IEBB) Verluste von bis zu 43% des Umsatzes (1968) und 78% des Kapitals (1967) machte. In einer solchen Situation ist jede Firma nach üblicher kapitalistischer Logik zum Untergang verurteilt. Die BBC-Tochter verdoppelte jedoch zweimal während dieser Zeit – von 1967

schaft) im Mai 1976 vor Gericht ausgesetzt, einen Herrn Plassing für «besondere Public-Relations-Aufgaben» angestellt zu haben. Dieser Herr Plassing rühmte sich besonders guter Beziehungen zu höchsten Regierungspersonlichkeiten und erklärte öffentlich, Organisator einer berüchtigten paramilitärischen Terrorbande (Operação Bandeirantes – OBAN) gewesen zu sein. Neben der offiziellen Repression durch die Regierung tragen aber gerade solche Terrorbanden durch Selbstjustiz und brutalstes Vorgehen entscheidend zu den unaufröhlichen Menschenrechtsverletzungen in Brasilien bei.

Dieser Herr Plassing drohte nach Angaben von Mirow mit Bombenattentaten, falls Mirow sich nicht davon abbringen lasse, ein Buch über Exportkartelle zu veröffentlichen. Und genau nach den Angaben von Herrn Plassing explodierte dann am 12. Mai 1976 ein Sprengkörper in den Räumen des Verlagshauses, in dem das Buch von Mirow gedruckt werden sollte. Als schliesslich das Buch doch erschien, nahm sich die Militärdiktatur selbst der Sache an, und ein paar Tage darauf wurde auf Geheiss des Justizministeriums die ganze Auflage des erwähnten Buchs beschlagnahmt.

Neben BBC taucht die Schweiz auch sonst recht häufig in der Broschüre der Menschenrechtskampagne auf: So hat das Welt-Elektrokartell (IEA) natürlich seinen Sitz in der Schweiz, und zwar in Lausanne, nachdem es ihm in England nach dem Beitritt Grossbritanniens zur EG offenbar 1974 zu heiss geworden war. Viele Abkommen wurden in der Schweiz geschlossen, Sitzungen dort abgehalten. Weitere Schweizer Firmen traten im Laufe der Zeit dem Kartell bei (BBC gehört mit Mitgliedsnummer 3 zu den Gründungsmitgliedern), 1975 hiess zum Beispiel der Präsident der «Kabel»-Untersekktion der IEA François Brunner, Diplomat der schweizerischen Kabelfabrik Cossonay.

Und beim Loben der brasilianischen Militärdiktatur wird BBC natürlich auch nicht alleingelassen; so stellte zum Beispiel Nestlé 1970 im Hinblick auf Brasilien fest, «dass heute in diesem Land nicht nur ein Klima der absoluten Sicherheit herrscht, sondern auch mit Vertrauen in eine vielversprechende Zukunft geblickt werden kann». Dass in demselben Land Menschen gefoltert und verschleppt werden, die Armut ständig wächst und die Bevölkerung immer mehr eingeschüchert und terrorisiert wird, scheint unsere Unternehmer nicht zu beeindrucken. Nach einem Artikel der Süddeutschen Zeitung von 1974 existiert seit 1969 sogar ein Fonds zur Finanzierung der politischen Repression, zu dem verschiedene ausländische Unternehmen, unter anderen auch Nestlé, ihren Beitrag leisten.

## Zug: Stadträtliches Theater

Am 21. Januar dieses Jahres sollten diese Informationen nun anlässlich der Eröffnung der Menschenrechtskampagne in der Aula Loreto in Zug an die Öffentlichkeit gebracht werden, wozu auch ein Theaterstück über den ganzen Fall geplant war. Doch am Tag zuvor traf mittags ein Expressbrief des Zuger Stadtrats bei den Veranstaltern ein, in dem die Bewilligung der Aula zurückgezogen wurde. Begründung: Bei der Veranstaltung sei eine gezielte Aktion gegen einen Schweizer Konzern geplant, was bei der Eingabe für die Aula noch nicht bekannt gewesen sei, ferner verleihe der Referent des Abends, Fredy Aeberli, von der Typographia Zürich, der Veranstaltung einseitig agitatorischen Charakter; laut mündlichen Äusserungen eines Stadtrats gegenüber einem Mitglied der Kampagne wisse man ja schon zum voraus, was Herr Aeberli sagen werde.

Die Koordinationsgruppe der Menschenrechtskampagne nahm dazu Stellung: «Wir beabsichtigen nicht, etwas zu verheimlichen. Der Referent stand noch nicht fest zum Zeitpunkt der Eingabe für die Aula. Dass der Stadtrat nach Bekanntwerden des Namens des Referenten und des somit, nach Stadtrat «klar definierten» Inhalts des Grundsatzreferats die zugesagte Bewilligung wieder zurücknahm, stellt für uns einen klaren Eingriff in die Rede- und Meinungsäusserungsfreiheit dar. Eine öffentliche Behörde hätte die Aufgabe, verschiedene Ansichten zu Wort kommen zu lassen. (...)

Die Kampagne will an konkreten Fällen die Zusammenhänge zwischen Schweizer Unternehmer und Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika aufzeigen. Dabei wollen wir die Informationen von Betroffenen dort der Schweizer Öffentlichkeit zugänglich machen. Dies nennt der Zuger Stadtrat «Agitation» und fühlt sich verpflichtet, in seinem Amts-eifer, eine solche Veranstaltung zu verhindern. Warum?

Wir wollen, dass neben der Stimme unserer Wirtschaft auch Stimmen aus Lateinamerika zu den Tätigkeiten unserer Unternehmen an die Schweizer Öffentlichkeit gelangen. Es wird versucht, dies zu verhindern. Was bedeutet das für die Gewährleistung der Menschenrechte in der Schweiz?

(Pikantes Detail am Rande: Einige Zeit vorher fand in einer anderen städtischen Aula in Zug eine Veranstaltung mit Hauptreferent Ernst Cincera statt.

## Menschenrechtskampagne 78



Aus Anlass der weltweiten und massiven Menschenrechtsverletzungen und des 30. Jahrestags der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen findet 1978 in verschiedenen Ländern eine Informations- und Aktionskampagne statt, die in der Schweiz das Thema «Schweizer Wirtschaft in Lateinamerika – für wen?» trägt. Der Anlass zu einer solchen Kampagne kam von verschiedenen Basisgruppen in Lateinamerika, die sich zum Servicio Paz y Justicia en América Latina – orientación no-violenta (gewaltfreie Bewegung für Frieden und Gerechtigkeit) zusammengeschlossen haben. Ausgehend von der schon länger bestehenden Schweizer Unterstützungsgruppe dieser Bewegung, haben sich verschiedene interessierte Leute in der Schweiz zusammengefunden, um die Kampagne hier bei uns zu starten. Die Kampagne will darüber aufklären, was Menschenrechte eigentlich sind, und auf die Menschenrechtsverletzungen hinweisen. Um jedoch konkret zu sein, soll anhand von ausgewählten, gut dokumentierten Fällen – beiseite über die Tätigkeiten Schweizer Firmen in Ländern Lateinamerikas informiert werden, wie sich die Interessen dieser Firmen auf die Lebenssituation der breiten Bevölkerung in jenen Ländern auswirken, inwiefern sie der Verwirklichung der Menschenrechte entgegenwirken. Ferner will die Kampagne helfen, Wege zu finden, wie jeder einzelne sich hier in der Schweiz dafür einsetzen kann, dass unsere Konzerne nicht mehr zu Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika beitragen.

(Kontaktadressen: Andreas Keil, Stapferstr. 21, 8006 Zürich. Kathrin Jennings-Braun, Gesellschaftstr. 84, 3012 Bern.)

Dort bestand offenbar keine Befürchtung, dass die Veranstaltung «agitatorischen» Charakter haben könne.)

## Unbeantwortete Post

Allen Anstrengungen des Stadtrats zum Trotz fand dann am 21. Januar in Anwesenheit des Fernsehens und der Presse doch noch die geplante Eröffnung der Menschenrechtskampagne 78 statt und zwar aussergewöhnlich würdigsten und ältesten aller Zuger Schulhäuser, im Burgbackeller, einem im Schulhaus Burgbackel eingerichteten privaten Kleintheater. Dort wurde dann auch die Plakat- und Informationsausstellung der Menschenrechtskampagne eröffnet, die über das ganze Jahr in verschiedenen Städten der Schweiz gezeigt werden soll und als 1. Atlas für weitere Aktionen im Rahmen der Menschenrechtskampagne dienen kann. Nach dem Vortrag von Fredy Aeberli und der Theaterszene zum Verhalten des Welt-Elektrokartells in Brasilien, dem eben auch BBC angehört, konnte zum Abschluss jedes der Teilnehmer sich mit einer Postkarte direkt an Herrn Luterbacher, Chef der BBC-Konzernleitung, wenden und ihn bitten, zu den oben schon erwähnten Vorwürfen Stellung zu nehmen und bekanntzugeben, wie BBC im Hinblick auf die genannten Vorfälle ihre Geschäftspolitik ändern wird. Auch jedem Exemplar der Teilnehmerkarte liegt eine solche Postkarte bei. Brown Boveri hat allerdings bisher noch keinem, der eine Karte abgeschickt hat, geantwortet!

## Ende Februar (mit Verzögerung) erscheint:

## Inhalts- und Autorenverzeichnis (1972-1977)

Viele Artikel des «konzept» haben ihre Bedeutung bis heute noch nicht verloren, und die meisten markieren die wichtigsten sozialen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre in der Schweiz. Deshalb gibt es viele Leute, die «das konzept» als Hilfsmittel für ihre soziale, politische oder historische Arbeit brauchen. Um Artikel und Autoren leichter zu finden, haben wir dieses Verzeichnis hergestellt. Sie finden in kürzester Zeit alle Artikel, welche z. B. Niklaus Meienberg für «das konzept» verfasst hat; ebenso erstellt man leicht, was wir z. B. zum Thema «Psychiatrie» veröffentlicht haben. Sie erhalten das Verzeichnis mit unterstehendem Talon (gegen 3.60 Fr. in Briefmarken) oder durch Voreinzahlung auf unser Postcheckkonto 80-37626, Vermerk «Verzeichnis».

Ich bestelle «konzept»-Initialverzeichnis (in Beilagen 60 Fr. in Briefmarken pro Verzeichnis) Name: Strasse, Nr.: PLZ, Ort:

## Kartell: Strikte Kampfregeln

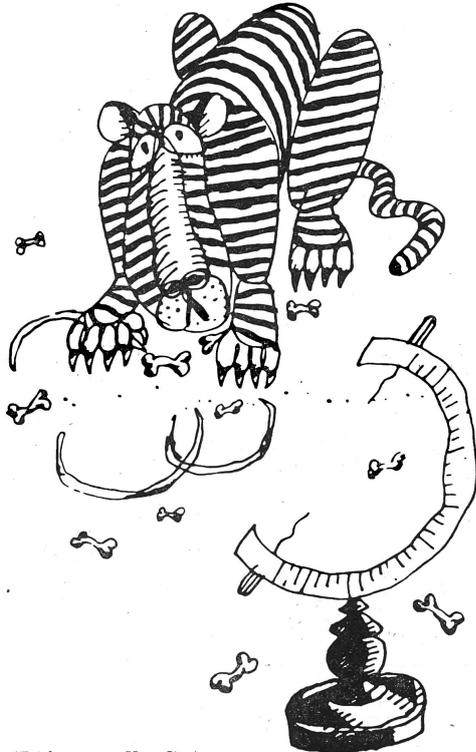
Der erste Hauptvorwurf gegen BBC betrifft die Mitgliedschaft im Welt-Elektrokartell (International Electrical Association – IEA), das sich in verschiedene Komitees gliedert, welche das Vorgehen gegen unerwünschte Konkurrenten regeln. Dies geht im wesentlichen auf Enthüllungen der angesehenen englischen Zeitung «The Times» zurück: Vergabe von technischem Wissen an Entwicklungsländer ist ein strikte Kartellregel gebunden. Nichtmitglieder werden in besondere und allgemeine Aussenseiter eingeteilt; besondere Aussenseiter werden «in das Kartell eingegliedert», für allgemeine tritt jedoch die sogenannte «Anleitung für das Vorgehen beim Kampf gegen Nichtmitglieder» in Kraft. Dann leitet das eigens dafür vorgesehene Kampfkomitee die Kampfmassnahmen ein, um die entsprechende Konkurrenzfirma zu zerstören: Als erstes wird ein Kampfleiter eingesetzt. Für Brasilien war dies Brown Boveri, denn im Brasilien-Spezialabkommen der IEA heisst es in Artikel 27:

«Wenn die Notwendigkeit des Kampfs entsteht, wird dieser zuerst von derjenigen Gesellschaft geführt, die die grossen Reserven angehäuft hat. (...) Alle gemeinsamen beschlossenen Abgebene Preise enthalten 2% für die Bildung eines Kampffonds. (...) Nichtmitglieder werden systematisch bekämpft. Mitglieder lösen sich bei den Kampfmassnahmen untereinander ab.»

Im Kampf gegen Aussenseiter greift das Kartell, laut Mirow, zu verschiedenen Mitteln: Dumping gegen das ganze Land, Sabotage, defekte Lieferungen, Terror, Zahlungsverweigerungen und Kreditzug. Die grosse Finanzmacht des Kartells erlaubt es, die Preise kleinerer Firmen jederzeit zu unterbieten. Als 1971 von der brasilianischen Firma Codima SA gegen Brown Boveri der Vorwurf erhoben wurde, durch Dumping (Verkauf unter dem Selbstkostenpreis) brasilianische Konkurrenten vernichten zu wollen, antwortete BBC mit einer strafrechtlichen Verleumdungsklage. Kurz darauf zog BBC diese Klage wieder zurück, jedoch zu spät: Das Kartellgericht hatte sich

<sup>1)</sup> Menschenrechtskampagne 78: Schweizer Wirtschaft in Lateinamerika für wen? (BBC-Brasilien). Im Buchhandel erhältlich.

## Der Multiger



(Zeichnung von Hans Sigg)

Klarheit des Dumpingbegriffs – jedoch wird ein neuer Prozess gegen das ganze Kartell, dem auch AEG, Siemens und andere multinationale Unternehmen angehören, eingeleitet.

## Ein sonderbarer Freispruch

Auf den Freispruch scheint sich auch nach der Veröffentlichung der Broschüre der Menschenrechtskampagne BBC weiterhin im wesentlichen zu versteifen: «Das brasilianische Militärgericht habe damals klar gegen Mirow entschieden und die BBC-Niederlassung in jedem Verdacht gesetzwidriger Geschäftspraktiken freigesprochen» («Basler Zeitung», 19. 1. 78). Auch dem laufenden Untersuchungsverfahren gegen das ganze Kartell sieht man bei Brown Boveri «mit Gelassenheit» entgegen («Luzerner Neueste Nachrichten» vom 25. Jan. 1978).

In der Broschüre der Menschenrechtskampagne wird jedoch die Zuverlässigkeit dieses Urteils sehr stark angezweifelt: Wie konnte ein Verwaltungsgericht eine Praxis verurteilen, die, besonders seit dem Militärputsch 1964, auch durch die offizielle Wirtschaftspolitik der Regierung unterstützt wurde? So wurde in Brasilien eigens eine Regierungsbehörde geschaffen, um die Übernahme brasilianischer Gesellschaften durch finanzstarke inländische und ausländische Konzerne zu erleichtern, spezielle Gesetze für den zollfreien Import verschiedenster Waren wurden erlassen sowie Steuererleichterungen bei Investitionen und beim

auf 1968 und von 1968 auf 1969 – ihr Kapital. Im Verlauf des Prozesses wurde offenbar, dass die IEBB insgesamt 12,3 Mio. \$ und 103,1 Mio. SF, aus dem schon erwähnten Kampffonds des Kartells erhielt, teils übermittelt durch das Badener Stammhaus, teils über Banken, so auch über die Schweizerische Bankgesellschaft, die Schweizerische Bankverein und die Schweizerische Volksbank.

Einer solchen Konkurrenz ist natürlich keine kleine eigenständige Firma gewachsen, und so wurde von den Elektrogrossen der Industrieländer systematisch die Entwicklung einer eigenen Wirtschaft in Brasilien verhindert, ja die vorhandene zum grössten Teil zerstört. Dies in einem Land, wo eine Militärdiktatur seit Jahren brutal die Menschenrechte verletzt, Opposition und Gewerkschaften unterdrückt werden, die Lebensbedingungen des grössten Teils der Bevölkerung sich zusehends verschlechtern. Die stillschweigende Kollaboration der multinationalen Konzerne mit der dortigen Regierung hilft mit, diese Situation aufrechtzuerhalten bzw. noch zu verschärfen.

## Terrorbanden-Chef als Werbeleiter

Während des Prozesses wurden aber noch andere skandalöse Tatsachen enthüllt: So hat der Präsident der BBC-Niederlassung in Brasilien (gleichzeitig Präsident der Nestlé-Tochtergesell-

## Ausländische Kapitalmacht

Romeo Rey schreibt im Januar 1977 im «Zürcher Tages-Anzeiger»: «Nach konservativen Schätzungen beherrscht das Auslandskapital in Brasilien gegenwärtig 99 Prozent der Automobilindustrie, 98 Prozent der Raucherwarenproduktion, 95 Prozent der Installationen für das Fernmeldewesen, 87 Prozent der Fabrikation von Büromaschinen aller Art, 80 Prozent der Herstellung von pharmazeutischen Präparaten und tiermedizinischen Artikeln und 75 Prozent der Glas- und Kristallerzeugung. Bei der Fabrikation von Traktoren und Strassenbaumaschinen beträgt der entsprechende Anteil 72 Prozent, in der Elektroindustrie 71 Prozent, bei den Kautschukerzeugnissen 69 Prozent, bei den Milchprodukten 57 Prozent (1. in der Kapitalgüterproduktion (Maschinen, Motoren und andere Ausrüstungen für Fabriken), in der Chemie und Petrochemie sowie in der Textilindustrie je 50 Prozent.»

Und dementsprechend findet man in Brasilien auch für viele Schweizer Ökonomen bekannte Namen: Nestlé, BBC, Ciba-Geigy, Hoffmann-La Roche, Sandoz, Holderbank, Ciment Portland (Neuenburg), Cemenita Holding (Zürich), Erenit (Niederlande), Crosson, Altschuler, Salzer, Schindler, Bührer, Schindler, Adolph Sauer (Arbon), Hasler (Bern), Sprecher & Schuh, Hermes Precisa, Bobu (Prilly), Luwa (Zürich), Bally, Losinger (Bern), Sika (Zug).

# STUDENTEN SCHREIB-SERVICE

**Reinschriften/Dissertationsdruck** **STUDENTEN-SCHREIB-SERVICE**  
Sonneggstrasse 26  
8006 Zürich

Telefon (01) 32 00 88

**Reinschriften** Dissertationen, Lic.- und Sem.-Arbeiten. Vorschriftsmässig und druckfertig ab Manuskript, auf IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Film- und Korrekturband, 20 verschiedene Schriften inkl. Zeichen und Symbole.

**Dissertationsdruck** Als Spezialisten bieten wir: Fachgemässe Ausführung, kürzeste Lieferfristen, günstigste **alles-inklusive-Preise** (inbegriffen: Verkleinerung der Vorlage, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Zusammenstellen und Rückenleimen)

Schnelldruck	(von einer Vorlage)	1-seitig		2-seitig	
		Fr.	SFr.	Fr.	SFr.
	30 Exemplare	4.50	9.00	9.00	18.00
	50 Exemplare	5.50	11.00	11.00	22.00
	100 Exemplare	7.50	15.00	15.00	30.00
	500 Exemplare	28.00	56.00	56.00	112.00
	1000 Exemplare	40.00	80.00	80.00	160.00

**Öffnungszeiten** Mo-Fr 08.30-11.30 / 13.00-17.00

**Fotokopien** **KIOSK SONNEGG 25**  
Sonneggstrasse 25  
8006 Zürich

Telefon (01) 47 35 54

**Fotokopien** - Normal 20 Rp.  
- mit Legi 15 Rp.  
Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

**Öffnungszeiten** Mo-Fr 08.30-18.30 / Sa 10.00-13.00



Wer im Filzter gern mal sitzenbleibt,  
Wer Schirm und Schutz gewährt - und tutz.  
Wem daher auch der Regen zum Vergnügen wird.  
Wer das Echte liebt - der raucht Gauloises.  
Würzig und unverwechselbar im Tabak.

## GAULOISES



# Gute Bücher für wenig Geld

Nr. 1  
**Christine Föppel**  
**Halbe Arbeit - doppelter Lohn**  
Wie durch «Produktivität der Arbeit» eine «Qualität des Lebens» geschaffen werden kann, weist die Autorin nach. Das Buch zeigt, dass wir uns nicht allein um den Lebensunterhalt, sondern ebenso intensiv um den Lebensinhalt bemühen müssen. Es deckt Probleme, Chancen und Möglichkeiten auf, und gibt Denkanstösse für die Zukunft.  
statt Fr. 24.-  
nur Fr. 10.70

Nr. 2  
**A. R. Miller**  
**Der Einbruch in die Privatsphäre**  
Datenbanken und Dossiers. Eine detaillierte und überzeugende Darstellung des Zustands der Privatsphäre. Öffentliche und private Instanzen wettstreifen damit, bisher geachtete Bereiche des einzelnen in jederzeit auffindbare Daten aufzulösen. Der amerikanische Wissenschaftler durchleuchtet diesen spezifischen Aspekt der elektronischen Datenverarbeitung in seiner vollen Tragweite.  
376 Seiten, Paperback.  
statt Fr. 24.-  
nur Fr. 9.70

Nr. 5  
**A. S. Neill u. a.**  
**Die Befreiung des Kindes**  
Kinder verdienen ebensowohl Rücksicht wie jedes andere Mitglied der Gesellschaft. Die Verfasser dieses Buches, anerkannte Fachleute und berühmte Pädagogen, setzen sich leidenschaftlich für die Befreiung des Kindes und sein Recht ein, sich frei zu entwickeln.  
statt Fr. 22.80  
nur Fr. 9.80

Nr. 6  
**David McLellan: MARX**  
McLellan präsentiert als Ergebnis einer eindrucksvollen Forschungsarbeit nicht nur eine grosse Anzahl neuer Details, sondern ihm ist es vor allem gelungen, ein lebendiges Bild dieses Mannes zu zeichnen. McLellan verfügt über eine erstaunliche Objektivität: über Marx mit Sympathie zu schreiben, ohne in bewundernden Ton zu verfallen, und dabei doch kritisch zu sein, ohne maliziös zu werden, verkörpert schon eine Leistung für sich. Die erste überzeugende Marx-Biographie seit dem Klassiker von Franz Mehring.  
statt Fr. 38.-  
nur Fr. 16.80

Nr. 9  
**Gerhart Waeger:**  
**Die Sündenböcke der Schweiz**  
Die Zweihundert im Urteil der geschichtlichen Dokumente 1940-46. Der Report des Historikers Gerhart Waeger deckt eines der dunkelsten Kapitel eidgenössischer Vergangenheit auf. Die Petition der «Zweihundert» an den Bundesrat, die im November 1940 unter anderem eine verschärfte Kontrolle der Presse forderte, ist bisher als eine versuchte Gleichschaltung mit Hitler-Deutschland qualifiziert worden. Darf das vernichtende Urteil aufrechterhalten werden? Dieser aufsehenerregende Bericht gibt die Antwort.  
statt Fr. 28.-  
nur Fr. 9.80

Nr. 10  
**Von einem Schweizer Lehrer: Verdrängtes Wissen**  
Die zum Teil unbequemen Zitate - fast alles Sätze aus neuen und neusten Werken von Wissenschaftlern der verschiedensten Gebiete - mögen wohl «angepasste» Gemüter erschrecken, können aber manch einem «Unkonventionellen» Mut machen, zu seinen unpopulären Einsichten und Ansichten zu stehen, wenn er hier entdecken wird, dass grosse Geister dasselbe gesehen und gedacht haben. Es geht nicht darum, das bisher Bekannte und Anerkannte seinerseits zu verdrängen, sondern bloss darum, das bewusst oder unbewusst Verdrängte darzustellen. Das Lesebuch gliedert sich in folgende Abschnitte: Individualität und Selbstentfaltung; Ehe, Familie, Kinder; Repressive Gesellschaft; Moral, Christentum und Unterdrückung der Frau; Pluralismus und komplexe Triebstruktur; Neid, Envidia und Unwissen; schliesslich Unterdrückung der kindlichen und jugendlichen Sexualität. Jeder dieser Abschnitte ist thematisch aufgeteilt, daraus ergeben sich die 66 Thesen.  
neu Fr. 9.80

Nr. 3  
**Franz Rueb: Alfred Rasser**  
Eine Dokumentation über ein Stück schweizerischer Zeit- und Kulturgeschichte: Wenn in der deutschen Schweiz von politischem Cabaret die Rede ist, dann ist Alfred Rasser gemeint. In der jüngeren Generation hat er bisher keinen Nachfolger gefunden. Rasser hat sich seit Beginn seiner Cabarettlaufbahn mit Politik beschäftigt. Politik kostete ihn im Jahre 1954, als er zu früh, nämlich noch vor den Geschäftsmachern, eine Reise nach China wagte, fast die Existenz. Der Autor berichtet von Rassers Schaffen in Cabaret, Film und Politik. Zahlreiche Dokumente und Abbildungen.  
statt Fr. 28.50  
nur Fr. 18.50

Nr. 7  
**Sozialbericht 1-4**  
Strafgefängnis - Industriebelastung - Arbeitsschule und Liederliche - Italienische Fremdarbeiter. Diese Reihe lässt Randgruppen unserer Gesellschaft zu Wort kommen. Gesprächsprotokolle vermitteln ein vielseitiges Tatsachenmaterial, das die Grundlagen zur Veränderung einer Situation bereitstellt. 4 Bände  
statt Fr. 40.-  
nur Fr. 9.80

Nr. 8  
**Michel Ragon:**  
**Die grossen Irrtümer**  
Eine neue Krankheit ist über die Welt gekommen, die Urbanität. Noch grossen sollen die Städte werden, noch perfektionierter für Verkehr, Handel und Wirtschaft, aber noch toter, gänzlich ohne Lebensfreude und ohne lebendige Kommunikation zwischen den Bürgern. Wie kam es zu dieser katastrophalen Fehlentwicklung, welche grossen Irrtümer sind den Verantwortlichen zuzurechnen? Gibt es und wie könnte diese Verlorenen werden? Von wem?  
statt Fr. 28.-  
nur Fr. 12.80

Nr. 11  
**Langspielplatte «Trotz der Obrigkeit»**  
**Lieder zur Schweizergeschichte**  
Eine Platte, die nicht nur ein Anliegen hat, sondern auch gleichzeitig die besten Schweizer Liedermacher (Ernst Born, Martin Hauzenberger, Urs Hostettler, Jürg Jegge, Gusti Pollak, Fritz Widmer) auf einer Scheibe zusammenbringt. Der originellste Beitrag kommt von Gusti Pollak, der sich mit der Lehr- und Studierfreiheit an den Universitäten befasst und zwei Beispiele aus Bern zitiert, das eine von 1847, als die radikale Berner Regierung einen radikalen Theologen über die Köpfe der Fakultät hinweg an die Uni berief, und das andere von 1972, als dem Theologen und Dichter Kurt Marti ein Lehrstuhl verweigert wurde.  
neu Fr. 24.-

Nr. 4  
**Mario Cortesi/Frank A. Meyer:**  
**Notizen aus China**  
Ein Schweizer Lesebuch über die Volksrepublik China seit der Kulturrevolution. Elf Schweizer Parlamentarier haben zwanzig Tage lang die Volksrepublik China bereist. Das Buch will nicht mehr, als die Eindrücke dieser Reise wiedergeben. Eine China-Reise aus der Sicht von Schweizer Journalisten. Mit Fragen von Schweizern. Fragen an China und an die Schweiz.  
statt Fr. 14.80  
nur Fr. 4.80

Alle Bücher sind selbstverständlich verlagsneu. Es handelt sich in den meisten Fällen um Restauflagen und Sonderausgaben, die wir Ihnen deshalb so enorm günstig anbieten können. Ein Grund, dieses Bücherangebot auch an Freunde und Bekannte weiterzugeben.

Bei Bestellungen von über Fr. 150.- können wir Ihnen zusätzlich auf die bereits reduzierten Preise einen

**Rabatt von 10 Prozent** einräumen (ausgenommen Nrn. 10 + 11).

**Unser Vorschlag:** Durch «Sammelbestellungen» mit anderen Buchfreunden lassen sich leicht Bestellwerte über Fr. 150.- erreichen.

Unsere Bezugsbedingungen: Der Mindestbestellwert für eine Bestellung beträgt Fr. 19.50 plus Versandkosten. Lieferung gegen Vorausrechnung. Ab Fr. 50.- portofreie Lieferung. Bei Bestellungen ab Fr. 150.- erhalten Sie 10% Rabatt auf den Rechnungsbetrag (Nrn. 1-9). Kein Buchklub.

**Bestellcoupon:**

Name, Vorname: \_\_\_\_\_  
Strasse: \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort: \_\_\_\_\_  
Ich bestelle:  
Nr.:  1  2  3  4  5  6  7  8  9  10  11  
Anzahl: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_  
Einsenden an:  
Librama Buchservice, Postfach 139, 9008 St. Gallen  
(Bitte Blockschrift! Kann auch mit Postkarte bestellt werden.)

Universität Lausanne: Neues Hochschulgesetz bringt neue Kompetenzen

## Die Überwachung der kritischen Wissenschaften

Im vergangenen Dezember hat der Waadtländer Grosse Rat ein neues Hochschulgesetz verabschiedet, das sich nur in einem Punkt wesentlich vom alten unterscheidet: Der Staatsrat wird berechtigt, die Zulassung zur Universität mittels eines Numerus clausus notfalls zu beschränken. Doch dies ist nur ein neuer Überbau für die bürgerlichen Bildungspolitiker, die alles daran setzen, die in den 60er Jahren erreichten Reformen im Bildungsbereich wieder rückgängig zu machen. Mit dieser Entwicklung geht in Lausanne ein Angriff auf die Sozialwissenschaften einher, der sich in Überwachung und Untersuchungen gegen kritische Wissenschaftler äussert: Zwei von drei Professoren am politischen Institut haben eine Warnung vom Rektorat erhalten. Unser Bericht aus Lausanne analysiert die «neuen» Tendenzen an der Universität Lausanne.

Wer vor wenigen Jahren in Lausanne studiert hat, würde sich kaum mehr auskennen. Nach und nach ziehen die Fakultäten, die verstreut in den Häusern des Altstadtviertels untergebracht waren, in das hypermoderne Intellektuellenghetto von Dorigny. Wo bis vor kurzem noch Theologie und Recht in Sälen, die an Kapellen erinnern, von der Kanzel herunter verabreicht wurden, während die Assistenten in eigentlichen Chorstühlen Platz nahmen, stehen die

während die Zahl der Studenten wächst; die Telefonrechnung der Institute werden kontrolliert; die Sekretärinnen haben sich für die Verwendung vorfrankierter Kuverts zu rechtfertigen.

### Angriffe auf Sozialwissenschaften

Die Krise trifft nicht alle Sektoren der Universität gleichermassen. Man braucht die Politik beispielsweise des schweizerischen Nationalfonds nur ein wenig zu kennen, um zu wissen, dass die Natur- und Technikwissenschaften bedeutend weniger darunter leiden als die Geisteswissenschaften. Aber auch innerhalb der Geisteswissenschaften führt die Krise zur Selektion: Während die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften problemlos überleben, vermehren sich die Angriffe auf die Sozialwissenschaft: Entweder beweisen die Sozialwissenschaftler, dass sie als Sozialingenieure zu verwenden sind, oder sie werden ins intellektuelle Proletariat abgeschoben. Einige Vorgänge an der Universität Lausanne können nur so verstanden werden.

### Überwachung . . .

Eine der Attraktivitäten der Universität Lausanne ist ihre sozialwissenschaftliche Fakultät (Ecole des sciences sociales et politiques), in welcher politische Wissenschaft, Soziologie, Pädagogie und Psychologie gelehrt werden. Sie gehört zu den ältesten Teilen der hiesigen Universität: Wallras und Pareto, die Wirtschaftswissenschaftler der «Lausanner Schule», haben hier gelehrt. Generationen von Beamten und Journalisten sind durch diese Schule hindurchgegangen. In den sechziger Jahren hat sie aber eine, wie viele glauben, bedenkliche Wendung durchgemacht. Sie wird deshalb von manchen Politikern und dem Rektorat misstrauisch und scharf überwacht.

### . . . und Untersuchungen

Fast zufällig hat das Rektorat letztes Jahr beschlossen, eine grosse administrative Untersuchung über diese «Ecole des SS» einzuleiten; ein Richter im Ruhestand wurde beauftragt, das angeblich zweifelhaft funktionierende dieser Schule abzuklären. Dieser hat im Oktober seinen Bericht dem Rektor abgeliefert; obwohl dieser wenig konkrete Vorwürfe gegen die Sozialwissenschaftler enthielt, erhielten drei Professoren eine Warnung. Diese Professoren gehören nicht zu der Sektion Psychologie, die sich unter der Führung des jetzigen Nestlé-unter Vorstehers zu einer Berufsschule für Berufsberatung durchgemauert hat und sich dem Wohlwollen der öffentlichen

abzeichnen. Offensichtlich führt die Krise innerhalb der Universität zur Scheidung der Geister, zur Selektion; die Systemkonformsten überleben. Die Naturwissenschaften (welche?) überleben besser als die Geisteswissenschaften; das Recht besser als die Sozialwissenschaft; die Industrie-Psychologie besser als die Soziologie usw.

### Z. B. politische Wissenschaft

Die Selektion findet auch innerhalb der einzelnen Disziplinen statt. Nehmen wir als Beispiel die politische Wissenschaft an der Universität Lausanne. Sie wird von drei Professoren gelehrt: Roland Ruffieux ist Professor auch in Freiburg; er ist Verfasser mehrerer Standardwerke über Schweizer Geschichte und Politik und steht der CVP nahe. François Masnata ist vor allem in Frankreich bekannt; er hat dort, zusammen mit seiner Frau, mehrere Bücher über die Vereinigten Staaten veröffentlicht; in der Schweiz ist er als Verfasser eines Buchs über die SPs und als Exponent des linken Flügels der waadtländischen SPs bekannt. Laurent Jonnier ist Professor für Politik der dritten Welt; seit sein Assistent in einer Dissertation über Zambien den Imperialismus kritisiert und dabei Lenin zitiert hat (die Verteidigung der These fand im ehrwürdigen Senatssaal statt, Experte war J. Ziegler, ehemalige Rektoren schauten aus ihren Gemälden traurig auf die verlorenen Schafe herab), ist er suspekt.

### Warnung vom Rektorat

Masnata und Monnier haben vom Rektorat, nach Abschluss der Untersu-

chung, eine Warnung erhalten. Warum? Die Vorwürfe sind es wert, erwähnt zu werden. Masnata wird schuldig befunden, eine Vorlesung in ein Seminar umgewandelt zu haben. Gibt es aber in Lausanne nicht einen der Vereinigten Europa-Lobby nahen Ökonomen, der aus sämtlichen Vorlesungen (Thema: Wirtschaftsgeschichte, politische Ökonomie) ein einziges Seminar über Europafragen gemacht hat? Monnier wird schuldig befunden, in seinem Seminar über die ausländischen Arbeiter in der Schweiz tatsächlich ausländische Arbeiter in der Schweiz eingeladen zu haben. Die Einladung universitätsfremder Elemente untersteht dem Zwang zur Bewilligung. Lädt aber nicht der bereits erwähnte Ökonom regelmässig seine ehemaligen Studenten ein, in seinem Seminar über ihre Karrieren zu sprechen?

Wenn die Zeit noch nicht reif ist und das Rektorat einseitig zögert, zum Grossangriff zu blasen, besteht doch die Gefahr, dass die Krise eine Umstrukturierung bis in die einzelnen Disziplinen einleitet. Was würde das etwa für die politische Wissenschaft heissen? Das würde bedeuten, dass sie sich entweder als Technik der politischen Planung auszuweisen oder zu sterben hat. Die Zeiten sind vielleicht noch nicht reif; aber die Zeichen stehen.

### Keine kritische Literatur

Das letzte in der Chronik der Universität Lausanne: Das Institut für politische Wissenschaft verfügt über eine Publikationsreihe, in der neulich Masnata einige gesellschaftskritische Arbeiten

### Spots

Dr. Rudolf Farner, Besitzer einer kapitalkräftigen Werbeagentur in Zürich, welche oft die Werbetrömmel für ein Nein führt bei Abstimmungen, die soziale Vorteile für das Volk brächten, daneben hoher Militär, meint, «die Ereignisse nach Vietnam und Watergate sind dadurch zu erklären, dass kommunistisches Gedankengut von Europa nach Amerika gekommen ist». Ist da nicht vielmehr dieses kriegerische und korrupte Gedankengut nach Amerika gekommen, als Herr Farner zwei Jahre selbst in den USA weilte?

von Studenten veröffentlicht hat. So hat eine Arbeit die Geschichte der schweizerischen KP zwischen 1919 und 1921 zum Gegenstand (z. Loertscher: Le Parti Communiste suisse et les syndicats), wobei der Autor in wissenschaftlicher Fairness seine KP-Sympathien ausdrücklich anerkennt, was die historische Arbeit aber nicht beeinflusst hat. In einem anderen Buch (Burnand: Le parti socialiste à la radiotélévision) wird die laue Politik der SP zwar kritisiert, einem Vertreter des Geschäftsausschusses dieser Partei (Ghelfi) aber das Wort gegeben. In einem dritten Buch (Bory: Immigration et xénophobie dans la société suisse) wird die Nationale Aktion zwar kritisch unter die Lupe genommen; V. Oehen hat aber das Vorwort geschrieben. Dasselbe gilt für eine vierte Arbeit (Weber-Jobé: La fédération suisse des consommateurs). Die Publikationsreihe möchte die Universität für die Gesellschaft öffnen. In der Tat ist das Echo am Radio und Fernsehen, wie auch in der Presse, gross. Resultat: Das Rektorat schreibt dem Institutsvorstand einen erzmürten Brief, zitiert ihn vor sich. Das Institut sei keine Verkaufsstelle für politische Literatur. C.



Räume leer. So die Ancienne Académie: In dieser einstigen Hochburg der Geisteswissenschaften wird entgegen der trotzgegnäufiger Petition, die Bar geschlossen. Im Kutschbau Palais de Rumine, bis anhin Bibliothek, Museum und Universität in einem, sind die Vorlesungen immer seltener, und in der Bibliothek wird man immer öfter nach dem zehn Kilometer ausserhalb in Lausanne gelegenen Dorigny verwiesen.

### Umbau des Überbaus

Während die Universität in der rationalen Architektur Dorigny dem 21. Jahrhundert entgegensteht, haben sich die hiesigen Politiker an dem Umbau des Überbaus gemacht. Im Dezember hat der waadtländische Grosse Rat ein neues Hochschulgesetz verabschiedet, das – um nicht mehr zu sagen – nicht durch Fortschrittlichkeit glänzt. Zeichen der Zeit: In den reformwilligen sechziger Jahren wurde es an die Hand genommen, in den reformunfähigen siebziger Jahren wurde es zu Ende gebracht, und alles ist, mit einigen Ausnahmen, wie zuvor.

Trotz vier Vorprojekten, einigen Vernehmlassungen, einem freien Tag für die Universität («jour de réflexions») kam das heraus, was man ohnehin erwartet hatte: Das Hochschulgesetz aus dem Jahr 1916 wurde durch ein neues ersetzt, aus dem das Rektorat gestärkt, der Universität ein wenig geschwächt, das administrative Personal und die Studenten rechtlos wie anhin herausgingen. Dafür wurde anderswo modernisiert. So berechtigt das neue Hochschulgesetz den Staatsrat, die Zulassung zur Universität notfalls zu beschränken.

### Neue Lösungen für neue Schwierigkeiten

Zweifellost ist das neue Hochschulgesetz ein Ausdruck der Krise unserer Gesellschaft. Aber Vorsicht: «Krise» heisst nicht, dass diese Gesellschaft dem Untergang entgegengeht, sondern dass sie daran ist, neue Lösungen für neue Schwierigkeiten zu erarbeiten. Aus allen Krisen ist unser Gesellschaftssystem gestärkt hervorgegangen, rationaler, integrierter und besser überwacht. Krise heisst Umstrukturieren: Konkurrenzfähige Unternehmen sollen verschwinden, systemunkonformes Denken soll unterworfen werden. So auch die Universität: Die Krise führt zur Geldknappheit des Staats, und diese zu einer restriktiven Kreditpolitik.

Für die Universität heisst das Personalstopp, keine Erhöhung oder Verknappung der Subventionen, bessere Überwachung der Verwendung dieser Subventionen. Seit Beginn der Wirtschaftskrise in der Schweiz lebt die Universität Lausanne unter prekären Bedingungen. Drei Personen teilen sich manchmal eine einzige Assistentenstelle; für die Professoren gilt Personalstopp,



Gewalt erfährt. Sie gehören auch nicht zu den auch in dieser Fakultät zahlreichen, rechtsstehenden Mandarinen, die neben Verwaltungsrats- und Kommissionen nebenbei auch als Professoren ausüben. Alle drei sind hingegen bekannte, gesellschaftskritische Lehrer der Sektionen Soziologie und politische Wissenschaft.

### Systemkonforme überleben

Wir wollen hier nicht in die Einzelheiten eingehen: Wichtig sind ja nicht die Ereignisse und Vorwände, sondern die Politik und Absichten, die sich dahinter

### Zum Abstimmungspaket vom 28. Mai

## Der Beitrag der Studenten ist entscheidend

von Thomas Heilmann, VSS

In letzter Zeit ist es üblich geworden, dass an einem einzigen Abstimmungswochenende die verschiedensten eidgenössischen Vorlagen vorgelegt werden. Noch mehr belastet wird das Programm meistens noch durch kantonale und kommunale Abstimmungen. Das führt zu einer Zersplitterung der Abstimmungskampagne und zu einer Aufspaltung der Kräfte, die sich politisch engagieren. Auch am 28. Mai 1978 ergibt sich eine solche

Konstellation. Für uns Studenten kommt noch hinzu, dass an diesem 28. Mai eine Abstimmung stattfindet, die unmittelbar unsere Interessen tangiert: die Abstimmung über das neue Hochschulförderungs- und -forschungsgesetz (HFFG). Gleichzeitig sind auch andere Vorlagen sehr wichtig und werden höhere Wellen schlagen als die bildungspolitische Ausmarchung.

Das trifft sicher auf das Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch zu, die sogenannte Indikationlösung, wo ja der Einsatz gerade auch von der Seite der Studentinnen für eine fortschrittliche und liberale Regelung ziemlich gross sein dürfte. Diese Ausgangslage macht eine aktive Kampagne von studentischer Seite für das HFFG besonders notwendig, da wir uns keinesfalls auf einen Vollenzinsatz der befürwortenden Bundesratsparteien verlassen dürfen.

### Parteien: Andere Vorlagen haben Vorrang

Ohne auf die Auseinandersetzung innerhalb der fortschrittlichen Kreise um das Gesetz über die Indikationlösung eingehen zu wollen, kann mit Bestimmtheit festgestellt werden, dass die reaktionären und obskurantistischen Kräfte, die sich mit Händen und Füssen gegen die Befreiung und Gleichberechtigung der Frauen wehren, wieder eine demagogische Kampagne grossen Stiles aufziehen werden. Die Abstimmung über die Fristenlösung ist noch in frischer Erinnerung. Es ist nun zu vermuten, dass gerade diese durch die erregenden Ereignisse mobilisierten Stimmbürger kaum dem notwendigen Ausbau des Bildungswesens zustimmen dürften. Der Einsatz der CVP, die nicht zuletzt aus richtig verstandenem Parteiegoismus der Vorlage «ihres» Bundesrats zum Durchbruch verhelfen will, wird dadurch gerade in den für die Abstimmung nicht unwesentlichen katholischen Kantonen mindestens teilweise neutralisiert.

Für die Sozialdemokraten steht die Abstimmung über das «Brotpreis-Referendum» im Vordergrund, während der SGB laut eigener Aussage nicht mit anderen Kräften zusammen sich für das HFFG einsetzen will, was im Klartext heisst, dass auch von dieser Seite her kein gewichtiger Beitrag zu einem Ja zu erwarten ist.

Freisinn und SVP sind in der Frage der Hochschulförderung innerlich zerrissen. Die Verankerung der SVP in den gewerblichen Kreisen, deren Boss ja Fischer ist, wird die Begeisterung dieser Partei für das HFFG in Grenzen halten.

Darüber hinaus müssen wir uns im klaren sein, dass in letzter Zeit auch Vorlagen, für die sich die Bundesratsparteien stark gemacht haben (Mehrwertigkeit) keine Gnade gefunden haben. Die Studenten, die Mittelschüler, alle diejenigen, die am HFFG interessiert sind, haben also allen Grund, sich nicht einfach auf die Abstimmungsmaschine der Polittechnokraten zu verlassen. Ganz abgesehen davon, dass auch die Gefahr besteht, bei einem ungenügenden Einsatz der direkt Betroffenen das Spiel derjenigen zu machen, die sich zwar nach aussen als Befürworter des Gesetzes geben, klammheimlich aber

seine Ablehnung begrüssen würden. Das «dumme Volk» wäre ja dann Schuld . . .

### Die direkt Betroffenen mobilisieren

Da auch von anderer Seite nicht viel erwartet werden darf, kann ein positiver Abstimmungsausgang nur erreicht werden, wenn die direkt Betroffenen, d. h. die Studenten, die Mittelschüler (ihre Eltern usw.), aber auch die Lehrlinge mobilisiert werden. Wir müssen instande sein, aufzuzeigen, dass wir nicht für enge korporative Interessen kämpfen, sondern dass es um die Abstimmung über das HFFG geht um grundsätzliche Fragen der zukünftigen Ausgestaltung der Bildungspolitik, aber auch der Arbeitsmarktpolitik und darüber hinaus um ein Stück Entwicklung unseres Landes geht. Wie sehr eine Kürzung der Bundesgelder für die Universitäten den Studenten und Mittelschülern schadet (Numerus clausus, Prüfungsverschärfungen, Verschlechterung der Situation am Studienplatz, Abblocken jeglicher fortschrittlicher Studienreform usw.), darf doch beinahe als bekannt vorausgesetzt werden. Und auf diesem Gebiet muss sich auch ein Teil unserer Abstimmungskampagne bewegen.

Was bis heute noch weniger in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen ist, ist der enge Zusammenhang zwischen den verschiedenen Stufen des Bildungswesens. Immer noch zirkulieren auch in Kreisen, die es eigentlich besser wissen müssten, Vorstellungen, wie die, dass das Sparen im Universitätsbereich zu einer Verbesserung der Situation in der Berufsbildung führen könnte. Dagegen trägt ein Sparen im Universitätsbereich über den «Verdrängungseffekt» zu einer Verschlechterung der Chancen der Nicht-Maturanden bei.

Die von einigen Unternehmerkreisen gewünschte Auswirkung des Verdrängungseffektes fasste Otto Fischer (Direktor des Gewerbeverbandes) seinen Schlagwort vom «Mangel an unqualifizierten Kräften», den es in der Schweiz geben soll, zusammen.\*

Neben diesem «technischen» Argument für eine Aktionseinheit von Studenten und Lehrlingen (und selbstverständlich auch Arbeitsorganisationsstellen) ist es wichtig, dass die Sparmassnahmen nicht allein in den Universitäten ausstoben werden, sondern dass, wie ein Blick auf die Budgetdebatten in einigen Kantonen zeigt, das Referendum gegen das HFFG Teil einer Bildungsparkampagne in allen Bereichen ist. Wer also gegen Bildungsabbau in irgendeiner Art und Weise ist, muss auch ohne besondere Vorliebe für die Universitäten, für das HFFG Stellung nehmen.

### Einlegung des Kapitals

Wer erinnert sich noch an die in der schweizerischen Studentenbewegung

Anfang 70er Jahre verbreitete Diskussion um das sogenannte «progressive Kapital»? Heute jedenfalls zeigt sich diese Fraktion nirgends. Die Konzeptionen, die davon ausgehen, dass eine weitere Kapitalexpansion nur auf Grundlage einer breiten wissenschaftlich-technischen Basis möglich sei, finden keine Abstützung in wichtigen Unternehmerkreisen. Der kurzfristige Profit, der auch über die Sparpolitik gesichert werden soll, steht im Vordergrund. Deshalb ist auf keine grosse Unterstützung der HFFG-Kampagne aus dieser Ecke zu hoffen.

### Mögligerweise mag es für manche überraschend sein, dass sich die Studentenbewegung hinter das HFFG stellt und nicht nach bekanntem Muster die vorhandenen Mängel des Gesetzes kritisiert und ein «linkes» Nein propagiert. Die Analyse der Lage ergibt eben, dass wir nicht mit einem Automatismus kleiner Reformen rechnen können, denen wir weiter tragende Konzepte entgegenstellen können. Diese Taktik kann nicht mehr angewandt werden, weil sich die Achse in der Bildungspolitik insgesamt nach rechts verlagert hat und somit der Kampf auch um geringe Verbesserungen bei der Abwehr von Abbaumassnahmen heute eine ganz andere politische Bedeutung hat als noch vor 5 Jahren.

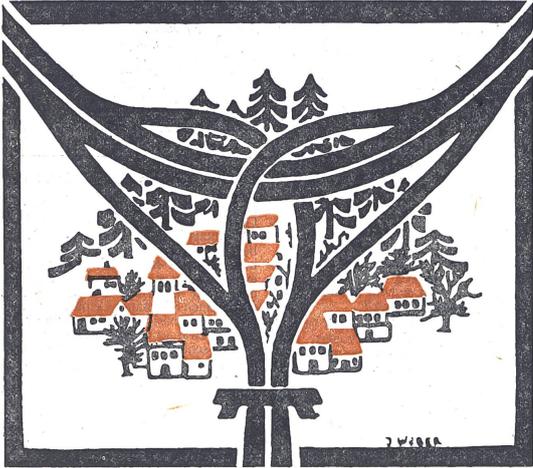
Der VSS wird in Zusammenarbeit mit den Studentenschaften und andern Kräften aus diesen Gründen eine aktive Kampagne für das HFFG führen, die gleichzeitig auch politisch eigenständig sein muss. Es geht natürlich nicht an, die Mängel des HFFG, seine mangelnde Griffigkeit, was das NC-Problem betrifft, zu beschönigen. Darüber hinaus werden es nur die um diese studentische Kampagne gruppierten Kräfte sein, die versuchen, den Zusammenhang zwischen HFFG-Abstimmung und den übrigen Massnahmen des Bildungsabbaus aufzuzeigen.

Schliesslich kann nicht übersehen werden, dass auch abstimmungstaktische Überlegungen ein aktives Eingreifen der Studenten zur Mobilisierung der direkt Betroffenen verlangt wird. Denn nur wenn die direkt als Lehrende, Lernende oder Eltern mit dem Bildungswesen verbundenen Gruppen ihren Einsatz für das HFFG leisten, kann die Abstimmung gewonnen werden.

Den Schaden im Fall einer Ablehnung hätten die Studenten, Mittelschüler und Lehrlinge zu tragen. Ganz abgesehen von der Verschlechterung des politischen Klimas, welche jeder Sieg der reaktionären Kreise mit sich bringt.

\* Ein Interview mit Otto Fischer ist in «das Konzept» Nr. 12/77 erschienen und für 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich, erhältlich.

Jetzt isch gnueg!



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Der Entscheidungstag steht vor der Tür. Am 26. Februar haben wir eine einmalige, nicht wiederkehrende Chance. Die Chance, uns das Mitspracherecht zu sichern in einem monumentalen Werk, welches das Gesicht unserer Heimat entscheidend beeinflusst: im Bau unserer Nationalstrassen.

Wir müssen uns bewusst sein, dass die Autobahnen unser Land einschneidend und unwiderruflich verändern. Es widerspricht unserm demokratischen Empfin-



den und unserer Liebe zur Heimat, wenn wir in einer derart lebenswichtigen Sache anonyme Planer und Technokraten allein schalten und walten lassen müssen. Sie haben zu viele Planungssünden, ja Planungsverbrechen auf dem Gewissen. Hinter ihren Reissbrettern und sterilen Schreibtischen können sie ja gar nicht anders, als monströse Fehler begehen.

Mit Ihrem JA zu unserer Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau» sagen Sie der Verwaltung, dass Sie genug haben von ihrer Rücksichtslosigkeit und ihren Irrtümern, genug von ihrer kalten Sachlichkeit und ihrem Grössenwahn, genug von ihren Verwüstungen. Mit Ihrem JA rufen Sie: «Halt! Euren horizontalen Babelturm baut Ihr mit unsern Milliarden. Plant mässiger und sorgfältiger. Wir schauen Euch auf die Finger.»

Falls Sie sich noch kein richtiges Bild von den Zerstörungen gemacht haben, dann sehen Sie unser Land an. Fahren Sie an den Bielersee, an den Neuenburgersee, an den Lauerzersee, an den Sempachersee, nach Zürich an die Sihl, ins Limmattal, in den Kanton Uri... Sie werden nachdenklich, traurig, zornig nach Hause kommen, tief besorgt. Aber das genügt nicht. Sie müssen am 26. Februar an der Urne Ihrem Zorn und Ihrer tiefen Besorgnis mit einem JA zu unserer Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau» Ausdruck geben. Es ist die Pflicht eines jeden von uns, Halt zu rufen: «Halt! Ich will mitreden! Das ist unser Land.»

Und sagen Sie es allen Ihren Freunden und Bekannten, dass auch sie am 26. Februar an die Urne gehen, dass auch sie ihr JA einlegen zur «Demokratie im Nationalstrassenbau».

*Handwritten signature of Franz Weber*

Ihr Franz Weber

*In keinem Land der Welt finden wir so viele Autobahnen auf so engem Raum wie in der Schweiz. Und alle paar Kilometer eine aufwendige Zufahrt. Und Raststätten und Tankstellen noch und noch. Etwa nach dem Motto: es kann nicht teuer genug gebaut werden.*

*15 Milliarden Franken haben uns die Autobahnen bis heute gekostet. Weitere 20 Milliarden werden wir noch bezahlen müssen, wenn wir den Autobahnämtern und Planungsbürokraten nicht auf die Finger schauen.*

*Bis jetzt hatten wir zu den Milliardenausgaben für die Autobahnen nichts zu sagen, denn seit 1960 entscheiden allein Bundesrat und Verwaltung über Bau und Linienführung der Nationalstrassen. So viel Macht in wenigen Händen ist ungesund und führt zu Missbrauch und Arroganz. Der Volkswille blieb unbeachtet, unzählige Proteste und Bittschriften, Hunderte von Eingaben, Petitionen und lokalen Initiativen gegen Autobahnteilstücke und innerstädtische Express-Strassen wurden einfach unter den Tisch gewischt.*

**Am 26. Februar können wir diesen unhaltbaren Zustand ändern. Denn die Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau» des bekannten Umweltschützers Franz Weber will dem Schweizer Volk das Mitspracherecht beim Bau von Autobahnen zurückgeben.**

- Damit Selbstherrlichkeit und Geldverschwendung aufhören.
- Damit nicht weiter sinnlos wertvolles Bauernland dem Verkehr geopfert wird.
- Damit unsere Städte und Landschaften vor weiteren Verwüstungen verschont werden.
- Damit unsere Schweiz lebenswert bleibt.

**Es ist eine Lüge**

wenn behauptet wird, bei Annahme unserer Initiative müssten fertige Autobahnteilstücke wieder abgerissen werden. Die Initiative bewirkt einzig und allein, dass Parlament und Volk (und nicht mehr wie bisher Bundesrat und Verwaltung allein) über den Bau von Autobahnen entscheiden können.

*Bis es je zu einem Abbruch käme, müssten nach Annahme unserer Initiative 50 000 Stimmbürger gegen ein besonders beanstandetes Teilstück das Referendum ergreifen. Daraufhin hätte das ganze Schweizer Volk in einer eidgenössischen Abstimmung über den Abbruch des betreffenden Teilstücks zu beschliessen.*

**Ernsthaft überdenken!**

«Ich werde der Initiative zustimmen: ich bin überzeugt, dass unsere Behörden im Bau von Nationalstrassen zu weit gegangen sind, zuviel Bauern- und Erholungsland geopfert haben und zuwenig berücksichtigt haben, dass Strassenbau den Verkehr (auch aus dem Ausland) anzieht und dieser Verkehr grässliche Folgen hat: Unfalltote, Unfallinvaliden, Auspuff von giftigen Gasen und giftigem Blei, gesundheitsgefährdenden Lärm. Ich weiss auch, dass «Umfahrungen», die unsere Strassenbauer anpreisen, zwar einzelne Siedlungen vom Elend übersteigerten Autoverkehrs befreien können, aber allzuoft dieses Elend nur in andere Siedlungen überführen – denn unbewohntes Land für Umfahrungen ist rar geworden.

Es fehlt mir der Glaube, dass unsere Behörden bei Ablehnung der Initiative ihre Strassenbaupläne ernsthaft überdenken würden. Betrübt hat mich die unwürdige Art, wie Ihre Initiative in den amtlichen Erläuterungen zur Abstimmung behandelt worden ist: Es heisst darin, bei Annahme der Initiative würdem «allenfalls Hunderte von Millionen Franken verschleudert, weil gebaute Strassenabschnitte wieder abgebrochen werden müssten. Es wird vergessen hinzuzufügen, dass diese «Gefahr» nur dann gegeben wäre, wenn die Bundesversammlung (oder nach einem Referendum das Volk) den Beschluss fassen würde, «Hunderte von Millionen Franken unsinnig zu verschleudern.»

Prof. Dr. med. M. Bleuler, Zollikon

**Alle grossen Umweltschutzorganisationen empfehlen ein JA zur Initiative:**



World Wildlife Found Schweiz (WWF), Schweizerischer Bund für Naturschutz (SBN), Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU), Rheinaubund usw.

**Demokratie = Vernunft**



«Wir ältern Knaben erleben und erleben Diktaturen aller Schattierungen. Ihnen allen ist durchwegs eigen, dass sie und ihre Repräsentanten Kritik nicht ertragen.

Überheblichkeit und Überschätzung der Möglichkeiten.

Ich bin fest überzeugt, dass die Demokratie der Diktatur gerade deswegen überlegen ist, weil die Kritik des Volkes ungesunde Entwicklungen über kurz oder lang verhindert. Zu erwartende gesunde Kritik verhindert zum vornherein unausgewogene Vorlagen. Dies ist einer der grossen Vorteile der Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau»: Regierungleute und Amter aller Stufen werden sich hüten, in falsch verstandenen Fortschrittsglauben Betondenkmalen setzen zu wollen, wenn sie riskieren müssen, dass das Volk solche Zumutungen verwirft!

Es ist ein offenes Geheimnis, dass gerade seriöse und pflichtbewusste Amtsstellen die Initiative durchaus begrüssen. Geben wir diesen Männern den so notwendigen Rückhalt und stimmen wir am 26. Februar JA.»

Konrad Graf, Dipl. ing. agr., Ständerat SVP, Schaffhausen

**Ausbau der Demokratie**



«Ich habe das Gefühl, dass seit einiger Zeit unter dem Titel «Verwesenlichung der Demokratie Abbau der Demokratie» betrieben wird, indem die Bürger nur noch zu unwichtigen Entscheidungen zur Urne gerufen werden. Bei folgensweren und zentralen Problemen (Bau von

Atomkraftwerken, Bau von Nationalstrassenabschnitten, Militärkredite usw.) ist die Meinung des Volkes nicht gefragt; hier sollen die Experten, Planer und Interessensvertreter allein entscheiden. Die Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau» bedeutet dem gegenüber einen entscheidenden Schritt in Richtung auf einen echten Ausbau unserer Volksrechte.

Vor Jahren kämpften meine Freunde und ich gegen eine unsinnige Stadtautobahn. Heute wehren wir uns gegen stadtzerstörerische Anschlusswerke. Wir haben dabei die bittere Erfahrung gemacht, dass man sich nur über den Weg der Volksabstimmung mit Erfolg gegen das Prestigeidol gewisser Planer und Behörden durchsetzen kann.»

Franz Jäger, Hochschuldozent, Nationalrat LuU, St. Gallen

**Wortlaut der Initiative**

Artikel 36bis, Absatz 1bis (neu)  
Die Bundesversammlung beschliesst über Konzeption, Linienführung und Ausführung der Nationalstrassen. Diese Beschlüsse sind dem Volk zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen, wenn es von 50 000 Stimmberechtigten oder von acht Kantonen verlangt wird.

Übergangbestimmungen  
Alle Nationalstrassen und -strassenabschnitte, die am 1. August 1973 noch nicht erstellt oder nicht in Ausführung begriffen waren, unterliegen der Beschlussfassung gemäss Artikel 36bis, Absatz 1bis.

**Mahnmal für den Unverstand**



«Als Baslerin, die in Zürich wohnt, habe ich am Beispiel des unseligen Ypsilons miterlebt, was der schwerfällige Planungsapparat dieser Stadt angeht. Er hat sie rücksichtslos und irreparabel verstümmelt. Was vor Jahrzehnten in gutem Glauben an den Fortschritt ausgeführt worden war, was sich damals auf dem Reissbrett als grosszügiger Entwurf ausnahm, hat sich nicht nur in Zürich, sondern vielerorts als Fehlplanung erwiesen und kann höchstens noch kommenden Generationen ein Mahnmal sein für unsern Unverstand.

Um zu retten, was noch zu retten ist, müssen wir als Betroffene mitreden können. Darum: Ja zur Demokratie im Nationalstrassenbau!»

Heidi Abel, TV-Mitarbeiterin, Hombrechtikon

**Demokratie im Nationalstrassenbau Initiative Franz Weber 26. Februar 1978**

**JA**

### Alle Jungen sind dafür

Zerschnittene Landschaften, von Expressstrassen zerstörte städtische Wohnquartiere, einbetonierte Landwirtschaftsböden. So rücksichtslos können heute die Autobahnbauer mit der schweizerischen Landschaft umgehen. Darum soll jemand anders, jemand, der Werte wie Natur und Heimat höher schätzt, das letzte Wort sprechen können: das Volk. Das will die Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau» erreichen. Und deshalb unterstützt der Umweltausschuss der schweizerischen Jugendparteien diese Initiative. Sie stellt das einzige Mittel des Volkes gegen «Missbrauch, Auswüchse und Fehlplanungen im Nationalstrassenbau dar. Mit Befremden verfolgt der Umweltausschuss die Argumentation der Gegner: Mit der Behauptung, die Initiative bedeute den Abbruch bestehender Nationalstrassen, sprechen sie dem Schweizer Volk, dem die Initiative lediglich die Referendumsmöglichkeit zurückgeben will, jedes gesunde Urteilsvermögen ab! Ein gesundes menschliches Mass ist aber gerade das, was der Umweltausschuss an der heutigen Autobahnplanung vermisst.

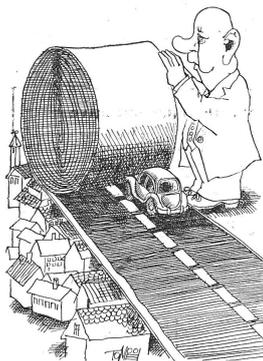
Ollen, 31. Januar 1978:  
Junge CVP, Junger LDJ,  
Jungliberale Bewegung (JFDP),  
Jung-NA

### Ein JA

zur Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau» empfehlen die Jungsozialisten (Juso)

### Kein Chaos!

«Es gibt eine Reihe von umstrittenen Nationalstrassenabschnitten, wo die Initiative das einseitige Rechtsmittel darstellt, um den Bau zu verhindern oder doch zu beeinflussen zu können. In allen diesen Fällen wären die Initiative und die neue Kompetenzordnung geeignet, die Auseinandersetzung zu entschärfen, zu versachlichen und



dem Volk statt nutzlosen Einsprachen, Protesten, Petitionen und lokaler Initiativen ein demokratisches Mitspracherecht in die Hand zu geben. Die Motion des National- und Ständerates zur Überprüfung einer Anzahl Nationalstrassenabschnitte erhält durch die Annahme der Initiative die nötige Rückendeckung. Andernfalls ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass die Überprüfung in manchen Amtsstuben blockiert oder nur pro forma vorgenommen wird. Lassen Sie sich durch das schwere Geschäft politischer und juristischer Injurien, das gegen die Initiative aufgeföhren wird, nicht verunsichern! Ein «Chaos im Nationalstrassenbau» wird nicht eintreten. Mit dem neuen Referendumsrecht wird weder aus grundsätzlichen noch praktischen Gründen Missbrauch getrieben werden, es wird sich jedoch schon aus vorweggenden Gründen als sehr heilsam erweisen.»

Dr. Erwin Akerer, Verleger  
Redaktor, Nationalrat SVP,  
Winterthur

### Rettet die Landwirtschaft!

«Ich bin ein vehementer Gegner der N 9 Martigny-Brig. Schon heute ist unser Bauernland in der Rhone-Ebene viel zu knapp und oft in 10-20 Parzellen auf mehrere Kilometer verstreut. Die Autobahn würde diesen Zustand noch verschlechtern. Die Parzellen würden noch mehr aufgestückelt, was die Bearbeitung noch unrationeller und unrentabler machen würde, so dass viele Bauern aufgeben müssten. Laut offizieller Untersuchungen ist sämtliches Land bis zu 100 m von der Autobahn entfernt nicht mehr kultivierbar, ohne dass schwerste gesundheitliche Schäden bei Menschen und Tieren zu befürchten sind. Und zum Teil genau solch schlechtes Land bietet uns der Staat an als Ersatz für den Boden, den wir der Autobahn opfern müssten. Das ist ein Skandal! Damit die Walliser Autobahn verhindert werden kann und damit auch die andern Landesteile vor solchen Bauten verschont werden, stimme ich JA zur «Demokratie im Nationalstrassenbau.»

Henry Solleder, Bauer, Sion

«Wir benötigen ein nationales Strassennetz, das den Motorfahrzeuglenker rasch und bequem ans Ziel bringt. Aber nicht um jeden Preis. Das Schweizervolk hat sich 1958 zu viel aus den Händen nehmen lassen, als es dem Bundesverfassungsrat 36bis zustimmte. Es heisst dort: «Der wirtschaftlich nutzbare Boden ist nach Möglichkeit zu schonen.» Aber dass auch Dorfbilder, Erholungsgebiete, Naturschönheiten zu schonen sind, davon steht leider nichts in diesem Artikel. Ein gewisses Mitspracherecht sollte der Stimmbürger haben, denn es geht auch um die Gestaltung unseres Landes. Und da hat er schon oft Verstand gezeigt. Ein JA zur «Demokratie im Nationalstrassenbau» bedeutet Vertrauen in die Urteilskraft des Volkes.»

### Nicht gleichgültig

«Ich möchte ein Wörtchen mitreden, bei der Gestaltung unseres Landes, vor allem weil es mir nicht gleichgültig ist, in was für eine Schweiz meine Kinder hineinwachsen. Deshalb stimme ich JA zur «Demokratie im Nationalstrassenbau.»

Beatrice Alder, Hausfrau  
und Buchhändlerin,  
Grossrätin, SP Basel

### Bodenfresserei



«Das heute bestehende Nationalstrassennetz genügt mir vollauf, um zu erkennen, dass bei dessen Planung keine verantwortungsbewussten Geister am Werk waren. Es scheint mir vielmehr, die Planer hätten die Linienführung oft nur nach dem technisch günstigsten Aspekt, ohne Rücksicht auf Mensch und Landschaft, entschieden. Wenn wundert's, wenn dabei die staatspolitische Einstellung vieler Bürger kaputtgemacht wurde? Von 1942-1967 wurden in der Schweiz 100 000 ha Kulturland verbaut und mit Strassen erstickt. Ich erinnere an den vor kurzem erschienenen Bericht über die Landesversorgung, der heute gerade noch von knapper Selbstversorgung spricht. Wer kann es verantworten, dieser fatalen «Bodenfresserei» durch weitere Nationalstrassen (mit Einfahrten zu jedem Dörfli!) zuzusehen? Für unser beschränktes Lebensraum gilt für eine gesunde Zukunft einzig der Grundsatz qualitativen Wachstums. Abgesehen davon, dass die Nationalstrassen in einer Zeit geplant wurden, als Regierung und Experten noch glaubten, die Wirtschaft könne bei unerschöpflichen Energiereserven in den Himmel wachsen. So ändern sich die Zeiten. Ich bin daher überzeugt, Nationalstrassenbau geht jeden an. Geht es doch um den Boden, von dem das tägliche Brot stammt.»

Dr. Hermann Neff,  
Tierarzt, Gais

### Vertrauen ins Volk

«Wir benötigen ein nationales Strassennetz, das den Motorfahrzeuglenker rasch und bequem ans Ziel bringt. Aber nicht um jeden Preis. Das Schweizervolk hat sich 1958 zu viel aus den Händen nehmen lassen, als es dem Bundesverfassungsrat 36bis zustimmte. Es heisst dort: «Der wirtschaftlich nutzbare Boden ist nach Möglichkeit zu schonen.» Aber dass auch Dorfbilder, Erholungsgebiete, Naturschönheiten zu schonen sind, davon steht leider nichts in diesem Artikel. Ein gewisses Mitspracherecht sollte der Stimmbürger haben, denn es geht auch um die Gestaltung unseres Landes. Und da hat er schon oft Verstand gezeigt. Ein JA zur «Demokratie im Nationalstrassenbau» bedeutet Vertrauen in die Urteilskraft des Volkes.»

Helen Meyer,  
Nationalrätin CVP, Zürich

### Für Mitbestimmung

«Ich bin für die Mitbestimmung des betroffenen Bürgers in allen grösseren Belangen im Strassenbau – denn ich bin für die Mitbestimmung überhaupt: am Arbeitsplatz, in der Gestaltung der Lebensqualität, in allen Beziehungen des Menschen und in all seinen aktiven und passiven Lebensäußerungen. In der heutigen Zeit sind die Auseinandersetzungen, die den Menschen der modernen Gesellschaft umgeben, von solch ungeheurem Ausmass, dass eine aktive Beteiligung jedes einzelnen unerlässlich ist. Dabei geht es nicht nur um die jeweilige Meinungsäußerung der Betroffenen, sondern ebensowohl um den langwierigen Prozess der Informationsbildung, die ja eine wirkliche und autonome Meinung erst entstehen lässt. Informationsfluss seinerseits setzt aber eine möglichst grosse Transparenz aller Entscheidungs- und Planungsvorgänge voraus. Was anders ist aber Transparenz, Information und Mitbestimmung als volle Demokratie, lebendige Demokratie und Demokratie für alle? Kein Wunder, dass die Gegner solcher Initiativen aus jenen Lagern zu stammen scheinen, die den Begriff der Demokratie wohl immer wieder rhetorisch heraufbeschwören, ihn aber immer dort zu vergessen bereit sind, wo er zur Praxis werden sollte. Zu einer Praxis allerdings, die das Bestehende nicht einfach akzeptiert, sondern auch verändern will.»

Dr. med. Berthold Rothschild,  
Psychiater, Gemeinderat Pda,  
Zürich

Herausgeber:  
Verein «Demokratie im Nationalstrassenbau», Postfach 2596,  
3001 Bern

Verantwortliche Redaktion:  
Heinz Bähler, Luzius Theiler

Produktion:  
«das Konzept», Weiberstr. 31, 8006 Zürich

Druck:  
Tages-Anzeiger, 8021 Zürich



OHNE DEMOKRATIE

### Gegen die Macht der Bürokratie

«Die Macht der Bürokratie ist immer stärker im Vordringen begriffen – ein im Zusammenhang mit der fachtechnischen Spezialisierung wohl unaufhaltsamer Prozess. Um lebensfähiger ist es, diese steigende Bürokratisierung mit einer steigenden Demokratisierung zu verknüpfen, weil nur so die Verwaltungen genötigt werden können, die Verbindung mit der öffentlichen Meinung nicht aus den Augen zu verlieren. Ohne Intensivierung der Demokratie kann es heute keinen volkstämmlichen Staat mehr geben.»

Adolf Gasser, Prof.  
für Verfassungsgeschichte,  
Präsident der Basler Arbeitsgemeinschaft zum Schutz von Natur und Umwelt (BASNU),  
ehemaliger Präsident der FDP Basel-Stadt

### Nur Zuschauer?

«Die bitteren Erfahrungen beim Bau der Nationalstrassen, wo in all zu vielen Fällen offensichtliche Fehlplanungen aus reinem Prestige-Denken nicht korrigiert wurden, lassen eine Neuordnung der Entscheidungskompetenzen als dringlich erscheinen. Es wäre eine merkwürdige Auffassung von Demokratie, würde sich das Volk weiterhin bei einem so kostspieligen und folgenreicheren Bauwerk mit der Rolle des zahlenden Zuschauers begnügen.»

Valentin Oehen,  
NA-Zentralpräsident,  
Nationalrat, Bern

### Neu überdenken

«Ich glaube, es war ein Fehler, dass vor 20 Jahren die alleinige Entscheidung und Verantwortung für das Nationalstrassennetz an den Bundesrat und seine Experten delegiert wurde und unterdessen durch die Mitspracherechts entzogen wurden. Die Gegebenheiten haben sich in den letzten 20 Jahren grundlegend geändert. Unser Kulturland ist rar geworden, und die zahlreichen schwerwiegenden Nachteile des übertrieben dicht projektierten Nationalstrassennetzes treten immer deutlicher zutage. Es muss heute neu überdacht, angepasst und zum Teil reduziert werden.»

Dass Volk und Parlament, vor allem aber die Generation, die heute und in naher Zukunft die Verantwortung für unser Land zu tragen hat, Gelegenheit haben sollen, im Rahmen der altbewährten demokratischen Regeln mitzentscheiden, scheint mir kein Luxus zu sein. Schliesslich sollte die Demokratie nicht nur für weniger wichtige Geschäfte reserviert bleiben. Lächerlich und beleidigend finde ich es, wenn man uns weismachen will, es würde zum totalen Chaos, zur «Zerstörung eines Gemeinschaftswerks» und sogar zum «Abreissen bereits gebauter Teilstücke» führen, wenn man der Bundesversammlung und dem Volk die sonst üblichen Rechte auch in diesem Bereich zugestehen würde. Berechtigt irgend et-

was in der langen Abstimmungsgeschichte unseres Landes zur Annahme, dass eine Mehrheit der Schweizer Stimmbürger – und eine solche wäre natürlich bei jeder Referendumsabstimmung nötig – Freude am Chaos, an der Zerstörung und an unrealistischen Entscheiden hat? Wer die Frage mit Nein beantwortet, kann JA sagen zur Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau.»

Leni Robert-Bächtold,  
Redaktorin, Grossrätin FDP,  
Bern

### Für mehr Lebensqualität

«Jede Ausweitung des Mitspracherechts des Volkes ist eine Verbesserung unserer Demokratie. Deshalb stelle ich mich auch hinter die Initiative Demokratie im Nationalstrassenbau. Strassenbauten dürfen nicht nur verkehrspolitisch gesehen, sondern müssen in den Gesamtrahmen der Lebensqualität unserer Bevölkerung gestellt werden.»

Dr. Emilie Lieberherr,  
Ständerätin SP,  
Stradträn in Zürich

### Helfen Sie mit!

Senden Sie uns den Antwortalon zurück. Bestellen Sie die ausführliche förmliche Dokumentation mit Argumentenkatalog, Schreiben Sie Artikel und Leserbriefe. Jeder kann politisch aktiv werden! Helfen Sie mit, unsere Abstimmungszeitungen, Kleber und Plakate möglichst zahlreich zu verbreiten, arbeiten Sie im lokalen Komitee mit.

### Zudem brauchen wir dringend Geld!

ACS/TCS und Zementindustrie können Millionenbeträge zur Bekämpfung unserer Initiative einsetzen. Wir sind auf Ihre Spende angewiesen. Deshalb für alle Einzahlungen herzlichen Dank.

### PC 30-5897

Demokratie im Nationalstrassenbau, Bern

Ich unterstütze die Initiative Demokratie im Nationalstrassenbau  
 Ich bin bereit, in einem lokalen Unterstützungskomitee mitzuarbeiten  
 Ich bin bereit, Flugblätter zu verteilen  
 Ich bin bereit, für Ihre Kampagne Fr. ... zu bezahlen (bitte schicken Sie mir einen Einzahlungsschein)  
 Mein Name darf im Zusammenhang mit der Initiative öffentlich genannt werden  
 Ich bestelle:  
- Ex. Abstimmungszeitungen (gratis)  
- Ex. Kleinplakate zu 50 Rappen  
- Ex. Kleber zu 20 Rappen  
- Ex. der Dokumentation mit Argumentenkatalog (50 Seiten) Preis Fr. 3.-  
- Ex. «Die gerettete Landschaft» von Franz Weber Preis ca. 25 Fr.  
Als kleinen Dank für Ihre Antwort senden wir Ihnen kostenlos die Sondernummer «Strassenbau» des WWF-Magazins Panda  
Einsenden an:  
Demokratie im Nationalstrassenbau  
Bollwerk 17/Postfach 2596, 3001 Bern  
Oder telefonieren Sie uns: (031) 22 29 34  
Name: .....  
Adresse: .....  
PLZ, Ort: .....

### Hier müssen wir Halt sagen

Nur mit einem Ja zur «Demokratie im Nationalstrassenbau» (Initiative Franz Weber) können wir die Verwirklichung dieser Fehlplanungen noch verhindern:

- Weiterführung des Express-Strassen-Ypsilon in der Stadt Zürich  
Würde die Flusslandschaft von Sihl und Limmat endgültig verwüsten und die Stadt mit noch mehr Privatverkehr überschwemmen.
- Basler Nordtangente  
Würde das dichtbesiedelte Horburg- und St.-Johann-Quartier durchschneiden und praktisch unbewohnbar machen.
- Berner Schützenmatt-Autobahnzubringer  
Würde pro Stunde 2500 Autos in die Innenstadt, bis fast vor den Bahnhof, bringen.
- Splügenanschluss St. Gallen  
Vierter Autobahnanschluss im Bereich der Stadt. Käme in unmittelbarer Nähe des Kantonsospitals (Immissionen!) zu liegen. Drei Anschlüsse sind genug.
- Autobahn Martigny-Brig (N 9)  
Würde das Wallis noch mehr zebetoniieren und wertvolles Kulturland im Rhonetal zunichte machen. Für 400 Millionen Franken wurde in den letzten Jahren die 3spurige Kantonsstrasse bestens ausgebaut.
- Brünigstrasse (N 8)  
Völlig unnötiger Luxus, einen Pass von nur 1000 m Höhe zu untertunneln!
- Simmental-Autobahn/Raviltunnel (N 6)  
In 19 km Entfernung wird mit einem Aufwand von 620 Millionen Franken die Löschbergbahn ausgebaut. Die Strasse würde das einzigartige Simmental schwer schädigen.
- Linksufrige Brienzseeestrasse (N 8)  
Durchschneidet auf der ganzen Länge eine bisher unberührte Seeuferlandschaft von nationaler Bedeutung. Das Projekt ist zumindest wesentlich zu verbessern.
- Cham-Wettwil (N 4)  
Vollständig unnötig. Würde nur noch mehr Verkehr aus der Innerschweiz nach Zürich bringen.
- Kerzers-Yverdon (N 1)  
Dritte Verbindung zwischen der deutschen und der französischen Schweiz im Rauten von 40 Kilometern. Würde das grösste Schilfgebiet der Schweiz am Südufer des Neuenburgersees zerstören.
- Müllheim-Kreuzlingen (N 7)  
Würde den Thurgauer Seeerücken, das Naherholungsgebiet von Kreuzlingen und Konstanz stark beeinträchtigen.
- Umfahrung von Sils im Domleschg (N 13)  
Würde den Lebensraum und das Kulturland des tausend Einwohner zählenden Dorfes unwiderruflich kaputt machen.

# TAGES ANZEIGER MAGAZIN



# DER ZWEITE BILDUNGSWEG.

**Er** verschafft Ihnen Zugang zur russischen und chinesischen Aussenpolitik.

**Er** macht Ihnen klar, warum der neue amerikanische Präsident nicht mehr so oft lächelt wie während des Wahlkampfes.

**Er** öffnet Ihnen den Weg in die Welt der schwarzen und der roten Zahlen. Denn er berichtet Ihnen täglich über das wirtschaftliche Geschehen.

**Er** sagt Ihnen jeden Tag, wer gewonnen und wer verloren hat. Denn er widmet sich intensiv dem Sport.

**Er** verrät Ihnen schon am frühen Morgen, was Sie am Abend in Zürich alles verpassen könnten.

**Er** verhilft Ihnen zweimal pro Woche zu einem Job, der Ihnen das Geld bringt für Ihr Studium. Mit einem reichen Stellenangebot.

**Er** bringt Ihnen jeden Samstag ausführliche und gut fundierte Berichte aus Politik, Kultur und Wissenschaft. Mit seinem Magazin, in dem auch Leute wie Peter Bichsel, Hugo Loetscher und Jürg Federspiel zu Wort kommen.

**Er** kostet Sie pro Jahr, abzüglich 30 Prozent Studentenrabatt, Fr. 77.-. Einschreiben können Sie sich mit dem untenstehenden Coupon (kein Numerus clausus).

## COUPON

Den Bildungsweg, der so vielseitiges Wissen mit 30 Prozent Rabatt vermittelt, möchte ich kennenlernen.

Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

- monatlich Fr. 6.85
- vierteljährlich Fr. 19.65
- halbjährlich Fr. 38.90
- jährlich Fr. 77.-

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Fakultät: \_\_\_\_\_

Semester: \_\_\_\_\_ 7410

Bitte ausschneiden und senden an:  
Tages-Anzeiger, Vertrieb  
Postfach, 8021 Zürich

# WEIL MAN HEUTE SO VIEL WISSEN MUSS.